

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljahr 2.30 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (Stellungs-) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Geschäftsanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in die Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Wittwoch, den 21. August 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Erdrosselung der freien Hilfskassen und freie Bahn für Schwindelkassen.

**I.**  
 Der im November 1905 dem Reichstage vorgelegte und infolge der Auflösung des Reichstags unerledigt gebliebene „Entwurf eines Gesetzes über die Hilfskassen“ gefährdete aufs eminenteste die Rechte der Arbeiterklasse. Mit jellener Einmütigkeit haben die Arbeiter aller Parteien gegen diesen Entwurf Stellung genommen. Der aus Arbeitern der verschiedensten politischen Richtungen zusammengesetzte Hilfskassenkongress, der am 18. und 17. Januar 1906 in Berlin tagte, protestierte auf das energischste gegen diesen Gesetzentwurf und richtete an den Reichstag das dringende Ersuchen, ihn abzulehnen. In der Resolution wurde betont, daß die Unterstellung der Hilfskassen unter das Privatversicherungsrecht mit der Hintertür auf die Beseitigung der Kassen überhaupt gleichbedeutend sein würde. Der Entwurf würde die Hilfskassen gegenüber anderen Krankenkassen unter die denkbar ungünstigsten Existenzbedingungen stellen, die in den Hilfskassen versicherten Personen schwer schädigen und das Prinzip der Selbstverwaltung und der Selbstbestimmung auf diesem Gebiete aufs schwerste bedrohen. Selbst die „Hamburger Nachrichten“ gaben zu, daß bei Annahme des Gesetzentwurfes das Schicksal der freien Kassen besiegelt sei. Der Kongress stellte sich auf den Standpunkt, daß der Regierungsentwurf grundsätzlich abzulehnen sei und fügte, falls dies Ziel nicht erreicht werden könnte, hinzu, daß dahin zu streben sei, daß wenigstens einige Schutzbestimmungen für die freien Kassen erreicht würden. Der Entwurf gefährdete aber nicht nur die freien Hilfskassen, sondern bedeutete den ersten Schritt auf dem Wege zur Vernichtung des Restes von Selbstverwaltung auch der Ortskrankenkassen. Und weit darüber hinaus wachte der Entwurf darauf abzielen, die Gewerkschaften, sowohl die freien Gewerkschaften wie die des Zentrums, zu schädigen und seine Bestimmungen zur Stärkung der gelben Gewerkschaften zu mißbrauchen. Freilich legte der Gesetzentwurf diese Absichten nicht in seinen Motiven nieder, sondern gab vor, er wolle durch den Gesetzentwurf keineswegs die freien Hilfskassen, deren segensreiche Tätigkeit man anerkennen mußte, gefährden, sondern nur den Schwindelkassen an den Kragen gehen. Tatsächlich bildete der Gesetzentwurf nicht ein Mittel für Beseitigung, sondern für Verhärtung der Schwindelkassen.

Im Mai dieses Jahres ist abermals unter dem Titel „Entwurf eines Gesetzes über die Hilfskassen“ ein Gesetzentwurf vorgelegt. Wie wir sofort nach seinem Eingange beim Reichstag mitteilten, entspricht er im wesentlichen dem von der Reichstagskommission des vergangenen Jahres in beiden Lesungen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten gefaßten Beschlüssen. Sein Inhalt rechtfertigt die Behauptung, er sei ein Gesetzentwurf zur Vernichtung des Selbstbestimmungsrechtes der Arbeiterklasse auch auf dem Gebiete des Krankenkassenwesens, zur Verkürzung des schmalen Vereinsrechtes der Arbeiter, zur Schädigung aller mit der Polizei und der Unternehmerklasse nicht Hand in Hand gehenden Gewerkschaften, zur Förderung der gelben Gewerkschaften, der Kassen des Unternehmertums sowie der unter patriotischen Namen fehlenden unheilvollen Schwindelkassen. Die Arbeiter ohne Unterschied ihrer politischen Richtung haben alle Veranlassung, sich gegen dies Gesetz zu wenden. Um so mehr muß es wundernehmen, daß unser Bruderorgan, das „Hamburger Echo“, leider entgegen der Stellung, die die Partei und die gesamte Arbeiterklasse in der Presse und im Parlament seit dem Jahre 1880 und entgegen der Stellung, die auch das „Hamburger Echo“ selbst noch am 1. April 1906 vertreten hatte, in fünf längeren Artikeln für dies Gesetz eintritt, und es gar als einen Fortschritt zu preisen scheint. Eine Erklärung für den Meinungsumschwung geben die Darlegungen des „Hamburger Echo“ nicht; es sei denn, daß unbegrenzte Vertrauensseligkeit zu den Behörden und gründliches Mißverstehen des Gesetzes selbst als Ursache für Gründe erachtet werden könnten. Freilich ist die Sprache des Entwurfs geeignet, zu Mißverständnissen Anlaß zu geben. Sie ist keine volkstümliche. Sie nimmt auf allerlei andere Gesetze Bezug und ist selbst für diejenigen schwer verständlich, die mit der reichsgewerblichen und landesgesetzlichen Versicherungsgegebung, mit den Vorschriften des bürgerlichen Gesetzbuches über das Vereinsrecht, mit den Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes und mit der geschichtlichen Entwicklung der Krankenkassengegebung sowie mit den Praktiken der Aufsichtsbehörden vertraut sind.

Er erscheint angebracht, näher darzulegen: Welches ist der Inhalt des Gesetzentwurfes? Worin liegt die Änderung gegenüber dem bisherigen Zustande? Welches ist die Tendenz und die Wirkung des Gesetzentwurfes auf die Rechte der Arbeiterklasse, insbesondere auf dem vereinsrechtlichen, kassenrechtlichen und gewerkschaftlichen Gebiete? In der Gesetzentwurf in der Tat geeignet, Schwindelkassen ihr Handwerk zu legen, oder dient er geradezu einer Bekämpfung und Förderung der von der Arbeiterklasse mit Recht scharf bekämpften Schwindelkassen? Welche Schritte endlich können und sollten mit Erfolg gegen Schwindelkassen ergriffen werden? Bei der Erörterung dieser Fragen muß zur Klarstellung der wirklichen Absicht des Gesetzentwurfes auch auf den Verdegang der jetzigen Hilfskassengegebung eingegangen werden.

**Der Inhalt des Gesetzentwurfes.**  
 Die wesentlichsten Bestimmungen des jetzt dem Reichstage vorgelegten Gesetzes gehen dahin: Das Gesetz über die eingeschriebenen Hilfskassen wird aufgehoben. Die freien Hilfskassen werden fortan als „Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit“ dem Reichsgesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen unterstellt. Jedoch müssen erstens die zugelassenen freien Hilfskassen (Versicherungsvereine) als kleinere Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit im Sinne des § 53 des Reichsgesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen anerkannt werden, das heißt: die dem Aktiens- und Handelsrecht einnommenen oder nachgebildeten (im § 53 angeführten) Vorschriften des Versicherungsauflagegesetzes finden auf diese Versicherungsvereine keine Anwendung. Ferner sind noch einige Vorschriften des Ver-

sicherungsaufsichtsgesetzes (§§ 11, 12, 115 Abs. 2 und 3) von der Anwendung ausgeschlossen, weil diese Paragraphen des Versicherungsaufsichtsgesetzes sich lediglich auf große Lebensversicherungsunternehmen oder Kranken- und Unfallversicherungsunternehmen beziehen, die nach Art der Lebensversicherungen unter Zugrundelegung bestimmter Wahrscheinlichkeitstabellen Versicherungsgeschäfte betreiben. Danach finden die in den zitierten Paragraphen gemachten Vorschriften über Offenlegung der Tarife, der Grundätze für die Prämienberechnung und Prämienreserven sowie über die Bestellung eines Hauptbevollmächtigten in jedem Bundesgebiete keine Anwendung. Für den Reservefonds sollen dieselben Vorschriften gelten, die jetzt für die freien Hilfskassen (§ 25 des Hilfskassengesetzes) bestehen. In Anlehnung an die Vorschriften des Hilfskassengesetzes ist im § 6 des Entwurfs auch ausdrücklich das Recht der zugelassenen Versicherungsvereine, für bestimmte Bezirke örtliche Verwaltungsstellen (Abteilungen, Zweigvereine) zu errichten, eingeräumt. Die statutorisch festzulegenden Vorschriften über Verfassung und Befugnisse dieser Verwaltungsstellen sind aber dem diskretionären Ermessen der Aufsichtsbehörde unterstellt. Ueberhaupt unterliegen die etwa zugelassenen Versicherungsvereine hinsichtlich ihrer Geschäftsführung, ihrer Verwaltung, ihrer Beaufsichtigung und Auflösung, abgesehen von den eben dargelegten gesetzlichen Einschränkungen, völlig der im Versicherungsaufsichtsgesetz der Aufsichtsbehörde eingeräumten Nachbefugnis.

Die zugelassenen Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit sind nur dann von dem Kassenzwang des Krankenversicherungsgesetzes befreit, wenn ihre Satzungen dem § 75 des Krankenversicherungsgesetzes und den Vorschriften der §§ 6 Abs. 2, 12, 13, 15, 21 des Hilfskassengesetzes entsprechen. Danach darf den Mitgliedern eine Verpflichtung zu Handlungen oder Unterlassungen, welche mit den Zwecken des Versicherungsvereins in keiner Verbindung stehen, nicht auferlegt werden, und ist den Kassen (bzw. den Versicherungsvereinen) eine Maximalgrenze der Leistungen vorgeschrieben, über die sie nicht hinausgehen dürfen. Diese Grenze wird durch die Maximalleistungen bestimmt, die nach dem Krankenversicherungsgesetz den Ortskrankenkassen zustehen. Hierbei ist der Fehler der Novelle von 1903 fortgerichtet, der durch Verwerfung eines sozialdemokratischen Antrages dahin entstanden ist, daß im Widerspruch mit der Absicht des Gesetzes die Gewährung von Wöchnerinnenunterstützung an die Ehefrauen der Mitglieder als zulässige Kassenleistung in Wegfall gekommen ist.

Während nach dem Versicherungsaufsichtsgesetz alle Vereine zu ihrer Existenz der Erlaubnis der Behörde bedürfen, sollen nach dem Entwurf die zur Zeit des Inkrafttretens des neuen Entwurfs auf Grund des Gesetzes über die eingeschriebenen Hilfskassen bestehenden freien Hilfskassen zur Fortsetzung ihres Geschäftsbetriebes in dem bisher durch die Zulassung gestatteten Grenzen ohne weiteres berechtigt sein. Wohl aber darf die Behörde die Erlaubnis aus denselben Gründen zurücknehmen, aus denen sie erst zugulassenden Vereinen gegenüber die Erlaubnis widerrufen kann.

Das in § 35 des Hilfskassengesetzes den Kassen eingeräumte Recht des Zusammenschlusses mehrerer Kassen zu einem Verbands behufs gegenseitiger Ausbülfe ist durch § 7 des Entwurfs in Anlehnung an § 46 des Krankenversicherungsgesetzes beschränkt.

### Der Wortlaut des Gesetzentwurfes

ist folgender:  
 § 1. Das Gesetz über die eingeschriebenen Hilfskassen (Reichsgesetz 1876 S. 125, 1884 S. 54) wird aufgehoben.  
 § 2. Im § 122 des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen (Reichsgesetz 1901 S. 139) fallen die Worte: „die auf Grund des Gesetzes über die eingeschriebenen Hilfskassen vom 7. April 1876 (Reichsgesetz S. 125) in der Fassung des Gesetzes vom 1. Juni 1894 (Reichsgesetz S. 54) errichteten Kassen“ fort.

Der § 122 daselbst erhält folgenden zweiten Absatz:  
 „Die beteiligten Landesregierungen können bestimmen, daß und von welchem Zeitpunkt ab auch die im Abs. 1 bezeichneten, auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten Hilfskassen den Vorschriften dieses Gesetzes unterliegen, und die zur Durchführung der Anordnung erforderlichen Bestimmungen erlassen.“

§ 3. Die Vorschriften der Reichs- und Landesgesetze, die sich auf die eingeschriebenen Hilfskassen und deren Mitglieder beziehen, gelten für die Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, die zum Betriebe der Versicherung ihrer Mitglieder gegen Krankheit befugt sind, und für deren Mitglieder.

Soweit hiernach Streitigkeiten von der Aufsichtsbehörde einer eingeschriebenen Hilfskasse zu entscheiden sind, tritt an die Stelle dieser Behörde die für die Ortskrankenkassen am Sitze des beteiligten Versicherungsvereins zuständige Aufsichtsbehörde. Das Gleiche gilt für die Zuständigkeit zu den in §§ 76a, 76b des Krankenversicherungsgesetzes bezeichneten Strafverfügungen.

§ 4. Die Mitglieder der in § 3 Abs. 1 bezeichneten Versicherungsvereine sind von der Verpflichtung der Gemeinde-Krankenversicherung oder einer nach Maßgabe des Krankenversicherungsgesetzes errichteten Krankenkasse anzugehören, nur dann befreit, wenn die Satzung außer den Bestimmungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes den nachstehenden Anforderungen genügt:

1. Der Beitritt darf von der Beteiligung an anderen Gesellschaften oder Vereinen nur dann abhängig gemacht werden, wenn eine solche Beteiligung für sämtliche Mitglieder bei Errichtung des Versicherungsvereins durch die Satzung vorgesehen ist. Im übrigen darf den Mitgliedern die Verpflichtung zu Handlungen oder Unterlassungen, welche mit dem Zwecke des Versicherungsvereins in keiner Verbindung stehen, nicht auferlegt werden.
2. An Unterstützungen dürfen gewährt werden:
  - a) Den Mitgliedern dürfen außer Krankengeld, freier ärztlicher Behandlung, freier Arznei und anderen Heilmitteln freie Verpflegung in einem Krankenhaus, allein oder neben einem Krankengeld, und die geeigneten Mittel zur Erleichterung der ihnen nach der Genesung verbliebenen körperlichen Mängel, ferner freie ärztliche Behandlung von Schwangerschaftsbeschwerden, Unterstützung wegen einer durch Schwangerschaft verursachten Erwerbsunfähigkeit, die Leistung der erforderlichen Hebammendienste und eine Wöchnerinnenunterstützung gewährt werden.

- b) Die Gewährung freier ärztlicher Behandlung, freier Arznei und sonstiger Heilmittel darf auf die Angehörigen der Mitglieder erstreckt, auch kann ihnen im Falle der Verpflegung des Mitgliedes in einem Krankenhaus eine über das Maß des § 7 Abs. 2 des Krankenversicherungsgesetzes hinausgehende Familienunterstützung gewährt werden.
  - c) Den Ehefrauen der Mitglieder darf auch freie ärztliche Behandlung von Schwangerschaftsbeschwerden, Unterstützung wegen einer durch Schwangerschaft verursachten Erwerbsunfähigkeit, die Leistung der erforderlichen Hebammendienste und eine Wöchnerinnenunterstützung gewährt werden.
  - d) Den Hinterbliebenen verstorbener Mitglieder darf eine Beihilfe gewährt werden, welche das Jehrloche der möglichen Unterstützung, auf welche das verstorbene Mitglied Anspruch hatte, nicht übersteigt.
3. Zu anderen Zwecken als den in Nr. 2 bezeichneten Unterstützungen und der Deckung der Verwaltungskosten dürfen weder Beiträge von den Mitgliedern erhoben werden, noch Verwendungen aus dem Vermögen des Versicherungsvereins erfolgen.
4. Dem Vorstand und dem Aufsichtsrate dürfen nur volljährige und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindliche Mitglieder angehören.
5. Wegen Ueberschreitung der Altersgrenze, über welche hinaus nach Bestimmung der Satzung Mitglieder nicht aufgenommen werden, und wegen Veränderung des Gesundheitszustandes, von welchem nach Bestimmung der Satzung die Aufnahme abhängig ist, darf der Ausschluss nicht erfolgen.

Wegen des Austritts oder Ausschlusses aus einer Gesellschaft oder einem Vereine können Mitglieder nicht ausgeschlossen werden, wenn sie dem Versicherungsverein bereits zwei Jahre angehört haben. Erfolgt ihre Ausschließung vor Ablauf dieser Zeit, so haben sie mindestens Anspruch auf Ersatz des von ihnen bezahlten Eintrittsgeldes.

Die Befreiung von der Verpflichtung der Gemeinde-Krankenversicherung oder einer nach Maßgabe des Krankenversicherungsgesetzes errichteten Krankenkasse anzugehören, ist ferner davon abhängig, daß dem Versicherungsverein eine Bescheinigung gemäß § 76a des Krankenversicherungsgesetzes erteilt ist, welche sich zugleich darauf erstreckt, daß die Satzung dieses Vereins den Anforderungen des Abs. 1 Nr. 1 bis 5 entspricht.

§ 5. Versicherungsvereine der im § 3 Abs. 1 bezeichneten Art, deren Leistungen sich innerhalb der in § 4 Abs. 1 Nr. 2 bezeichneten Grenzen halten, sind, sofern nicht auf ihren Antrag von der Aufsichtsbehörde anderes bestimmt wird, als kleinere Vereine (§ 53 des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen, Reichsgesetz 1901 S. 139) anzuerkennen.

Diese Versicherungsvereine haben einen Reservefonds im Mindestbetrage der durchschnittlichen Jahresausgabe der letzten fünf Rechnungsjahre anzuschaffen und erforderlichenfalls bis zu dieser Höhe zu ergänzen. So lange der Reservefonds diesen Betrag nicht erreicht, ist demselben mindestens ein Zehntel des Jahresbetrags der Mitgliederbeiträge zuzuführen.

Die §§ 11, 12 und 115 Abs. 2 und 3 des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen finden auf diese Versicherungsvereine keine Anwendung.

§ 6. Versicherungsvereine der im § 5 bezeichneten Art können für bestimmte Bezirke örtliche Verwaltungsstellen (Abteilungen, Zweigvereine) errichten, deren Verfassung und Befugnisse durch die Satzung des Versicherungsvereins geregelt werden.

Die Bescheinigungen der Aufsichtsbehörde über die Zusammenfassung der Verwaltungsorgane dieser Versicherungsvereine und ihrer örtlichen Verwaltungsstellen sind gebühren- und stempelfrei.

§ 7. Versicherungsvereine der im § 5 bezeichneten Art können durch übereinstimmende Beschlüsse der Generalversammlungen der beteiligten Unternehmungen und auf Grund einer besonderen Satzung sich zu einem Verbands vereintigen zum Zwecke:

1. der Anstellung eines gemeinsamen Rechnungswirts und Kassenführers und anderer gemeinsamer Bediensteter, sowie der Errichtung einer gemeinsamen Krankenkassenkontrolle.
2. der Abschließung gemeinsamer Verträge mit Ärzten, Apothekern, Krankenhäusern und Lieferanten von Heilmitteln und anderer Bedürfnisse der Krankenpflege.
3. der Anlage und des Betriebs gemeinsamer Anstalten zur Heilung und Verpflegung erkrankter Mitglieder, sowie zur Fürsorge für Retonvaldezenten.

§ 8. Versicherungsunternehmungen, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes auf Grund des Gesetzes über die eingeschriebenen Hilfskassen oder beim Inkrafttreten einer für sie gemäß § 2 Abs. 2 erlassenen Bestimmung als auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichtete Hilfskassen zum Geschäftsbetriebe befugt sind, bedürfen zur Fortsetzung ihres Geschäftsbetriebes in den bisher durch die Zulassung gestatteten Grenzen keiner Erlaubnis nach Maßgabe des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen.

§ 9. Die einer Versicherungsunternehmung als eingeschriebener Hilfskasse auf Grund des § 76a des Krankenversicherungsgesetzes ausgestellte Bescheinigung kann widerrufen werden, wenn die Versicherungsunternehmung den Voraussetzungen, unter denen die Bescheinigung erteilt worden ist, oder den Bestimmungen des § 4 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 dieses Gesetzes nicht mehr entspricht, auch bei Auflage der Aufsichtsbehörde, diesen Mängeln abzuwehren, innerhalb der gesetzten auf mindestens sechs Wochen zu bemessenden Frist nicht nachgekommen ist.

Alle Bescheinigungen der bezeichneten Art verlieren am 1. Januar 1909 ihre Gültigkeit, sofern sie nicht nach der Verkündung dieses Gesetzes von neuem erteilt worden sind.

§ 10. Versicherungsunternehmungen, die beim Inkrafttreten einer für sie gemäß § 2 Abs. 2 erlassenen Bestimmung als auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichtete Hilfskassen zum Geschäftsbetriebe befugt sind und sich im Besitze einer amtlichen Bescheinigung gemäß § 76a des Krankenversicherungsgesetzes befinden, unterliegen nicht der Vorschrift des § 4 Abs. 1 und 2. Die Bescheinigung ist jedoch zu widerrufen, sofern bei Änderung ihrer Satzung darin eine dem § 4 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 zuwiderlaufende Bestimmung neu aufgenommen wird.



## Komödianten.

Bei den letzten Reichstagswahlen hat der Liberalismus bekanntlich wader mitgeholfen, der konservativen Regierung die Wähler ins Garn zu fangen. Unmittelbar nach der Wahl sagten wir voraus, dieser Reichstag werde Laten vollbringen, wovon dem Volke die Augen übergehen würden. Jeder denkende Mensch konnte sich sagen, daß die Reaktion die Macht, die ihr so plötzlich unter eifriger Mitwirkung des Liberalismus in den Schoß gefallen, nicht ungenützt lassen wird? Und das muß man den Konservativen lassen: eine günstige Gelegenheit auszunutzen haben sie noch nie verabsäumt! Da nun aber nach und nach das eintrifft, was vorausgesehen war, mündet der Liberalismus Verwunderung und Enttäuschung und spielt sich als den Ueberlisteten auf. Wahrlich, er schämt das deutsche Volk sehr tief ein, wenn er hofft, es werde auf diesen plumpen Trick hereinfallen und die hervorragende Mitschuld des Liberalismus an unserer gegenwärtigen politischen Lage vergessen.

Bisher hat sich ja die Reaktion noch einigermaßen zurückgehalten. Sie wollte wohl nicht unmittelbar mit der Tür ins Haus fallen, und so war die verfloffene Reichstagsession nur durch völlige Unfruchtbarkeit ausgezeichnet. Im kommenden Winter wird's anders sein. Da wird der Reichstag „positiv arbeiten“, und die Früchte seiner Arbeit werden Peulen und Pähnelappen für das heillosen Volk sein. Schon sind die Vorbereitungen im Gange. Ueber „Neue Steuern“ schreibt die „Frankfurter Ztg.“, bekanntlich das Hauptorgan der bürgerlichen Demokratie:

„Der Reichskanzler hat die Abnungen derer bestätigt, die sich von dem neuen offiziellen Entschluß nicht wollten beschwichtigen lassen. Von anderer Seite war kürzlich eine Rechnung aufgemacht, bei der dem Steuerzahler die Augen übergehen konnten. Trotz der letzten Bewilligungen von etwa 180 Millionen Mark neuer Steuern sollten noch wieder 250 Millionen erforderlich sein, wozu man eine Reichserbschaftsteuer auf den direkten Erbgang, eine Versteuerung, eine Steuererhöhung auf Tabak (Zigaretten- und Zigarrensteuer) und Bier in Aussicht genommen habe. Da vorzeitige Erörterungen darüber unerwünscht waren, so mußte dementsprechend werden. Aber wie! Nicht etwa, daß Geld genug vorhanden sei, daß man dem Steuerzahler nicht mehr zumuten könne, oder daß man jetzt endlich lernen werde, nicht mehr Geld auszugeben, als man einzunehmen habe. Nein: die Verhandlungen seien noch nicht soweit gediehen, daß sich schon irgend etwas Bestimmtes sagen lasse, am wenigsten über das wie, aber auch nicht über die Höhe der Summe. Das ist, als ob der Koch mit dem Messer über den Hühnerhof geht und alle Hennen in die See flüchtet, worauf der Koch beschwichtigend sagt: Es steht noch gar nicht fest, wieviel es sein sollen und auch nicht, ob ihr gefocht oder gebraten werden soll. — Nun beglückwünscht der Kanzler den Schatzsekretär zur begangenen Reichssteuerreform und hofft auf vollständige Durchführung. Was will man mehr!“

Das Blatt führt dann weiter aus, daß die Reichserbschaftsteuer auf den direkten Erbgang, die angeblich 100 Millionen bringen solle, wohl nur eine Dekoration sei; denn sie werde an dem Widerstand der Finanzminister der Einzelstaaten unter Hilfe des Zentrums und der Konservativen scheitern. — Weiter empfiehlt das Blatt die Aufhebung der Liebesgabe an die Branntweinbrenner, die allein für reinen Alkohol bei dem jetzigen Kontingent von 2 1/2 Millionen Hektoliter 45 Millionen Mark beträgt, ohne die „mit der Malzschottischsteuer immer noch gegebene, aber schwerer zu beziffernde zweite Liebesgabe.“ Aber die „Frankf. Ztg.“ hat selbst wenig Hoffnung auf die Wirksamkeit ihrer Empfehlung, denn „vor irgend einem steuerpolitischen Punkte, der den Agrariern unangenehm werden könnte, weicht man höflich zurück.“ — Aber verehrte Frankfurterin, das wußte man doch auch schon vor der letzten Reichstagswahl! Die durfte dann der Liberalismus in so unverantwortlicher Weise die Macht der Reaktion stärken? Die

„Frankf. Ztg.“ beweist selbst, daß ihr diese Erkenntnis nicht erst nach der Wahl gekommen ist, indem sie schreibt:

„Seit dem Ende der siebziger Jahre haben sich unsere Ausgaben verdreifacht. Unsere Mittel aber haben sich nicht verdreifacht. Wenn die in Deutschland herrschende Klasse, der ländliche Großgrundbesitz, in annähernd demselben Maße zur Deckung der Mehrausgaben herangezogen wäre, so würde ihr Notleid wohl bald alle die vorzugsweise an der Ausgabensteigerung mitleidenden Ressorts darüber belehren, daß es so nicht weitergehen kann. Denke man nur einmal, daß die Mehreinnahmen durch einfache Verdreifachung der bestehenden direkten Steuerarten gewonnen wären; statt dessen sind die indirekten Steuern hinaufgetrieben worden und zu den ausfallgebendsten unter ihnen tragen die Agrarier nichts bei, im Gegenteil, sie verdienen an ihnen Hunderte von Millionen. Verteilungsgeld auf die Konsumenten ihrer eigenen Erzeugnisse — das sind Steuern, die sich wohl tragen lassen.“

Wenn dies die Sachlage schon vor der Wahl war, dann müßt jetzt hinterher kein Lamentieren. Die Frankfurterin jammert bitterlich, daß nun wieder Tabak und Bier umso mehr werden bluten müssen, sie malt die schlimmen Folgen aus, die das nach sich ziehen muß: Deutlichung der Industrie, Entlassungen von Arbeitern, Zunahme der Branntweinpest. Alles sehr schön und gut. Aber was nützt dieses Wehklagen jetzt? Das Volk wird den Reich bis auf die Naege lehren müssen, weil es nicht im Januar die Macht der Reaktion gebrochen hat.

Und nun der Gipfel! Die „Frankf. Ztg.“ muß doch nun ihrerseits irgend einen Vorschlag zur Beseitigung der Finanznot machen. Was meint man wohl, zu welchem Schluß sie kommt? Man lese:

„Jede wirkliche Volksvertretung muß unter den herrschenden Umständen in Deutschland auf Sparsamkeit im ganzen dringen. Mit dem Schuldmachen kann es doch so nicht weitergehen“, sagen die Vorkämpfer abermaliger Steuererhöhung. Das ist zuzugeben. Aber mit der Steuererhöhung kann es auch so nicht weitergehen.“

Das ist genau daselbe, was die Sozialdemokratie während der Reichstagswahl, vor der Reichstagswahl und von jeher gesagt hat. Wie und wo kann denn aber das Reich sparen? Einzige und allein an den Ausgaben für Meer, Flotte und Kolonien! Eine andere Möglichkeit zu sparen gibt es vorläufig nicht. Hat man denn aber den Wahlkampf nicht gerade um der Kolonien willen geführt? Ist es nicht gerade der ausgesprochene Zweck dieses Reichstags, die kolonialpolitische Politik der Regierung weiterzuführen? Hat nicht der Liberalismus sich gerade in dieser Frage auf die Seite der Regierung gestellt und die Politik, die in China 500 Millionen, in Südwestafrika 600 Millionen verpulverte, durch sein Verhalten im Wahlkampf auf das Attraktivste unterstützt? — Und dann spielt man den besorgten Berater des Volkes und empfiehlt Sparsamkeit, dieselbe Sparsamkeit, die man vorher selbst unmöglich gemacht hat!

Welch eine verächtliche Komödie wird doch hier dem deutschen Volke vorgespielt, und wie muß das liberale Volkspublikum beschaffen sein, denn man dergleichen zu bieten wagt!

## Freisinniges Wahlrechts-Chaos.

Die Haltung des Freisinn in der Wahlrechtsfrage wird immer wirrer und widerspruchsvoller. Der „entschiedene Freisinn“, das von freisinnigen Politikern so gern gebrauchte Wort, wird immer mehr zu einem wesenlosen, unsicheren Begriff. Wer ist der „entschiedene Freisinn“? Die „Freisinnige Volkspartei“, als deren Attribut früher der Wasserstiefel galt, während man mit der „Freisinnigen Vereinigung“ das Symbol des höflichen Wabelfrümpfers verband? Herr Raumann gehört der wabelfrümpferischen Richtung an und hat gleichwohl die Parole des rücksichtslosen Kampfes um das Reichstagswahlrecht ausgegeben! Freilich hat

Wort prangte: „Wir sind der junge Staat!“ Im Gegensatz zum Verhalten der preussischen und sächsischen Polizei berührte die distrete Passivität der Stuttgarter Schuhmannschaft sehr angenehm. Auch ihre Zahl war sehr beschränkt. Ueberhaupt vollzog sich der Aufmarsch und später der Abzug, wie auch der Austritt der riesigen Menge in geradezu musterhafter Weise, ein erfreuliches Zeichen der Disziplin der württembergischen Arbeiterschaft. — In größerer Zahl ausgebotenen Ordner hatten abfolul

Es war eine Heerschau, wie sie stolzer keine andere Partei aufweisen kann, und die Begeisterung, die in den proletarischen Truppen zum Ausdruck kam, ist nicht zu vergleichen mit der stumpfsinnigen Durcheinanderung der kapitalistischen Soldnerscharen. Der durch eine Allee getrennte große Platz war erfüllt von einer erwartungsvollen Menge, deren Stärke mit 50 000 Köpfen nicht zu hoch berechnet war, die von manchen Personen gar auf 80 000—100 000 Menschen geschätzt wurde. Dazu standen viele Hunderte noch auf der Brücke und auf den vorbeifahrenden erhöhten Straßen, um sich das wirkungsvolle Schauspiel aus malerischer Perspektive anschauen. Ueber alles hin aber strahlte die Sonne und ließ das Rot der Fahnen und Schärpen feuriger aufblitzen, ein Anblick, der allen Teilnehmern unvergeßlich sein und unseren Gegnern imponiert haben wird.

Mit stürmischen Hochrufen wurden gegen 4 Uhr die Wagen der Führer der internationalen Sozialdemokratie begrüßt und ihr Erscheinen auf den Tribünen löste spontanen Jubel aus. Ein Trompetersignal gab von der ersten Bühne, wo Singer und Jaurès Platz genommen hatten, das Zeichen zum Beginn der Reden. Taufendstimmige Hochs dröhnten über den weiten Platz, wenn die marianischen Gesichter unserer bekannten Kämpfer am Rednerpult aufstauten. Ausgesprochen war der nationale Unterschied, selbst die Sprache, das stärkste Hemmnis der internationalen Verständigung, bildete hier keine Straze. Die Sprache des Sozialismus ist international, rief Troelstra unter lebhaftem Beifall, sie ist überall verständlich, wo Massenbewußte Proletariate zusammenkommen. Der sozialistische Geist gähnte mächtig in den Herzen der Zuhörer, ob er nun aus Jaurès stimmungsvollem Munde kam oder er durch Perri, Plechanow oder die Genossin Moland-Hoff sprach. Die besten Reden der internationalen Arbeiterbewegung waren vertreten. Dr. Adler, Daschnski, Nemec vertraten Oesterreich, Perri repräsentierte Italien, Grulich die Schweiz, Jaurès und Vallant sprachen im Namen der französischen Genossen, Ansele, Troelstra und van Kol im Namen des holländischen Proletariats, Keit Harbe und Hyndman waren von England anwesend, Branting von Schweden, Ustrod, Plechanow vertraten das um seine Befreiung kämpfende russische Proletariat und Hilquit sprach für die sozialistischen Arbeiter der Vereinigten Staaten. Als Vorsitzende fungierten an den Tribünen Rebel, Singer, Alara

ihu die wabelfrümpferische „Meier-Zeitung“ alsbald desabouiert. Aber auch wabelfrümpferische Blätter, wie die „Dreslauer Ztg.“, die „Königsberger Gartungsche Ztg.“ und die „Voss Ztg.“ haben sich gleich der „Meier-Ztg.“ in der schärfsten Weise gegen die „nationalsozialen Eiferer“ ausgesprochen. Auch schließt sich ihnen heute wieder das führende Organ der „Freisinnigen Volkspartei“, die „Freisinnige Zeitung“ an, die, „um einer Märchenbildung vorzubeugen“, der „Deutschen Tageszeitung“ gegenüber konstatiert, daß eine ganze Reihe wabelfrümpferischer wie wabelfrümpferischer Freisinnblätter einschließlich der „Freisinnigen“ selbst keineswegs die dem Freisinn von dem Agrarierorgan impulierte „Verzweiflungskritik“ getrieben hätten, „ihre Sache auf alles oder nichts zu stellen.“

Das führende Organ der Freisinnigen Volkspartei erklärt also abermals, daß sich der „entschiedene Freisinn“ auch mit einem Kompromißwahlrecht abfinden lassen werde!

Und die „Voss-Zeitung“ unterstreicht dies Nüchtlige Vorkommnis entschiedener Kompromißlosigkeit durch die Sätze:

„Wenn die Sozialdemokratie mit Kundgebungen gegen das preussische Klassenwahlrecht die Massen erregen und gewinnen will, so ist es begreiflich, daß sie jeden Gedanken, als könne einem anderen Vorschlag als der blanken Uebertragung des Reichswahlrechts auf Preußen zugestimmt werden, höflich und hässlich von sich weist. Wenn aber die freisinnigen Parteien nicht nach dem letzten, das Gute zu verbinden, indem sie auf dem Besseren bestehen, so werden sie gewissenhaft prüfen, was zu erreichen ist, und durch dessen Annahme das Klassenwahlrecht beseitigen und einer weiteren Reform für die Zukunft vorarbeiten.“

Zum Ueberflus erklärt die „Voss-Ztg.“ noch, daß das Reichstagswahlrecht „unter den gegebenen Verhältnissen“ nicht zu erreichen sei — ein nicht mißzuverstehender Wink für die Reaktion, auch für das Kompromiß so wenig als möglich zuzugehen!

Angesichts dieses heroischen „Kampfes“ des „entschiedenen“ Freisinn macht es sich besonders hüßlich, daß die ganz im Sinne der „Voss-Ztg.“ die freisinnigen Prinzipien verschäckernde „Dreslauer Ztg.“ den Nationalliberalen vorwirft:

„Nicht man demnach alles zusammen, so sind die Nationalliberalen für jede Wahlveränderung zu haben, die den Konservativen und der Regierung gut dünkt. Einen festen Standpunkt haben sie zu keiner der grundlegenden Fragen. Die Nationalliberalen bleiben doch immer, was sie sein waren: Männer von konstanten Ueberzeugungen.“

So spottet der „entschiedene“ Freisinn seiner selbst!

Um so erfreulicher ist es, daß der Senior der Fraktion der Freisinnigen Volkspartei, der Abgeordnete Albert Träger, heute einen Artikel in „Verl. Tagbl.“ veröffentlicht, der mit den Sätzen anhebt:

„Aber die Blockpolitik, die Paarung liberalen und konservativen Geistes? Dieser Grundgedanke des Herrn Reichskanzlers wird hier seine erste und ernsthafteste Probe zu bestehen haben. Recht gefällig klingt es, daß hüten und drücken nachgelassen und zugegeben werden müsse, daß alte Lied vom braven Kompromiß. Diesen Ton scheint auch der Herr Reichskanzler anzuschlagen, wenn anders die „Norddeutsche“ als seine Stimmgabel betrachtet werden darf. Bei Beratung der Wahlfestnoblisse im preussischen Abgeordnetenhause hatten die Nationalliberalen, die sich gegen Einführung des Reichstagswahlrechts erklärten, einen auf das sogenannte „Pluralsystem“ auslaufenden Antrag eingebracht, nach welchem unter Beseitigung der indirekten Wahl bei höherer Steuerleistung, höherer Bildung und höherem Alter ein erhöhtes Wahlrecht eingeführt, den Wählern der dritten Abteilung ein erweitertes Wahlrecht gewährt und den Minderheiten eine Vertretung ermöglicht werden sollte. „Gerrlich, etwas dunkel zwar, aber es klingt recht wunderbar“ — also ekt nationalliberal!

Diesen Vorschlag nimmt die „Norddeutsche Allgemeine“ wieder auf und verlangt daneben in aller

Jetkin, Legion und Hildenbrand, Kautsky, Rosa Luxemburg, Bernstein und Südekum standen den Rednern als Ueberseher zur Seite.

Der Gedanke des Weltfriedens und der Völkerverbrüderung kam in allen Reden zu glänzendem Ausdruck. Besonders von den französischen Genossen, den Vertretern des „Erbeindes“, wurde betont, daß das internationale Proletariat keinen anderen Feind kenne, als den mörderischen Kapitalismus und seine politischen Sachwalter. In den Tagen, da im Haag eine festgelegte Diplomatenkonferenz über den Frieden schwärmte, um dann zu ihren Regierungen zurückzukehren und ihr dunkles Handwerk der Kriegsführung fortzusetzen, bewies das Proletariat, daß das Band der sozialistischen Solidarität zwischen den Völkern stärker ist als Chauvinismus und kapitalistische Expansionskraft, daß der Sozialismus auch der Frieden ist.

Eine gewaltige Manifestation des internationalen Gedankens war das Meeting. Es zeigte, daß die Internationalität des Proletariats keine bloße Schwärmerei ist, wie sie das Bürgertum in seiner Sturm- und Drangperiode aufzuweisen hatte, sondern daß das proletarische Weltbürgertum begründet ist auf dem realen Boden der ökonomischen Tatsachen, da die Befreiung der Arbeiterschaft von den Fesseln der Lohnsklaverei nur auf internationaler Grundlage durchgeführt werden kann. Man überschätzte solche Kundgebungen nicht, wenn man behauptet, daß sie von großem Wert sind für die Annäherung der Völker, von größerem als gastronomische Rundreisen bürgerlicher Journalisten. Je weiter der Sozialismus seine Kreise in den Völkern zieht, je inniger das Band zwischen dem Proletariat der gesamten Welt sich schließt, desto mehr müssen die herrschenden Klassen sich fürchten, die Völker in einen mörderischen Krieg zu hegen. Die proletarische Internationalität ist die stärkste Garantie für den Weltfrieden. Diese Gedanken wachte das Meeting unwillkürlich im Zuhörer. Und noch eines drängte sich angesichts der ungeheuren Menge auf. Wir Deutsche müssen und die Straße erobern! Ueberwältigt von dem Eindruck rief ein Redner, daß mit dieser Kundgebung für Deutschland eine neue Zeit anbrechen werde. Unser Wollen ist gereift in Tausenden von geschlossenen Versammlungen und die Disziplin der Arbeiterschaft ist größer als die des patriotischen Schaulustlers. Wir müssen und das Recht erkämpfen, unsere Forderungen in der Halle des Tages und auch vor den Augen unserer Gegner zu erheben. Möge Stuttgart dazu ein Anfang sein!

Gegen 10 Uhr war die Demonstration der Internationalen beendet. Mit wehenden Bannern zogen die Organisationen ab, der größte Teil der Menge verteilte sich in die Straßen, aber es dauerte geraume Zeit, ehe der von der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellte Platz geräumt war. Die Hauptstraße behielt noch lange das Gepräge der Massenwanderung. Das Wetter hatte prächtig ausgehalten und nur gegen 8 Uhr kühlte ein leichter Regenschauer die Schwüle etwas ab.

Die Stuttgarter Arbeiterschaft konnte dem Internationalen Kongress kein eindrucksvolleres Relief geben, als ihm durch das Meeting zuteil wurde.

## Das Meeting am Neckar.

Stuttgart, 18. August.

In einer imposanten proletarischen Kundgebung gestaltete sich die Volksversammlung auf dem Volksfestplatz in Cannstatt. Unter der schmachvollen Vorherrschaft des engherzigen preussischen Polizeigesetzes gehören in Deutschland solche grandiosen Versammlungen leider zu den Seltenheiten, während sie in anderen Ländern geradezu Attribute der politischen Bewegungsfreiheit sind. Um so mächtvoller war der Eindruck, den die Demonstration hinterließ. Man versteht, daß der in Deutschland und besonders in Preußen herrschende verschleierte Absolutismus kein Freund öffentlicher Willenskundgebung des arbeitenden Volkes ist und daß er am 22. Januar 1906 die Besonnenheit mobil machte, als die Spitzel- und Schrecken einjagte mit der verlogenen Denunziation, die Sozialdemokratie wolle auf die Straße gehen. Solange die Empörung und die Kampfbegeisterung der Massenbewußten Arbeiterschaft zwischen den Mauern geräumiger Säle verhallt, solange glaubt die Regierung sie ignorieren zu können, tritt sie aber am Sonnenlicht, auf den Markt und die Straßen, entfaltet sie sich in so großartiger Weise, wie es in Stuttgart geschah, so vermag auf der Dauer keine Regierung, ebensovienig wie das Bürgertum, sich der zwingenden Logik zu verschließen, daß es ein gewichtiges Spiel ist, einer solchen von Tag zu Tag wachsenden Macht mit den Mitteln einer mittelalterlichen Polizeiherrschaft entgegenzutreten.

Obwohl die Versammlung erst auf 1/2 Uhr nachmittags festgesetzt war, veränderte sich das Bild der nach dem Festplatz führenden Straßen unter dem Andrang der Menge schon in den ersten Nachmittagsstunden. Das Rot herrschte überall vor, von den Kolken im Knopfloch bis zu den Schleifen auf den Hüten. Bald ward der Passantenstrom größer und gegen 3 Uhr begann auf der langen Redarstraße eine wahre Völkerwanderung dem Neckar zu. Die Straßenbahn hatte in Erwartung des Andranges zahlreiche Wagen eingelegt, aber diese Maßregel erwies sich als unzulänglich. Hunderte standen vergebens an den Haltestellen, wenn die überfüllten Straßenbahnzüge vorüberfuhren. Links und rechts auf dem Bürgersteig strebten große Trupps vorwärts. An der Karlsbrücke die über den Neckar führt, war das Gedränge fast bedrückend. Bald erschienen die ersten Organisationen und Vereine mit ihren Bannern und Emblemen. Ein prachtvoller Anblick bot sich dem Blick dar, wenn die Bänder sich entweder von Stuttgart über die Brücke oder von Cannstatt und den umliegenden Dörfern der abfallenden Straße dem Wasen zu bewegten. Teilweise wurde Musik mitgeführt. Ein unabsehbarer Strom wälzte sich endlos über Brücke und Straße den aufgestellten sechs Rednertribünen zu, wo die Fahnen wirkungsvoll gruppiert wurden. Sehr bemerkenswert wurde im Zuge eine nationale Schar von Mitgliedern der freien Jugendorganisation, welche eine bedrängte Tafel vorangetragen wurde, auf deren Rückseite in roten Buchstaben das folge



Befcheidenheit nur noch eine Sondervertretung agrarischer Interessen. Der Spruch, den der Herr Reichskanzler einst bei hellem Gläserklang für seinen, hoffentlich noch in weitester Ferne liegenden Leichenstein im voraus bestimmt hat, würde für seine gesetzgeberischen Monumente dem ent-schiedenen Liberalismus durchaus unzulässig erscheinen, so daß er bei der Aufrichtung von Denksteinen mit solcher Inschrift jede Mitwirkung unbedingt versagen müßte. Gerade hinsichtlich der Einführung des Reichstagswahlrechtes in Preußen kann und darf er keinen Schritt zurückweichen, auch nicht das geringste Zugeständnis machen. Alles oder nichts! lautet hier die Parole, denn jedes weniger ist nichts."

Alles oder nichts! Herr Träger nimmt diese Parole Kaufmanns auf, unbekümmert um die diplomatischen Blockaden der Mehrheit des Reichstags der männlichen wie der weiblichen Linie. „Jedes weniger ist nichts!“ erklärt Herr Träger!

Wir hoffen, daß wenigstens die freisinnigen Proletarier, die Girsch-Dunderschen Gewerksvereine, diese Parole auch zu der ihrigen machen! —

## Marokko.

Vor Casablanca folgt ein Angriff der Marokkaner dem andern. Auch am Montag haben die französischen Truppen kämpfen müssen und für Dienstag wurde das Eintreffen großer marokkanischer Verstärkungen erwartet. In den übrigen Städten scheint die Lage für die Europäer immer gefährlicher zu werden. Die französische Kolonie sollte am Dienstag Fez verlassen.

Der frühere französische Minister Hanotaux veröffentlicht in der Pariser „Revue Hebdomadaire“ eine Studie über Marokko, in der er Frankreich auffordert, über die Aggressionen hinwegzugehen und regelrecht den Krieg gegen das Reich des Maghzen zu eröffnen.

In der „Deutschen Tageszeitung“ Dertels erschien gleichzeitig ein Leitartikel, in dem die deutsche Regierung aufgefordert wird, Frankreich freies Spiel in Marokko zu lassen, sich jedoch eine „Entschädigung“ auszubedingen, wenn Frankreich einen Machtzuwachs aus der Affäre heimbringen sollte. „So würde Bismarck handeln.“

Der französische Exminister sieht für die Interessen der großen Finanzmächte Frankreichs — der deutsche Ex-Reichsbote Dertel spricht die Gedanken der preussischen Junker aus, denen nichts an der Bereicherung der deutschen Bankiers und Industriellen durch einen deutschen Marokkorummel liegt, die aber dem Imperialismus doch nicht ganz die Heberung verweigern können.

Die Meldungen des Tages lauten: Paris, 20. August. Gestern morgen erfolgte auf das Lager des Generals Drude von Norden her ein Angriff der Stämme Menata und Giabia, die sich an den bisherigen Gefechten noch nicht beteiligt hatten. Für heute wird ein großer Anmarsch von Kabylern aus der Gegend von Mazagan erwartet.

Tanger, 20. August. (Meldung der „Agence Havas“.) Hier sind 600 Mann schristlicher Elitetruppen eingetroffen, die vielleicht zur Aufrechterhaltung der Ordnung nach Mazagan weiter gehen werden.

Nachrichten aus Fez besagen: Der französische Konsulats-berater, der einen Ausbruch von Fanatismus gegen die Franzosen unter den Eingeborenen befürchtet, hat den morgigen Tag für den Abzug der französischen Kolonie bestimmt; die französische Militärmission wird Fez aber nicht verlassen. Ob der Konsulatsberater zurückkehren wird, ist unbekannt. Die europäische Kolonie befindet sich in Sorge. Der Maghzen wird, wenn erforderlich, für die abziehenden Franzosen und anderen Europäer eine Schutzwaage stellen. Tanger, 19. August. (Meldung der „Agence Havas“.) Nach Nachrichten aus Mogador soll der Häuptling Ma el Amin bei seinem Durchzuge die Kaids der Alfas und Gidus aufgefordert haben, gegen die Franzosen zu marschieren, die Kaids hätten dies jedoch abgelehnt. — Das hiesige Konsularkorps hat Admiral Philibert um Entsendung eines Stationschiffes nach Tanger ersucht. Auch die Konsuln in Marrakesch haben um Entsendung eines Schiffes dorthin gebeten. — In Saffi herrscht auf das Gerücht hin, daß Muley Hafid zum Sultan ausgerufen worden sei, eine gewisse Erregung.

Ueber den Kampf vor Casablanca am 18. August liegen noch verschiedene Meldungen vor. Der offizielle Bericht lautet:

Paris, 20. August. Ueber den Kampf bei Casablanca am 18. d. M. wird folgendes gemeldet: General Drude erwartete schon seit mehreren Tagen einen Angriff. Gegen 3 Uhr morgens am 18. begann das Gewehrfeuer bei den Vorposten. Bei Tagesanbruch brach ein Kapitän mit 60 Spahis auf, um die Stellung der Marokkaner auszukundschaften. Die Spahis sahen ab und schwärmten aus; ihre geringe Zahl gab den Gegnern Mut. Die Reiter derselben, 2000 an der Zahl, suchten sie zu umzingeln. Eine Abteilung Spahis, die vorging, konnte dem Feinde nicht Einhalt gebieten. Die Spahis gingen hierauf langsam zurück, machten eine Wendung und stürzten sich, den Kapitän an der Spitze, unter Schreien und Abgabe von Schüssen auf eine Abteilung von mehr als 1000 Reitern. Eine Kompanie Spahis und eine Schwadron Jäger zu Pferde ging gleichzeitig etwa 800 Meter vor, worauf die Marokkaner Händeln und ihre Reserve mit sich fortrissen. Ein Feldgeschütz sandte ihnen wohlgezieltes Schnellfeuer nach. Die Spahis, deren Kapitän im Gesicht verwundet war, kehrten in das Lager zurück. Sie hatten einen Toten und einen Verwundeten; auch waren mehrere Pferde getötet oder verwundet. Um 10 1/2 Uhr traf ein spanischer Hauptmann ein und bot die Hälfte seiner Truppen an; General Drude lehnte dies jedoch mit Dank ab, da das Geschütz beendete war. Marokkaner, welche die Anhöhen zur Rechten des Lagers besetzt hatten, wurden durch Gewehrsalven verjagt. Von den Spahis wurde ein Mann getötet, zwei wurden verwundet. Der Feind hält sich jetzt fern, man muß aber auf einen neuen Angriff gefaßt sein. Die Haltung der Truppen ist ausgezeichnet.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. August 1907.

### Das Riesenzuchthaus.

Leute, schließt euch nicht der Sozialdemokratie an, denn die will ein Zuchthausstaat errichten, worin keiner nach seinem Belieben leben, keiner seine Meinung frei betätigen kann, sondern jeder der Fuchtel seiner Vorgesetzten unterworfen ist. — So und ähnlich klagt der Sang, womit unsere Staatsbehaltenden vor der Sozialdemokratie gräulich zu machen suchen. Als ob ein solcher „Zuchthausstaat“ erst errichtet werden müßte! Unzählige Male haben wir nachgewiesen, daß dieses „Riesenzuchthaus“, das dem einzelnen bei schwerer Strafe jede Freiheit verwehren möchte, heute besteht, insbesondere für die Beamten. Und fast jede Woche bringt neue Beweise dafür. Mit Stolz und Freude erzählt die „Deutsche Tageszeitung“: Ein Lehrer in Gotha, der bei der Wahl seine Stimme einem Sozialdemokraten gegeben hatte und deswegen von einer dortigen Zeitung angegriffen war, hatte diese wegen Verleumdung verklagt. Er wurde vom Gericht nicht nur abgewiesen, sondern erhielt im Urteil noch überdies folgende „kräftige Lehre“:

„Das Gericht ist der Ansicht, daß es jedem Manne ohne Amt freisteht, zu wählen, wen er will; ein Lehrer aber als Gemeinde- und indirekter Staatsbeamter macht sich einer groben Pflichtverletzung schuldig, wenn er für einen Sozialdemokraten stimmt! Er handelt aber auch sehr unflug, denn die Schule ist auf der Autorität aufgebaut; wenn er die Freunde der staatlichen Autorität unterstügt, dann sät er den Axt ab, auf dem er sitzt!“

So, der hat's nun wieder bekommen! Er weiß nun, daß er für sein Gehalt nicht nur seine Arbeit zu leisten, sondern obendrein noch seine Bestimmung verlorst hat. Denken kann er sich ja, was er will. Wenn er aber eine Gesinnung betätigt, die seine Vorgesetzten nicht erlauben, dann begeht er eine „große Pflichtverletzung“. Was wird der Mann Angst haben vor dem „Zukunftstaate“, der ihn angeblich in slavische Abhängigkeit von seinen Vorgesetzten bringen wird!

Uebrigens ist das Gothaer Gericht von der richtigen staats-erhaltenden Ansicht noch ziemlich weit entfernt, wenn es meint, daß ein „Mann ohne Amt“ wählen dürfe, wie er will. Eisenbahn-arbeiter z. B. haben kein „Amt“ und fliegen doch auf Pflaster, wenn sie sozialdemokratische Gesinnung merken lassen! Ein Riesenzuchthaus allerdings — aber nicht in der sozialdemokratischen Zukunft, sondern in der kapitalistischen Gegenwart. —

### Moralische Verleumdung!

In der alldeutschen „Tägl. Rdsch.“, dem „Organ der Gebildeten“, lesen wir:

„Eine Prämie auf Murenga! Ein Leser schreibt uns: „Warum macht niemand den Vorschlag: 1/1 oder 1/2 Millton auf den Kopf des toten oder lebenden Murenga zu setzen? Oder müssen erst wieder 1000 Mann ins Gras beißen und 1/4 Milliarde verpulvert werden?“ Die Anregung ist nicht übel und wäre zu erwägen, unsympathisch ist nur der Gedanke, daß den Preis vielleicht einer seiner früheren würdigen Freunde verdienen würde. Doch müßte man sich damit abfinden, wenn nur der Zweck erreicht wird, den gefährlichen Aufseher unschädlich zu machen, damit endlich Friede einzieht in Südwestafrika und die wirtschaftliche Tätigkeit im Süden der Kolonie wieder aufgenommen werden kann.“

Um die sittliche Verwahrlosung dieser „Alldeutschen“ richtig zu würdigen, muß man sich vergegenwärtigen, daß General Leutwein in seinem Werke „Elf Jahre Gouverneur in Südwestafrika“ über Murenga geschrieben hat:

Ihre höhere Kulturstufe haben sowohl Murenga wie die Gebrüder Morris auch durch die Art ihrer Kriegsführung bewiesen. Während des Vordringens nach dem Lager legte mir ein ausgeplündert Farmer eine in gutem Hollandisch geschriebene Bescheinigung vor. Sie befindet sich bei den Akten des Gouverneurs in Windhof und lautet nach meiner Erinnerung in Uebersetzung etwa folgendermaßen: „Requiriert beim Farmer A. 2 Gewehre, 2 Patronen, 2 Pfd. Kaffee, 2 Pfd. Tabak usw. Dies bescheinigen: Der Kommandant: gez. Morris. Der Feldkornett: gez. A.“

An den Personen des Farmers und seiner Angehörigen hatten sich die Plünderer dagegen nicht im geringsten vergreifen. In der gleichen anständigen Weise hat auch Murenga den Krieg geführt. Er hat bei seinen „Requisitionen“ nicht nur das Leben der Weichen geschont, sondern auch den ausgeplünderten den notwendigen Lebensunterhalt be-lassen. In seine Hände gefallenen verwundeten deutschen Soldaten hat Murenga die Freiheit wiedergegeben. Während im Juni 1906 zwei deutsche Abgesandte sich behufs Friedensverhandlungen im Lager Murengas befanden, griff eine deutsche Abteilung, die von der Aufkündigung der letzteren nicht rechtzeitig hatte verständigt werden können, verächtlich an. Murenga hätte es nun in der Hand gehabt, die Ab-gesandten zu töten. Er zog es jedoch vor, lediglich die Verhandlungen abzubrechen und sein Lager zurückzuziehen.“

Uebrigens braucht das Blatt der „Gebildeten“ kaum zu befürchten, daß einer der Freunde Murengas sich solchen Judaslohn verdienen würde, sind doch die von Trotha auf die Köpfe der Häuptlinge ausgeschickten Prämien völlig erfolglos geblieben. Auf die Höhe alldemokratischer Lumpenhaftigkeit haben sich die südwestafrikanischen „Wilden“ denn doch noch nicht emporgeschwungen! —

### Wie ein Unternehmer seine Arbeiter schätzt.

Der in den letzten Jahren durch seine politische Tätigkeit be-kannt gewordene Fabrikant Münch-Ferber in Hofl. B. hat dieser Tage seine Maschinen an eine andere Firma verkauft und seinen Betrieb stillgelegt. Den „braven“ Arbeitern, die fast durchweg über 10 Jahre im Betriebe waren, hat man ohne ein Dankes-wort für ihre Arbeit ihre Aarten ausgehändigt, nicht einmal einen feinen Papler für ein Zeugnis hatte man übrig; sang- und klanglos hat man „seine“ Arbeiter an einen anderen Unternehmer ver-schickert. Die enttäuschten Leute, die bei den Reichstagswahlen in naiver Einfalt für ihren arbeiterfreundlichen liberalen „Deren“ agitiert haben, sie sind nun ganz plötzlich schend geworden. Durch die Annahme einer Resolution haben sie ihrer Entrüstung über die ihnen gewordene Behandlung Ausdruck gegeben. —

### Herr Zombart über die Bloß-Paarung.

Der „sozialliberale“ Professor Werner Zombart urteilt über die Bloßpolitik und die konservativ-liberale Paarung in der Zeitschrift „Morgen“, sie sei vielleicht das „alleruner-freulichste Ereignis“, das unser politisches Leben in den letzten Jahren aufzuweisen habe. Sie sei gerade das Symptom jener Unaufrichtigkeit der Regierung und der Phrasen-haftigkeit unserer (freisinnigen) Opposition. „Ein Mißverständnis zwischen Wort und Tat, zwischen Schein und Wirklichkeit. Alle Gegenfäße eingehüllt in eine Staubwolke von Phrasen, an die im Grunde kein Mensch glaubt: „Nationaler Bloß!“ Um ein paar Millionen Reichsrente für eine beliebige koloniale Unternehmung bewilligt zu erhalten, bemüht man wahrhaftig eine ganze Nation und reißt ihr vor, sie müsse sich auf sich selbst bestimmen, ihre Ehre verteidigen und dergleichen mehr. Daß man nicht die Er-fahrungen des Hirten in der Fabel mache, der immerfort ohne Grund rief: „Der Wolf ist da!“, bis der schließlich kam und seiner mehr dem Quäferuse des Hirten Folge leistete.“ Herr Zombart ist zwar auch nur ein feinsinnigster feilsterer Reiches-sozialist und parfümierter Salonpolitiker, aber er beweist wenigstens einen gewissen Instinkt für politische Realitäten. —

### Ein sonderbarer Befehl.

Einer unserer Parteigenossen in Danzig erhielt folgendes Schreiben: (Datum.) Befehl! Sie haben sich in den nächsten Tagen vormittags zwischen 9 bis 12 Uhr auf dem hiesigen Hauptmeldeamt, Weichmanns-burggasse 1/2 zur Empfangnahme einer Landwehr-Dienstaus-zeichnung zu melden. Bezirksfeldwebel. Der Empfänger dieses sonderbaren Befehls hat schon vor zirka sechzehn Jahren den Rod des Volkes ausgezogen und niemals an einer Landwehrübung teilgenommen. Beim besten Willen verman-

er sich nicht auf irgendein noch so geringes Verdienst um den heiligen Militarismus zu bestimmen. Wie man jemanden, der seit sechzehn Jahren nicht mehr Soldat ist, einen Befehl ins Haus senden kann, verstehen wir nicht. Obendrein wird unser Genosse in dem Befehlszeugnis über die Landwehr-Dienstauszeichnung auch noch als Grenadier bezeichnet! Ja, bleibt man denn zeit-lebens Grenadier, der jeden Befehl von militärischen Personen einfach zu befolgen hat? Schließlich muß es doch irgendeine Grenze geben, wo das Zivilleben beginnt! Spahig ist fern, daß man jemanden irgendein Ehrenzeichen einfach „anbefiehlt“. Man muß die „Räumung“ wohl sehr nötig haben!

### Eine neue Polizeizeit von Halle.

Man berichtet uns aus Halle a. S. unterm 18. August: Daß die Halle'sche Polizei in Preußen voran marschiert, dürfte allgemein bekannt sein. Sie übertrifft aber noch die „sächsische Gemüthlich-keit“. Am Sonntag früh unternahm etwa 800 Mitglieder des Holzarbeiterverbandes aus Leipzig einen Ausflug nach Halle. Die Polizei witterte — bei Arbeitern ist das hier immer so — „einen verbotenen Umzug“ und traf „Sicherheitsmaßnahmen“. Da die gemüthlichen Sachen noch nicht im lenkbaren Lustschiff über Halle nach dem Saaleetal und nach der Heide fliegen konnten, mußten sie das Halle'sche Pflaster betreten. Das Schien der Halle'schen Polizei schier unerschrocken. Und als die Leipziger das mit-gebrachte Musikkorps kurz vor dem Walde auf der Landstraße in Aktion treten ließen, „da war das Maß voll“. Ein Kommissar, begleitet von Polizisten, führte über das Feld; man zog blank, löste den „verbotenen Umzug“ auf und nahm Sittierungen nach der Woche vor. Der Vorgang erinnerte an die Zeiten des Schand-gehebes, und nur der besonnenen Haltung der Leipziger Genossen ist es zu danken, daß es zu keinem größeren Erzähl kam. —

### Liberalismus und Hausknecht.

In dem Münchener liberalen Wochenblatt „Fortschritt“ bespricht der jungliberale Rechtsanwält Kohl den im Herbst zu-sammenretenden bayerischen Landtag. Dabei macht er folgende charakteristische Aeußerung: Unter den neuen Volksvertretern werden sich finden „Aerle, die den Teufel nicht fürchten und das Maul aufstun und einem Minister die Wahrheit ungeschminkt sagen, wie unser einer einem Hausknecht.“ „Unser einer“, das heißt also: Wir Liberale sagen zwar einem Hausknecht alle möglichen Grobheiten und finden das ganz natürlich. Ob man aber Ministern gegenüber wirklich solche Töne anschlagen wird? —

### Neue Truppen sendungen nach Westafrika

empfeht dringlichst ein „alter Afrkaner“ in einem Leitartikel in der „Deutschen Tageszeitung“. Er schreibt: „Nur keine Jauderpolitik wieder, oder gar ver-hängnisvolle Ausschübe bei der Auslösung von Truppen aus Rücksichten budgetärer Art! Sie haben uns schon zuviel Geld gekostet. Der Süden wird gehalten! Die neue Reichstagsmehrheit will es. Die Aera Leutwein ist vorüber, der mir im Februar 1904 schrieb: Mit Rücksicht auf die bereits vorhandenen 1500 Mann und weiterer demnächst zu erwartenden Verstärkungen, sowie auf unsere Erfolge, die die Eingeborenen in die Defensive verwiesen haben, erscheint eine weitere Hülfleistung zurzeit nicht nötig!“ Sollen wir das Versäumte bald nach! Jetzt werden wir es können, nachdem die Neutralität britischen Ge-bietes verbürgt scheint und eine nationale Mehrheit ihren Einzug im Reichstage gehalten hat. Und nun noch eine Warnung an die Adresse derer, die es angeht: Keine „Ent-scheidungen“, bevor der letzte Schuß gefallen, der letzte, größte Sieg erndigst „erledigt“ ist!“ Völliglich befinden sich außer diversen Tausend Abenteurern und Kriegsspekulanten, die die letzte Zeit des dreijährigen Krieges nach Südwest gelockt hat, noch zirka 7000 Mann — nicht 1500 Mann — in Südwestafrika! Ihnen stehen Simon Cooper und Murenga mit höchstens ein paar hundert Mann gegenüber. Die 400 Mann Murengas sind ja in der letzten amtlichen Meldung bereits erheblich zusammengeschrumpft! Trotzdem bestärkt das Agrarierorgan neue Truppen-nachschübe, obwohl es weiß, daß jeder Mann Nachschub uns diverse Tausend Mark kostet! Besonders drastisch ist aber die Forderung an die amtlichen Stellen, „keine Entschübe“ mehr zu machen, bevor der „letzte Schuß gefallen“. Der letzte Schuß gegen Murenga — oder vielleicht gegen die Ovambo! —

## Ungarn.

### Die „sozialreformerische“ Regierung.

Bolff's Telegraphenbureau verbreitet folgende fastige Reskome, die offenbar aus den Bureau der ungarischen Regierung selbst stammt: Budapest, 20. August. Durch eine heute erlassene Verordnung des Kultusministers Daranyi sind zwei wichtige sozialpolitische Gesetze ins Leben getreten. Das Gesetz, welches die Rechtsverhält-nisse zwischen Landwirten und landwirtschaftlichen Arbeitern zum Gegenstand hat, stellt Arbeitgeber und Arbeiter rechtlich gleich und bedroht Uebergrieffe gegen Bedienstete mit Strafe. Es stellt im Interesse der Bediensteten Schutzmaßnahmen auf; so hebt es das häusliche Zuchtungsrecht Dienstboten gegen über auf, verlangt für sie gesunde Wohnungen und fordert, daß der in Gestalt von Naturalleistungen zu zahlende Lohn erlöschig sei. Ehefrauen sowie Kinder unter 12 Jahren müssen im Falle einer Krankheit auf Kosten des Arbeitgebers während eines Zeitraumes von 45 Tagen ärztliche Pflege erhalten. Zahlreiche Bestimmungen berechtigen die Bediensteten im Falle nicht entsprechender Behandlung, unpünktlicher Lohnzahlung oder schlechter Verpflegung, den Dienstvertrag sofort zu kündigen. Das zweite Gesetz handelt von staatlicher Unterstützung landwirtschaftlicher Arbeiterhäuser und bezweckt, die Arbeiter durch Bezahlung des bisherigen Hauszinses in den Besitz des Hauses gelangen zu lassen. Die große „Sozialreform“ besteht also in der Gewährung minimalster Selbstverständlichkeiten. Von den Forderungen, die der Selbsthilfe der bis aufs Blut ausgebeuteten Landarbeiter durch dieselbe ungarische Regierung gelegt werden, sagt die Reskome-depesche natürlich nichts!

Budapest, 20. August. Die Raaber Staatsanwaltschaft hat die Konfiszierung einer in vielen Tausenden von Exemplaren in den deutschsprachigen Gegenden Ungarns verbreiteten Flug-schrift unter dem Titel: „Ausruf des Vereins zur Er-haltung des Deutschthums in Ungarn“, welche von Wien aus verbreitet wurde, angeordnet.

## Italien.

### Die Flucht vor dem Elend.

Rom, 20. August. Die hiesigen Blätter zufolge beabsichtigen im nächsten Jahre etwa 30 000 italienische Familien nach Chile auszuwandern. Die italienischen Behörden suchen diese Massenauswanderungen zu verhindern. Es wird sogar, daß für das nächste Jahr besondere gesetzliche Maß-regeln getroffen werden sollen, die der Auswanderung eine gewisse Schranke setzen. Natürlich sind Polizeigehege geplant — nicht etwa Sozial-reformen! —



# Internationaler sozialistischer Kongress.

Sitzung der Kommission für die Ausarbeitung einer Resolution über die Stellung der Partei zu den Gewerkschaften.

Stuttgart, 20. August.

(Vorläufiger Bericht.)

Die Resolution Beer wird von einer ganzen Reihe von Delegierten unterstützt, so von Kautsky, Pfannkuch, Legien, Rob. Schmidt, Lindblat, Olsen u. a.

**Tremolite - Italien**

erklärt sich gegen den Standpunkt des belgischen Redners. In Italien habe man vor Jahren eine ähnliche Politik verfolgt wie in Belgien. Man sei dann aber zu der Ueberzeugung gekommen, daß der richtige Weg allein der Weg der deutschen Gewerkschaften sei. In einer Resolution, die Redner vorschlägt, wird die Annäherung der Gewerkschaften an die politische Partei empfohlen, aber die Gewerkschaften müßten allen Arbeitern ohne Unterschied der Partei offenstehen.

**De Leone - Vereinigte Staaten**  
ist der Ansicht, daß, wenn man in Europa über Amerika spreche, man glaube, die Welt höre in Europa auf. Man verkenne, daß der Kapitalismus in Amerika weit vorgeschritten sei. Danach richteten sich auch die amerikanischen Gewerkschaften.

**Kautsky**

bestätigt eingehend die Resolution Beer. Die französische Resolution müsse von den Deutschen abgelehnt werden. Enger Kontakt zwischen Partei und Gewerkschaften, das ist es, was in allen Reden hier zum Ausdruck gekommen ist. Der Stuttgarter Kongress soll die Einheit der Arbeiterbewegung herstellen und festigen. Wie in Amsterdam die Einigkeit der französischen Genossen durch die bekannte Resolution zustande kam, so hat hoffentlich der heutige Beschluß über die Beziehungen der Partei zu den Gewerkschaften eine gleich erfreuliche Folge. (Beifall.)

**André - Frankreich**

vertritt den Standpunkt der französischen Minorität und empfiehlt die Annahme der Resolution, die auf dem Parteitag in Nancy abgelehnt worden ist.

**Legien:**

Wir können nur allgemeine Grundsätze aufstellen und uns nicht in den Streit der einzelnen Länder einmischen. Beide Bewegungen, Partei und Gewerkschaften, gehen aus dem Proletariat hervor. Deshalb sollen beide nicht Hand in Hand gehen? Da aber beide ihre besonderen Aufgaben haben, so bedürfen sie einer gewissen Selbstständigkeit. Die Resolution der Franzosen nimmt viel zu sehr auf die Verhältnisse und Streitigkeiten im eigenen Lande Bezug. Redner wendet sich sodann dagegen, daß der Generalstreik als gewerkschaftliches Kampfmittel aufgestellt wird. Die Franzosen haben keine gewerkschaftliche Organisation. Sobald sie eine solche haben werden, wird die Diskussion und Propaganda für den Generalstreik, die direkte Aktion und die Sabotage verschwinden. Die Franzosen werden dann nicht mehr zu einer so unbegreiflichen Aktion wie im Vorjahre gelangen, wo sie mit einem Schlage den Arbeitern den Achtundzestag erkämpfen wollten, sondern dazu erst einmal mit Arbeit und Mühe große Organisationen schaffen. Nicht mit glänzenden Worten könne man der Bourgeoisie beikommen, sondern nur mit dem Zusammenschluß der Arbeiter in Organisationen zum gemeinsamen Kampf. (Beifall.)

Die Abstimmung wird auf Mittwoch vertagt.

## Kommission für Frauen-Stimmrecht.

Stuttgart, 20. August.

Den Verhandlungen der 6. Kommission zur Beratung des Frauenwahlrechts liegt die von der internationalen Frauenkonferenz beschlossene Resolution zugrunde. Die Holländer beantragen, nur die drei letzten Absätze dieser Resolution als den eigentlichen substantiellen Inhalt anzunehmen. Es entspringt sich zunächst eine längere Generaldebatte, in der es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den österreichischen Genossinnen und der Genossin Zettin kam.

**Dr. Adler - Wien**

protestiert dagegen, daß den österreichischen Frauen von der Frauenkonferenz eine Rüge erteilt worden sei, die sie nicht verdient hätten. Der Erfolg des österreichischen Wahlrechtskampfes sei auch der opferwilligen und verständigen Disziplin und Hingabe der österreichischen Genossinnen zu verdanken, die sich den taktischen Notwendigkeiten dieses Kampfes freiwillig und selbstverständlich gefügt hätten.

**Mara Zettin**

bestreitet, daß den österreichischen Genossinnen eine Rüge erteilt worden sei. Man habe nur ihre Vorgehen sachlich kritisiert. Dabei sei die Pflicht internationaler Solidarität nicht verletzt worden. Die deutschen Genossinnen hätten soliel Verständnis, daß sie nicht verlangen, daß jedem Wahlrechtskampf die Forderung des Frauenwahlrechts zugrunde gelegt und zur Hauptsache des Kampfes gemacht werde. Sie hätten sich nur dagegen gewandt, daß man aus taktischen Gründen die allgemeine Forderung des Frauenwahlrechts habe fallen lassen.

In der Abstimmung wird ein Antrag Adler, den letzten Absatz der Resolution wie folgt zu fassen, mit 12 gegen 9 Stimmen abgelehnt:

„Obwohl es den Parteioptionen in den einzelnen Ländern überlassen bleiben muß, den Augenblick zu bestimmen, in welchem in den Kampf gegen die spezielle Entrechtung der Frau eingetreten werden kann, erklärt es der Kongress für eine Pflicht aller Parteioptionen, keine Unterbrechung in den Wahlrechtskämpfen eintreten zu lassen, bis das gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen erreicht ist.“

Angenommen wird folgender Antrag der Genossin Reson-London:

Der Kongress erklärt, daß es nicht angebracht ist, für jedes Land die genaue Zeit anzugeben, wo ein Wahlrechtskampf zu führen ist. Er erklärt jedoch, daß, wenn ein Kampf um das Wahlrecht geführt wird, er nach sozialistischen Prinzipien, d. h. mit der Forderung des Wahlrechts für Männer und Frauen, geführt werden muß.

Mit dieser Abänderung wird der letzte Absatz der sonst unverändert gebliebenen Resolution der deutschen Genossinnen angenommen. Berichterstatterin für das Plenum ist Genossin Zettin.

## Aus der Partei.

Ein Arbeitersekretariat wird nun auch in Hof i. V. errichtet, nachdem ein solches vor vier Wochen in Wahrenth eröffnet wurde.

**Bildungsarbeit.** Die Hofet Genossen beschließen, auch einen Bildungsausschuß einzusetzen.

Genosse Lipinski sendet uns folgende Erklärung:  
In dem von der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ bezogenen Bericht über die Parteiversammlung des 12. sächsischen Reichstagswahlkreises Leipzig-Stadt, der zum Teil auch vom „Vorwärts“ in der Sonntagsnummer veröffentlicht worden ist, werde ich als der Vater des in den Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse“ veröffentlichten Entwurfs für die Errichtung eines Nachrichtenbureaus bezeichnet.  
Demgegenüber erkläre ich, daß ich, wie aus dem betreffenden Entwurf selbst hervorgeht, weder den Entwurf ausgearbeitet, noch an ihm mitgearbeitet habe. Mitbin kann ich auch nicht der Vater des Entwurfs sein.  
Bericht. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil veranm.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdr. u. Verlagsanstalt

Ich bitte diejenigen Parteiführer, die den vom Genossen Vensch gegen mich erhobenen und von anderen Rednern in jener Versammlung übernommenen unbegründeten Vorwurf nachgedruckt haben, um Abdruck dieser Erklärung.  
Stuttgart, am 10. August 1907.

Rich. Lipinski.

## Parteiliteratur.

Im Kommissionsverlag der Leipziger Buchdruckerei A.-G. ist soeben erschienen:

Die internationale Organisation der sozialistischen Jugend. Bericht des Sekretariats der sozialistischen Jugendorganisationen. August 1907.

Die Schrift hat folgenden Inhalt: Einleitung. Die Internationale der Jugend. Belgien, Deutsch-Oesterreich, Ungarn, Böhmen, Frankreich, Deutschland, Schweiz, Niederlande, Italien, Spanien, Großbritannien, Bulgarien, Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland, Nordamerika. Adressenverzeichnis der Verbände. Zeitungsliste.

## Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Der „unheilvolle“ Sonntag.

Die Verordnung über die äußere Heiligung der Sonn- und Feiertage, die die Verletzung öffentlich bemerkbarer Arbeiten an solchen Tagen verbietet, sollte der Genosse Müller in Magdeburg übertreten haben und zwar durch das Ausragen von Wahlflugblättern am Sonntag. Das Landgericht Magdeburg verurteilte ihn auch zu einer Geldstrafe und führte aus: Jurisdiktionen seien zunächst die Angriffe des Angeklagten auf die Heiligkeit der Verordnung. Deren Rechtsstille sei die Kabinettsorder von 1837, die den Schluß der äußeren Heiligung der Sonn- und Feiertage im Auge habe. Im allgemeinen seien alle öffentlich bemerkbaren Arbeiten geeignet, die äußere Heiligung der Sonn- und Feiertage zu beeinträchtigen. Das Verbot sei demnach rechtmäßig. Es handele sich aber auch um eine Arbeit, auch soweit, als die Verletzung öffentlich bemerkbar gewesen sei. Eine Arbeit sei eine auf einen bestimmten Zweck gerichtete, mit einer gewissen körperlichen Anstrengung verbundene Tätigkeit. Eine Arbeit in diesem Sinne sei aber hier zu finden in dem geschäftigen Gehen auf der Straße mit dem Bündel Schriften unter dem Arm, von dem Angeklagter schon auf der Straße immer einige Exemplare abzog, um in den Häusern gleich zur Verteilung bereit zu sein.  
Das Kammergericht verwarf die vom Genossen Müller gegen das Urteil eingelegte Revision mit der Begründung, daß ein Rechtsirrtum nicht vorliege.

## Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Eine Lohnbewegung der Holzbildhauer ist durch die am Montag abgehaltene öffentliche Bildhauerversammlung eingeleitet worden. Der Referent Veltke führte aus: Die vor einem Jahre geplante gewesene Lohnbewegung mühte wegen des großen Kampfes in der Holzindustrie unterbleiben, der einen großen Teil der Holzbildhauer in Mitleidenschaft zog. Gegenwärtig herrscht für die Holzbildhauer eine recht gute Konjunktur und es ist deshalb angebracht, etwas für die Verbesserung der Löhne zu tun, die für sehr viele Kollegen durchaus ungenügend sind. Eine allgemeine Lohnbewegung über ganz Berlin ist nicht geplant, sondern ein Vorgehen in den einzelnen Werkstätten, wo der Lohn unter dem üblichen Niveau steht. Es handelt sich besonders um die Werkstätten im Osten. Hier wurde früher minderwertige Arbeit angefertigt und demzufolge waren auch die Löhne niedriger wie in den besseren Werkstätten. Jetzt wird aber im Osten ebenfalls gute und saubere Arbeit hergestellt, der Lohn aber hat sich nicht dementsprechend gehoben. In diesen Werkstätten soll nun eine angemessene Lohnaufbesserung gefordert werden, so daß hier derselbe Lohn erreicht wird, den die besseren Betriebe im Westen bereits bezahlen. Die jetzige Bewegung hat also nur einen Ausgleich der Löhne zum Ziel. Die Kommission wird sich in nächster Zeit mit den Kollegen der betreffenden Werkstätten in Verbindung setzen und dann das weitere veranlassen.

Die Aussperrung der Konfektionsarbeiter in Stettin und die Lohnbewegung der hiesigen Kollegen

lautete die Tagesordnung zweier öffentlicher Versammlungen der Arbeiter und Arbeiterinnen der Herren- und Knabenkonfektion, die am Montag stattfanden. In der „Verolina“, Schönhauser Allee, sprach Kähr als Referent, bei Gräß in der Großen Frankfurterstraße Künze. Die Redner schilderten zunächst die Ursachen und die Entwicklung des Kampfes in der Stettiner Konfektion. Im Gegensatz zu Berlin ist es bekanntlich in anderen Zentren der Konfektionsindustrie schon zur Durchführung von Tarifverträgen gekommen. In Stettin gelang es im vorigen Jahre, einen solchen Vertrag abzuschließen. Aber es zeigte sich, daß man damit die Bewegung nicht als beendet ansehen durfte, denn die Unternehmer suchten den Tarifvertrag zu brechen oder zu umgehen. Der Tarif selbst konnte bei der Fülle verschiedener Arbeiten nicht ganz vollkommen sein. Deshalb enthielt er auch die Bestimmung, daß alle nicht darin aufgeführten Arbeiten der freien Vereinbarung unterliegen sollten. Aber die Unternehmer lehrten sich nicht an diese Bestimmung und wollten in solchen Fällen die Lohnsätze ganz eigenmächtig festsetzen, statt sich mit den Arbeitern darüber zu einigen. Außerdem suchten sie andere Positionen des Tarifs sinnwidrig zu ihrem Vorteil und zum Schaden der Arbeiter auszulagern. Deshalb wurde von den Konfektionsarbeitern Stettins ein Kommentar zum Tarif ausgearbeitet, sowie ein Nachtrag über bisher noch nicht aufgeführte Arbeiten, und den Unternehmern vorgelegt. Diese weigerten sich jedoch, darüber zu verhandeln, und lehnten es auch ab, vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts erscheinen. Nachdem es somit unmöglich erschien, auf friedlichem Wege dem Tarifvertrag allgemein Geltung zu verschaffen, legten gegen 900 Arbeiter und Arbeiterinnen bei 8 vertragsbrüchigen Firmen die Arbeit nieder. Hieraus folgte die allgemeine Aussperrung, die sich auf ungefähr 3000 Personen erstreckt. Organisierte wie unorganisierte Arbeiter wurden ausgesperrt. Es ist dies die erste allgemeine Aussperrung in der Konfektionsindustrie Deutschlands und, abgesehen von der Berliner Bewegung im Jahre 1896, der größte Lohnkampf in dieser Branche. Merkwürdig genug, aber sehr treffend schrieb das Zentralorgan des Allgemeinen Deutschen Arbeiterbundes im „Schneidergewerbe“, daß das Vorgehen der Stettiner Konfektionäre ein Gewaltakt sei, und daß sie dem ersten Gewaltakt des Tarifbruchs, den zweiten der Aussperrung hinzugefügt hätten. Man wundert sich in den Kreisen der Arbeiter nicht wenig über die Wahrheitsliebe dieses Unternehmerorgans. Da kam jedoch in der nächsten Nummer des Blattes eine Verichtigung. Man habe, hieß es nun, bei jenen Worten die Ausführungszeichen verlesen; man habe damit nur die Ausdrucksweise der Arbeiter wiedergegeben wollen. Man freue sich vielmehr, daß die Arbeiter in diesem Kampf eine Niederlage erleiden würden. Diese Verichtigung gibt offenbar die Gesinnung jener Unternehmerorganisation kund, die selbst erst in der Mahnbranche Tarife abgeschlossen hat. Man freut sich des Tarifbruchs der Stettiner Konfektionäre und meint der Ansicht zu sein, daß Verträge mit den Arbeitern nur dazu da sind, daß sie von den Unternehmern gebrochen werden.  
Die Stettiner Konfektionsarbeiter lassen es nicht an Eifer und Kampfesmut fehlen; ihre Versammlungen, die von Tausenden besucht werden, zeigen dafür. Ihre Berliner Kollegen haben nun vor allem die Pflicht, dafür zu sorgen, daß hier keine Streiarbeit gemacht wird. Das liegt in ihrem eigenen Interesse. Ein Sieg der Stettiner gereicht ihnen zum Vorteil, eine Niederlage würde ihnen ebenso sehr nachteilig bringen. Hieraus wurde von den Rednern besonders aufmerksam gemacht.

Die Bewegung in der Berliner Konfektion hat bis jetzt den Erfolg gehabt, daß mit einer Anzahl Firmen Tarifverträge abgeschlossen sind, und zwar mit Reichmann, Pohl u. Schmidt, Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdr. u. Verlagsanstalt

Vender u. Guttmann, S. Adam, Cohn u. Sohn, D. Herrmann u. Co., Müller u. Leopold. Verhandelt wegen Abschluß der Tarife wird zurzeit mit den Firmen Stern Gebr., A. Sier, Machol u. Lewin, Cohn u. Gerich-Lowich, Brud u. Löwenstein, R. S. Rosenbal, Jean Papper, Eisbach. Um in der Berliner Konfektion schneller zu der allgemeinen Einführung der Tarife zu gelangen, ist es notwendig, daß sich die Konfektionsarbeiter und -Arbeiterinnen mehr noch als bisher um ihre Organisation bekümmern und in größeren Massen in die Versammlungen kommen. Ferner erwähnten die Redner den Boykott in der Herrenkonfektion, der die Einführung von Betriebswerkstätten zum Ziele hat, die jetzt für 500 bis 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen gesichert ist. Die Angelegenheit ist bekanntlich vor kurzem auch in der Gewerkschaftskommission zur Sprache gekommen, worüber in Nr. 188 des „Vorwärts“ berichtet wurde. Wie die Firma Böhm in der Skalitzerstraße durch die einstweilige Verfügung des Boykott unwillig zu machen sucht, so strebt jetzt die Firma Linger u. Co. in der Neuen Friedr.straße auf gerichtlichem Wege die Beseitigung der Sperrannonce an, durch die die Kollegenschaft darauf aufmerksam gemacht wird, daß bei Linger u. Co. gestreift wird. — Die Redner ließen keinen Zweifel darüber, daß diese Maßnahmen die Unternehmer nicht zum Ziele führen werden.

In beiden Versammlungen wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die versammelten Konfektionsarbeiter und -Arbeiterinnen sprechen den in Stettin ausgesperrten Kollegen und Kolleginnen ihre warmste Sympathie aus und verpflichten sich, energisch mitzuwirken, daß auch bald in Berlin die Konfektionsarbeiterchaft zu den gut organisierten Verufen gehört, um, geführt auf die Vereinigung, den Unternehmern gegenüber die Interessen der Arbeiterchaft auf der ganzen Linie und jederzeit wahrnehmen zu können. Der Kampf um Errichtung von Betriebswerkstätten soll mit aller Schärfe unter Anwendung aller zu Gebote stehenden Mittel weitergeführt werden, um die Beseitigung der überaus schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Konfektion zu erzielen.

## Deutsches Reich.

**Achtung, Metallarbeiter!** Bei der Firma Niebaum u. Gutenbergs haben sämtliche Metallarbeiter ihre Kündigung eingereicht. Zug streng fernzuhalten!  
Die Ortsverwaltung Herford des Metallarbeiterverbandes.

Aus dem Aussperrungsgebiet Gießen.

Abermals ist eine Woche verstrichen, die Situation aber noch dieselbe. Große Versammlungen fanden statt im „Abendstern“, wo Genosse Koll, in Trohe, wo die Genossen Müller und Herrmann, und in Bismar, wo die Genossen Schnell und Herrmann referierten. Die Versammlungen wurden von einem fröhlichen kampfesmutigen Geist getragen. Ein altes feudales System ist gestürzt. Das alte abhängige Skavenverhältnis ist durchbrochen. Die Zigarrenfabrikanten kommen durcheinander, der Ring wird locker. Das Verhältnis, daß Zigarfabrikanten und -Arbeiterinnen nicht mehr an eine Fabrik verkauft sind, ist schon als Sieg zu verzeichnen. Der Zigarrenfabrikant Kling-Spor nimmt Aussperrte von anderen Fabriken in Arbeit. Die Herren Zigarrenfabrikanten rennen hin und her. Es wird das Gerücht ausgesprengt, der Deutsche Tabakarbeiterverband sei kaputt. Nein Ihr Herren, den Triumph werdet Ihr nie haben! Der Tabakarbeiterverband zählt, und zählt immer wieder. Die Solidarität der Arbeiterwelt schlägt hohe Wogen. Mit der Aussperrung, die für die Aussperrten eine Schule des Lebens ist, weisen auch die Früchte der Erkenntnis. Die frühere Engbergigkeit der Ausgebeuteten ist gefallen. Die Angliederung an eine große Idee (die Befreiung aus dem Joche des Kapitalismus) ist vollzogen. Die Aussperrten sehen, daß es nur zwei Klassen gibt. Die Gegenstände werden aufs äußerste verächtlich. Nur weiter mit den Aussperrungsgelüsten und die kapitalistische Welt sinkt nach kurzer Hypnotropie in morsche Trümmer.

**Achtung, Zementarbeiter!** Die Zementplattenfabrik Vendorf a. Rh. sucht Arbeiter und Arbeiterinnen. Es ist dort sämtlichen organisierten Arbeitern gekündigt worden. Da außerdem nur ein Lohn von 30-32 Pf. pro Stunde gezahlt wird, so wird ersucht, den Zugang streng fernzuhalten. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten, da die Fabrik in allen Gegenden Deutschlands Inserate mit Arbeitergesuchen erläßt hat. Der Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands, Gau IX.

## Ausland.

Der Doderkreik in Antwerpen.

Brüssel, 19. August. (Eig. Ber.)

In der heute vormittag von circa 2000 Doodern besuchten Versammlung wurde folgender Vorschlag gemacht: Die Unternehmer zahlen 550 Frank pro Tag. Eine von zwei Arbeiterdelegierten und zwei Unternehmern gebildete Kommission hat eine Enquete in Rotterdam vorzunehmen, auf Grund der zu entscheiden ist, ob mehr als dieser Lohnsatz zu zahlen ist. Die eventuelle Lohn-erhöhung gilt vom Tage des Arbeitsantritts. Die Vereinbarung ist schriftlich. Die Engländer haben von morgen ab Antwerpen zu verlassen. Unter Vorsitz des Bürgermeisters hat eine neue Konferenz stattzufinden.

Der Präsident des Unternehmerverbandes sprach sich gegen die Vorschläge in einer Privatunterredung aus.

Die Unternehmerversammlung verwarf die Forderungen der Doder.

## Eingegangene Druckschriften.

Der Teint, Fehler und Behandlung, von Dr. A. Kann, 75 Pf. Verlag: D. Coblenz, Berlin W. 30.

England in deutscher Beleuchtung von Dr. Th. Lenschau. Preis geb. 8 M. — Die machen wir unsere Kolonien rentabel? Von Dr. R. Koberbach. 3 M., geb. 4 M. Verlag: Gebauer u. Schweske in Halle a. S.

Ultramontane Weltanschauung und moderne Lebenskunde, Orthologie und Monismus. Anschauungen des Jesuitenpater's Erich Rosmann. Herausgegeben von Prof. Dr. L. Plate, Berlin. Verlag von G. Fischer in Jena. Preis 1 M.

Der Tourist. Illustrierte Zeitschrift zur Förderung des Reiseverkehrs. Nr. 16. Erscheint monatlich zweimal. Pro Jahr 5 M. Verlag: Frankfurt a. M., Neue Zeit 61.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein Dorf in Flammen.

Stuttgart, 20. August. (B. L. V.) Der Brand in Darmsheim hat infolge des sturmartigen Windes so rasch um sich gegriffen, daß noch neuerer Meldung 68 Gebäude niedergebrannt sind, darunter die Gasthäuser zum „Adler“ und zum „Lamm“, ferner das Haus des Bürgermeisters und das Pfarrhaus. Die Kirche, von welcher bereits der Turm brannte, das Rathaus und das Schulhaus konnten gerettet werden. 58 Familien sind obdachlos.

Zum Tode verurteilt.

Stockholm, 20. August. (B. L. V.) Die beiden Mörder des Briefträgers Olsen, die Deutschen Winter und Schöllmeier, wurden heute abend vom hiesigen Rathausgerichtshof zum Tode verurteilt.

Ein Familiedrama.

Kaschau. (B. L. V.) In Holouza hat der 11jährige Bauernknabe Stephan Keres seinen eigenen Vater mit einer scharfen Gasse erschlagen. Das Motiv der Tat war, daß der Vater die Mutter oft schwer mißhandelte.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt



Die proletarische Internationale in Stuttgart.

Internationaler sozialistischer Kongreß.

Stuttgart, 20. August.

(Telegraphischer Bericht.)

Vorsitzender Singer eröffnet die Sitzung um 10 Uhr vormittags und macht eine Reihe geschäftlicher Mitteilungen. Es sollen zu den Sitzungstagen nur zugelassen werden die Delegierten, die Presse und die mit Einladungsarten versehenen Gäste.

Es ist eine ganze Reihe von Begrüßungsschreiben und Telegrammen beim Kongreß eingegangen, die der Sekretär des Internationalen Sozialistischen Bureaus Genosse Guysmans-Brüssel in den drei Kongresssprachen liest.

Friedrich Lehner, der Mitbegründer der alten Internationale von 1864, hat einen Brief eingeklebt, in dem er seiner hohen Verehrung über die Fortschritte der internationalen sozialistischen Bewegung auspricht und der Ueberzeugung Ausdruck verleiht, daß der Sieg nicht mehr fern sei.

Die Organisation der englischen Jugendbewegung für sozialistische Sonntagsschulen sendet ebenfalls ein Glückwunschschreiben. Die dänische Sozialdemokratie lädt den nächsten Kongreß nach Kopenhagen ein.

Weitere Begrüßungstelegramme sind eingegangen von dem Tschechischen Verband der Mühlenarbeiter und den Versicherungsangestellten Oesterreichs, von 7000 Arbeitern in Tiflis, von der polnisch-sozialdemokratischen Frauenorganisation in Schlesien, aus Schodja in Armenien, von den Genossen des Herzogtums Koburg, aus Johannesburg in Transvaal, aus Sachsen, aus Reading in England, von der Socialdemocratic Federation aus Oulu, aus dem 14. schottischen Reichstagswahlkreis, von der Wahlrechtsdemonstration in Ragus-Caroly in Ungarn, vom Parteitag der aargauischen Sozialdemokratie, von den deutschen Sozialdemokraten in St. Paolo in Brasilien, von der P. P. S. von den Sozialdemokraten in Liverpool, Bukarest und Gablonz (Böhmen), von den englischen Sozialdemokraten, von den Parteigenossen Tempelhofs und Mariendorfs, von dem norwegischen Delegierten Hansen, der durch eine Aussperrung von 8000 Arbeitern in Kristiania zurückgehalten wird, von den organisierten Goldschmieden Magdeburgs, von der bulgarischen Generalkommission der Gewerkschaften, aus Philippopol, vom 7. Schleswig-Holsteinischen Reichstagswahlkreis, von den deutsch-österreichischen und ungarischen Sozialdemokraten der Schweiz, von der Generalversammlung des Wahlkreises Teltow-Weeskow, aus Norfolk, Arloon in Ungarn, aus Herne, aus Vaila, vom Niederländischen Zimmermannsbund, vom Reichstagswahlkreis Dresden-Alstadt, von den Blumenarbeiterinnen in Dresden, von den russischen Sozialdemokraten in Amerika usw.

Die Präsenzliste

ist vorbehaltlich der Prüfung der angebotenen Mandate wie folgt festgestellt worden: Finnland 2, polnische Sozialdemokraten 12, polnische sozialistische Partei: erste Fraktion 5 Delegierte, P. P. S., zweite Fraktion 6 Delegierte, österreichische Polen 6 Delegierte, russische Sozialdemokratie 37 Delegierte, russische Sozialrevolutionäre 21, Schweden 19, Norwegen 8, Dänemark 17, England 123 Delegierte, Holland 9, Belgien 25, Deutschland 800 Delegierte, Oesterreich 75, Ungarn 27, Böhmen 41, Frankreich 78, Schweiz 21, Italien 13, Spanien 6, Belgien zweite Fraktion 6, Rumänien 4, Südafrika 1, Japan 1, Australien 1, Vereinigte Staaten von Nordamerika 20, Argentinien 3, Serbien 1 Delegierte, insgesamt 886 Delegierte.

Hierauf tritt der Kongreß in die Tagesordnung ein. Zunächst werden die von dem Internationalen Bureau seit dem letzten Internationalen Kongreß gefassten und veränderten Resolutionen vom Kongreß debattiert und bestätigt, ebenso das Reglement für das Internationale Bureau und die Interparlamentarische Konferenz. Die

Verteilung der Stimmen

an die einzelnen Nationen wird gemäß dem Vorschlag des Bureaus wie folgt vorgenommen: Es erhalten Stimmen: Deutschland, Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Rußland je 20, Italien 15, Vereinigte Staaten 14, Belgien 12, Dänemark, Polen und Schweiz je 10, Australien, Finnland, Holland und Schweden je 8, Spanien, Ungarn und Norwegen je 6, Südafrika, Argentinien, Bulgarien, Japan, Rumänien und Serbien je 4, Luxemburg 2.

Es ist ein

Protest der englischen Delegierten

eingegangen gegen den Vorschlag des Bureaus, den Antrag der Independent Labour Party über die Zulassung zum Kongreß aus dem Grunde abzulehnen, weil er in formellem Widerspruch zu dem vom Pariser Kongreß 1900 bestätigten Beschluß der Pariser Konferenz stehe. Der Antrag der Independent Labour Party lautet dahin, daß das Reglement des Internationalen Kongresses in der Weise amendiert werde, daß eine gewerkschaftliche Vereiniung bona fide oder eine gewerkschaftliche Föderation oder eine Sektion der internationalen Arbeiterbewegung mit den einer solchen Zulassung entsprechenden Anrechten und Vorzügen zur Teilnahme am Kongreß zugelassen werde, unter der Bedingung aber, daß dieser Verband oder diese Föderation sich für die politische Aktion in Verbindung mit den sozialistischen Parteien erklärt.

Mac Donald - London

begründet den Antrag der Independent Labour Party. Er wolle keine allgemeine Diskussion hervorrufen, sondern nur eine klare Erklärung darüber haben, wie der Kongreß sich zu der Zulassung der neugegründeten Arbeiterpartei (Labour Party) stelle. Aus der Antwort des Bureaus scheint es ihm, als ob das Bureau nicht ganz richtig verstanden habe, um was es sich eigentlich handle. Die Dinge lägen so: Die Independent Labour Party habe seit mindestens zehn Jahren dafür gewirkt, daß die Trade-Unions, die Gewerkschaften mehr zur gemeinsamen politischen Arbeit mit der sozialdemokratischen Partei herangezogen werden. Diese Arbeit sei nicht

ohne Erfolg geblieben, der seinen Ausdruck in der Konstituierung der Labour Party gefunden habe: Diese habe nun ihrerseits den dringenden Wunsch, als vollberechtigtes Glied zur sozialistischen Internationale zugelassen zu werden. Das Internationale Bureau habe jedoch gegen den entsprechenden Antrag der Independent Labour Party entschieden, weil seiner Ansicht nach die Zulassung verlogen würde gegen die Zulassungsbestimmungen, die der Kongreß in Brüssel entworfen habe und die in Paris bestätigt worden seien. Diese Ansicht des Bureaus ist aber unrichtig. Die Gewerkschaften in England haben in den letzten Jahren die Notwendigkeit der politischen Aktion eingesehen. Sie haben sich entschieden auf den Boden des politischen Klassenkampfes gestellt. Die Labour Party habe die Versicherung abgegeben, daß sie eine von allen bürgerlichen Parteien unabhängige und selbständige Partei sein wolle. Die Auffassung des Genossen Quack, daß die Gewerkschaften nichts als politische Parteivertretung sein dürften, sei von einer Jahreskonferenz mit großer Mehrheit zurückgewiesen worden. Redner beantragt schließlich, die Resolution der Independent Labour Party an das Internationale Bureau zur nochmaligen Prüfung in Gemeinschaft mit den englischen Genossen zurückzuweisen.

Vorsitzender Singer: Dieser Antrag, der keinerlei materielle Entscheidung trifft, vielmehr die Frage an das Internationale Bureau erneut zur Prüfung verweisen will, wird vom Internationalen Bureau akzeptiert und steht mit zur Diskussion.

Quack - London (Socialdemocratic Federation):

Derjenige, der das Amendement der Independent Labour Party ablehnt, ändert nicht etwa irgend etwas an den Regularien, die früher von internationalen sozialistischen Kongressen beschlossen worden sind, sondern hält sie in der alten Form und im alten Sinne aufrecht. Wir haben nichts gegen die Zulassung der Gewerkschaften, die nach dem Statut zum Internationalen Kongreß ebenso zugelassen werden müssen, wie die politischen Organisationen. Nur eines müssen sich die Trade-Unions klar machen: wenn sie hierher kommen, kommen sie zu einem sozialistischen Kongreß. Und wenn sie sich an einem sozialistischen Kongreß beteiligen, so verpflichten sie sich unaufkündig mit den Ideen und mit den Prinzipien des Sozialismus. (Sehr gut.) Sie übernehmen die Verpflichtung, wenn Sie nach England zurückkehren, für den Sozialismus zu arbeiten und zu wirken. Wir haben nun in England die Labour Party gefragt, ob sie sozialistisch sei, sie hat aber nicht geantwortet. (Hört! hört!) Warum legt sie dann überhaupt Wert darauf, auf dem Sozialistenkongreß vertreten zu sein? Man kann nicht in Stuttgart einem Sozialistenkongreß beiwohnen und in England in Wahlmanifessen sagen, daß es keinen Klassenkampf gibt. (Sehr gut!) Die Labour Party hat sich direkt geweigert, die sozialistischen Prinzipien anzuerkennen. Sie lehnt sogar die Reformen ab, die zu dem Ziele eines jeden Sozialismus, der vollkommene Befreiung der Arbeiterklassen vor jeder Ausbeutung, hinführen. (Hört! hört!) Die Labour Party hat überhaupt kein Programm oder wir kennen es jedenfalls nicht. Die Labour Party hat nur eine Basis, den Kampf für Palliativ-mitteln. Sie ist eine ausgezeichnete Arbeiterpartei aber ausdrücklich und geständig keine sozialistische Partei. Wir wollen niemand exkommunizieren, wir nehmen von jedem Delegierten an, daß er bona fide Sozialdemokrat ist, aber wir können nicht zugunsten einer Gruppe, die unter falscher Flagge steht, die Statuten der Internationale ändern. (Sehr richtig!) Wir verlangen die volle und unverzügliche Aufrechterhaltung der Zulassungsbestimmungen als Grundlag aller internationalen Kongresse. (Lebhafter Beifall.)

Irving - Burnley

von der Socialdemocratic Federation: Wir haben nichts gegen eine erneute Prüfung der Frage der Zulassung der Labour Party, aber wir glauben nicht, daß, nachdem das Bureau die Frage schon mehrfach gründlich geprüft hat, es zu einem anderen Resultat als dem der Abweisung kommen können. Wir verlangen das Bekenntnis zum Klassenkampf und zum Sozialismus. Die Labour Party lehnt beides ab. Eine Reihe ihrer hervor- ragendsten Mitglieder hat sich gegen den gesetzlichen Achtstundentag erklärt, um sich ein Mandat zu erschießen. (Hört! hört!) Während die ganze Welt vom Kampfe der roten mit der schwarzen Internationale durchdringt wird, haben wiederum aus Mandatslosigkeit Abgeordnete der Labour Party in der Schlußfrage eine Verhinderung vor der Verpflanzung der Volksschule gemacht. (Hört! hört!) Ja, die Mitglieder der Labour Party haben gegen den Schutz der Schwachen der Schwachen, der Armensten und Ausgebeuteten, gegen den Schutz der Kinder des Proletariats gestimmt. (Hört, hört!) Ich komme aus einer wahren Hölle der Kinderausbeutung in der englischen Textilindustrie, und hier verweigert eine Arbeiterpartei den Kindern einen Schutz, wie ihn selbst das zähne deutsche Kindererziehungs-gesetz gewährt! Warum das alles! Weil das einzige Ziel der Labour Party ist: Mandate zu gewinnen. Das gestattet den Luxus fester Grundzüge nicht. Die Türen des Internationalen Kongresses stehen weit offen, aber nur denen, die sich rüchichtslos zum Sozialismus und Klassenkampf bekennen, nur sie haben das Recht, Seite an Seite mit dem organisierten sozialdemokratischen Proletariat aller Länder für die Befreiung der Menschheit zu kämpfen. (Stürmischer Beifall.)

Sandervelde - Brüssel:

Ich kann nicht im Namen des Internationalen sozialistischen Bureaus sprechen, wohl aber im Namen der Genossen Webel, Singer, Baillant, Troelstra, Gillquitt und Knudsen, mit denen ich Rücksprache genommen habe. Die übereinstimmende Meinung aller dieser Genossen ging dahin, daß eine Veränderung der Aufnahmebedingungen zum Internationalen Kongreß, die ein Bekenntnis zum Klassenkampf und zum politischen, das heißt parlamentarischen Kampf verlangen, nicht möglich ist. Würde man diese Voraussetzungen fallen lassen, so würde man von neuem anfangen müssen, wie bei dem Ausbruch der Anarchisten in London und Brüssel. Die genannten Genossen glauben aber auch, daß die Labour Party diese Aufnahmebedingungen erfüllen kann, denn zweifellos predigen die Trade-Unions täglich den Klassenkampf gegen das Kapital. Wenn sie sich gegen das Wort sträuben, so wohl deshalb, weil die Redner der Socialdemocratic Federation es vielfach mit „class war“ (Klassenkrieg) statt mit „struggle of class“ (Klassenkampf) übersehen. Jedenfalls ist das Internationale Bureau gern bereit, erneut eine Verständigung mit den englischen Genossen der Labour Party zu suchen. In die inneren Streitigkeiten der englischen Arbeiterbewegung wird sich das Bureau natürlich nicht einmischen. (Beifall.)

Ein Schlußantrag der holländischen Sektion wird angenommen.

Persönlich erklärt

Quack

die Zustimmung der Socialdemocratic Federation zum Antrag Macdonald.

Macdonald-London

protestiert gegen die Angriffe, die gegen seine Partei erhoben worden sind, und behält sich vor, an geeigneter Stelle darauf zu antworten. Der Antrag Macdonald (Rücküberweisung der Zulassungsfrage an das Internationale Bureau) wird hierauf einstimmig angenommen.

Einen Antrag der italienischen Sozialisten der Schweiz auf Einführung einer einheitlichen Mitgliedskarte für die Parteien der Welt schlägt das Bureau vor abzulehnen.

Groussier-Paris

bittet den Kongreß, das Internationale Bureau zu beauftragen, die Möglichkeit der Einführung solcher Mitgliedsarten eingehend zu prüfen.

Singer

legt die Ablehnungsgründe des Internationalen Bureaus dar. Solche internationalen Karten müßten gedruckt werden. Es sei dann ein Nachdruck sehr leicht und Unberufenen könnten sich in die Partei einschleichen. Andererseits aber könne es keinem Sekretär zugemutet werden, die Hunderttausende von Karten zu unterschreiben. Solche rein administrativen Fragen sollten vom Kongreß überhaupt nicht erörtert werden. (Zustimmung.)

Renouel - Paris

sieht in der einheitlichen Mitgliedskarte den ersten Anfang zu einer einheitlichen internationalen Organisation. Eine Verteilung der Karten durch die einzelnen nationalen Sekretariate sei sehr wohl möglich. Die Karten sollen nicht obligatorisch sein, sondern nur als Modell dienen. Der Redner bittet, den Antrag nicht kurzerhand abzulehnen, sondern ihn mit einer besonderen Empfehlung dem Internationalen Bureau zu überweisen.

Singer: Ich schließe mich, um die Debatte abzukürzen, dem Antrage an. Das Feuer, mit dem die französischen Genossen den Antrag vertreten haben, wird sicher seine Wirkung auf das Internationale Bureau nicht verfehlen.

Der Kongreß beschließt demgemäß.

Ein Vorschlag der Socialdemocratic Federation Englands, die sozialistischen Parlamentsfraktionen aller Länder mögen gleichzeitig in allen Staaten Vorschläge zur gesetzlichen Festlegung eines Maximal-arbeits-tages machen, beantragt das Internationale Bureau, der Interparlamentarischen Kommission zu überweisen. Der Kongreß beschließt demgemäß debattelos.

Weiter beantragt das Bureau, einen Vorschlag der südafrikanischen und französischen Sektionen hinsichtlich des Ruhens und der Wahl einer künftigen internationalen Disfoksprache als verfräht abzulehnen.

Lucas-Südafrika

bittet den Präsidenten, den Antrag verteidigen zu dürfen. Er habe von den Arbeitern des Transvaal den Auftrag, vor dem Kongreß die Schaffung einer internationalen Disfoksprache zu beschreiben. Im Transvaal seien die Sprachschwierigkeiten unüberwindlich, gäbe es eine einheitliche Sprache, so würde die Organisation in Johannesburg hundertmal so stark sein, wie sie jetzt ist. Er fühle sich nicht fremd, aber er würde sich doch sehr freuen, wenn er sich mit den deutschen Genossen besser verständigen könnte. Wie schön wäre es, wenn alle Genossen eine Sprache sprächen.

Auch dieser Antrag wird an das Internationale Bureau verwiesen.

Damit waren die Arbeiten der heutigen Sitzung erledigt. Die nächste Sitzung findet Mittwoch früh 10 Uhr statt. Singer schließt die Sitzung kurz nach 1 Uhr.

Erklärung.

In der gestern unter diesem Titel mitgeteilten Rundgebung der russischen und polnischen Delegationen zum Internationalen sozialistischen Kongreß, die gegen die provokatorischen Maßnahmen und sinnlosen Gewalttaten, insbesondere die sogen. Expropriationen und dergleichen Räubereien im Auslande unter russischer revolutionärer Flagge gerichtet war, ist ein Fehler unterlaufen. Unter den unterzeichneten Delegationen ist die Delegation der Polnischen Sozialistischen Partei (P. P. S.) aufgeführt, die an der Abfassung und an der Beschlußfassung über diese Rundgebung nicht teilgenommen hat. Dagegen ist die Delegation der Sozialdemokratischen Polen und Litauen, die diese Rundgebung mit abgefaßt und beschlossen hat, verhehentlich unerwähnt geblieben.

Angefochtene Mandate.

Die deutsche Delegation beschloß, die Vertreter der Lokalorganisierten (Anarcho-Sozialisten) zum Kongreß nicht zuzulassen.

Die französische Delegation lehnte ohne Debatte die Zulassung der unabhängigen sozialistischen Partei (Orland-Viviani-Mislerand usw.) zum Kongreß ab.

Erste internationale Konferenz sozialistischer Frauen.

(Schluß aus der Dienstadtnummer.)

Stuttgart, 19. Aug.

Genosin Steg - Hamburg:

Wir alle sind mit großer Bewunderung und atemloser Spannung dem Wahlrechtskampfe der österreichischen Genossen gefolgt und wir haben uns über die Erfolge gefreut. Aber die Genosin Schlesinger hat in keiner Weise dargelegt, warum man denn trotz dieser ungeheuren Begeisterung das Frauenstimmrecht aufgeben hat. Man hätte diese Begeisterung ausnützen müssen. (Sehr richtig.) Die österreichischen Genosinnen fassen unsere Resolution falsch auf. Wir wollen keine Splitterrichterei treiben. Es handelt sich nur um eine Richtlinie für die Zukunft, nicht um Gewohnheiten. (Lebhafter Beifall.) Für uns ist diese Frage äußerst aktuell. Ich bin im Gegensatz zu Lily Braun der Meinung, daß in dem bevorstehenden Kampfe um das Wahlrecht in Preußen und Sachsen die Genossen neben dem allgemeinen Wahlrecht für die Männer auch das Frauenwahlrecht fordern müssen. Es handelt sich hierbei nicht um frauenrechtlerische Forderungen, sondern in erster Linie um sozialdemokratische Forderungen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir den Standpunkt der Genosin Braun vertreten würden, würden wir uns als königlich preussische Regierungspartei konstituieren, die schließlich auch ein Muralwahlrecht nähme. Wir müssen prinzipiell alles fordern, was wir für richtig halten, und nur, wenn unsere Macht nicht weiter reicht, nehmen wir das, was wir bekommen können. So ist immer die Taktik der Sozialdemokratie gewesen. (Lebhafter Beifall.) Je bescheidener wir in unseren Forderungen sind, desto bescheidener wird die Regierung in ihren Bewilligungen sein. Von diesen Gesichtspunkten aus müssen auch die österreichischen Genosinnen für unsere Resolution eintreten. (Stürmischer Beifall.) — Es wird ein Antrag, die Redezeit auf 10 Minuten zu beschränken, angenommen.

Genosin Grünberg - Nürnberg

schlägt vor, eine Kommission zu wählen, die sich über die verschiedenen Resolutionen verständigt, und bedauert, daß den österreichischen Genosinnen über ihr Verhalten im Wahlkampf Vorwürfe gemacht wurden. Sie weist darauf hin, daß die Sozialdemokratie in Bayern im nächsten Monat praktisch für die Einführung des Frauenwahlrechts zum bayerischen Landtag eintreten werde. (Bravo!)



Genossin Zieh - Hamburg:

Ich habe den österreichischen Genossinnen keine Vorwürfe gemacht, sondern nur für die Annahme unserer Resolution auch durch die österreichischen Delegierten gesprochen.

Genossin Theres

hält den Antrag Grünberg für überflüssig. Die Abstimmung werde beweisen, ob die Resolution der österreichischen Genossin in die deutsche Resolution eingefügt werden solle oder nicht. Die österreichischen Genossinnen hätten mit derselben Energie wie für das Wahlrecht der Männer auch für ihr eigenes Wahlrecht kämpfen müssen. (Sehr richtig!)

Der Antrag Grünberg wird hierauf gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Adelheid Popp - Wien:

Die Genossin Zieh konnte unser Verhalten nicht verstehen. Sie meinte, wir hätten die Plutivelle der Begeisterung, die durch Österreich ging, für das Frauenwahlrecht auszunutzen sollen. Ich kann es ja begreifen, daß man in einem anderen Lande nicht immer verstehen kann, was im Nachbarlande geschieht. Es geht uns manchmal auch so mit dem Vorgehen unserer deutschen Genossinnen. Aber wir, die wir in Oesterreich leben und mit ganzem Herzen dahin arbeiten, für unser Proletariat nicht nur politische Rechte, sondern auch eine soziale und wirtschaftliche Höherstellung zu erkämpfen, mußten unterscheiden können, was in jenem Augenblick notwendig war. Und danach haben wir gehandelt. (Bravo!) Wenn Genossin Zessin das Wort „richten“ und gegenüber gebraucht, so mußte dieses Wort in der Situation, in der es kam, für uns einen bitteren Klang haben. Ich nehme es ihr nicht übel. Es ist unser Stolz, daß wir bisher auch immer verstanden haben, die Situation zu unseren Gunsten auszunutzen. Wir haben keinen Augenblick daran gedacht, das Prinzip des allgemeinen Frauenwahlrechts aufzugeben. Wir haben nur das Wahlrecht für die Männer für die nächstliegende Forderung gehalten. Wir haben jedoch erklärt, daß, wenn wir auch jetzt bloß für das Männerwahlrecht eintreten, wir dieses Wahlrecht doch nur für eine Abschlagszahlung ansehen und daß das Frauenwahlrecht kommen muß. (Beifall.) Die Entwicklung bei uns ist eine andere als in Deutschland. Wir werden uns durch praktische Arbeit bemühen, für das Proletariat so viel Erfolge wie möglich zu erringen. Das werden wir auch in Zukunft tun. Da unsere Resolution zweifellos nicht angenommen werden wird, so ziehen wir sie zurück. (Bravo!) Wir behalten uns aber vor, in der Kommission des Internationalen Kongresses die uns notwendig erscheinenden Änderungen vorzuschlagen. (Beifall.)

Mr. Shaw

spricht sich für das allgemeine Wahlrecht aller Volljährigen aus. Er ist der Überzeugung, daß die bürgerlichen Frauenwähler nur deshalb für das beschränkte Wahlrecht eintreten, weil sie fürchten, daß die Sozialdemokratie den Nutzen von der Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts haben würde. (Zustimmung.)

Genossin Sodezji - Ungarn

wendet sich gegen den Antrag der Engländerinnen. Wenn die Taktik im Kampfe für das Frauenwahlrecht jedem einzelnen Lande überlassen wird, wird es nur dazu führen, daß die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts zurückgestellt wird hinter der eines beschränkten Wahlrechts. (Sehr wahr!) Wir hoffen, daß es jetzt überhaupt keinen Wahlrechtskampf mehr geben wird, in dem nicht auch für das Frauenwahlrecht gekämpft wird. (Beifall.)

Genossin Alexandra Kollontaj

berzichtet darauf, die Frauenbewegung in Finnland und Rußland zu erörtern, da die Ansichten der finnischen und russischen Genossinnen sich in allen Punkten mit den Ansichten der Genossin Zessin decken. (Beifall.)

Genossin Tarhonen,

sozialdemokratische Landtagsabgeordnete in Finnland hebt hervor, daß die finnländische Sozialdemokratie ihre Erfolge nur erzielt habe, weil sie stets davon ausgegangen sei, daß jede Klasse nur sich selbst befreien könne und weil sie sich bewußt war, daß alle Erfolge nur kleine Reformen im Vergleich zu dem eigentlichen Ziele seien. Die Rednerin spricht sich scharf gegen das Amendement der englischen Genossinnen aus und bittet, die deutsche Resolution einstimmig anzunehmen. — Der Antrag der englischen Genossinnen wird darauf zurückgezogen. — Damit schließt die Debatte und das Schlußwort erhält

Genossin Klara Zetkin:

Genossin Popp hat in den „Sozialistischen Monatsheften“ selbst bedauert, daß in Oesterreich so wenig vom Frauenwahlrecht gesprochen sei. Das beweise, daß, wenn die Aktion für das Frauenwahlrecht zurückgestellt werde, auch leicht die Agitation darunter leide. Wenn die Resolution, die wir Ihnen vorlegen, Direktiven geben soll für die Wahlrechtskämpfe der Zukunft, so muß sie mit möglichst gleich großer Einstimmigkeit angenommen werden wie die Amsterdamer Resolution über das taktische Vorgehen der Sozialdemokratie in den einzelnen Ländern. Dann wird nach meiner Überzeugung auch nicht eineerspaltung, sondern eine größere Einheitslichkeit unserer Bewegung der Erfolg der Resolution sein. Zum Schluß bittet die Rednerin die englischen Genossinnen, mit derselben Energie und Opferwilligkeit, mit der sie für das englische Damenwahlrecht eingetreten sind, auch für das Frauenwahlrecht, für das Recht der Proletarierinnen einzutreten. (Lebhafter Beifall.)

Die deutsche Resolution wird hierauf gegen 11 Stimmen angenommen. (Bravo!) Dagegen stimmen die österreichischen Genossinnen, einige Engländerinnen und die Delegierte der Schweiz.

Die folgenden Anträge werden dem neugeschaffenen internationalen Sekretariat überwiesen. Sie lauten:

Women's Labour League - England:

1. „Die Frauen der sozialistischen Arbeiterbewegung, die insbesondere für den Schutz des Heims und der Familie eintreten und glauben, daß die Interessen der verschiedenen Länder die gleichen sind und nicht im Gegensatz zu einander stehen, fordern dazu auf, daß mit besonderem Eifer auf die Erwerbung antimilitaristischer Gesinnung und internationaler Brüderlichkeit hingewirkt wird.“

2. „Der Kongreß fordert die finanzielle Unterstützung bedürftiger Mütter bei der Geburt von Kindern, sowie fortlaufende Unterstützung solcher Mütter, die für den Unterhalt kleiner Kinder aufkommen müssen, damit die Frauen diese versorgen können, ohne zur Lohnarbeit gezwungen zu sein.“

Antrag der Genossin Margarete Haas-Hardegger, gestellt im Auftrage des Schweizerischen Arbeiterinnenverbandes:

„In dem Maße, wie der maschinelle Betrieb in einen Beruf nach dem anderen eindringt, taucht der ungelernete Arbeiter in allen diesen Betrieben auf. Und da die Rolle der proletarischen Frau beruht ist, daß dieser Frau meist Zeit, Mittel und Kräfte zur gründlichen Erlernung eines Berufes fehlen, so sehen wir die maschinellen Berufe heute mit Arbeiterinnen mehr und mehr überschwemmt. Diese Arbeiterinnen nehmen namentlich in den letzten Jahren einen ungewöhnlich regen Anteil an den ökonomischen Kämpfen, ja, sie beeinflussen durch ihre verzweifelte Sorge direkt die Taktik der gewerkschaftlichen Kämpfe. Der weibliche Lohnarbeiter bildet zusammen mit dem jugendlichen Lohnarbeiter die unterste und darum geknechtete Schicht des Proletariats, gleichzeitig aber, und das ist das Angeschickliche: die größte, die schwerstkontrollierbare Schicht. Keine Möglichkeit, in absehbarer Zeit diese ganze Schicht zu organisieren — keine Möglichkeit daher, auf die Dauer ungelernete Arbeiter fernzuhalten von gesperrten Betrieben, keine Möglichkeit, einen Streik mit einigem Erfolg durchzuführen. Darum die bei Frauenstreiks so gesteigerte Erregung, darum diese verzweifelte Erbitterung. Das ungelernete Proletariat kann gegen das Unternehmertum nicht aufkommen mit den Waffen des gelerten Arbeiters. Darum suchen die ungelerneten Arbeiter nach Waffen, welche ihnen dienlich

sind, in ihren Händen dem Unternehmertum schaden zu können. Solche Waffen sind die Warenempfehlung (Label, weiße Liste) und die Warenverurteilung (Boycott). Was liegt näher, als das Unternehmertum, dessen Produktion man nicht stille legen kann, da angurigkeit, wo es allein noch empfindlich ist: am Warenabsatz. Es sollten daher alle proletarisch denkenden Frauen ihren im Lohnkampf stehenden Schwestern der Lebens- und Genußmittelindustrien sowie der verschiedenen Kleidungsbranchen beistehen durch zielbewußten Wareneinkauf. Was liegt näher, als daß die in den Arbeiterinnen- und sozialistischen Frauenvereinen organisierten Genossinnen diesen zielbewußten Einkauf in die Wege leiten und ihre Schwestern, die Lohnslavinnen, auf diese Weise wirksam unterstützen. Aber die Produktion ist heute keine nationale mehr, der Markt ist international. Warenempfehlung und Warenverurteilung können nur dann wirklich zur Bedeutung kommen, wenn sie auf internationalem Boden erklärt, vorbereitet und durchgeführt werden. Darum: In Erwägung, daß die Warenverurteilung (Boycott) und die Warenempfehlung auf internationalen Boden gestellt werden müssen, daß sie nur mit Hilfe der eintausenden Richtigkeit, das heißt der Frauen, durchgeführt werden können, ersucht der Schweizerische Arbeiterinnenverband, die Frage der Warenverurteilung (Boycott) und der Warenempfehlung (weiße Liste, Label) auf die Tagesordnung der internationalen sozialistischen Frauenkonferenz zu nehmen, damit in dieser Angelegenheit die notwendigen ersten Schritte zu einheitlicher Propagierung dieser Kampfmittel getan werden können.“

Von den österreichischen Delegierten wird wegen des Ausschlusses der bürgerlichen Presse interpelliert und der Wunsch ausgesprochen, daß in Zukunft vor einem solchen Schritt die einzelnen Vertreter gefragt werden.

Genossin Zessin schlägt vor, daß zur Erhöhung der Wirksamkeit des neugeschaffenen internationalen Sekretariats die sozialistischen Frauen in den einzelnen Ländern in den nächsten zwei Monaten Korrespondentinnen wählen.

Genossin Schleginger-Erdstein-Wien dankt im Namen des Kongresses den deutschen Genossinnen für die Vorbereitung zur Konferenz (Bravo!) und vor allem der Genossin Valabanoff, die während der ganzen Tagung ihre Kraft als Übersetzerin in den Dienst der Konferenz gestellt hat. (Lebhafter Beifall.)

Genossin Valabanoff: Wir danken nicht nur den Genossinnen, die den Kongreß vorbereitet haben, sondern vor allem auch dem Proletariat, das uns hierher geschickt hat und das uns das Recht gibt, in seinem Namen hier zu sprechen. Ihm können wir einzig und allein dadurch danken, daß wir uns einander das Geldnis geben, immer im Geiste derer zu arbeiten, die uns hierher geschickt haben und die Millionen, die heute noch stumm dahin leben und gar nicht wissen, daß sie zum menschlichen Geschlecht gehören, für den Sozialismus zu gewinnen. (Lebhafter Beifall.)

Klara Zetkin:

Ich danke den Genossinnen herzlich, daß sie so zahlreich und mit so rühmlichem Eifer an den Beratungen teilgenommen haben. Wir können mit großer Freude konstatieren, daß die erste Internationale Konferenz sozialistischer Frauen über alles Erwarten gelungen ist. (Sehr richtig!) Wir gehen hier auseinander als Kampfgenossinnen, die alle einem einheitlichen Ziele zustreben. Wir haben das neue internationale Sekretariat geschaffen und wir werden dafür zu sorgen haben, daß es keine papierne Einrichtung bleibt. Ihrer aller Aufgabe aber ist es, durch tätige Mitarbeit dafür zu sorgen, damit die internationale sozialistische Frauenbewegung Fleisch und Blut gewinnt und damit es uns gelingt, die sozialistische Frauenbewegung aller Länder zu einer Massenbewegung zu machen, die das weibliche Proletariat in seinen tiefsten Tiefen aufwühlt. Es lebe der internationale revolutionäre Sozialismus! (Die Versammelten stimmen begeistert ein und singen den ersten Vers der Marxzeitschrift und der Internationale.)

Berichtigung: In dem Bericht von der Sonnabend-Sitzung ist unter den Berichtstatterern der verschiedenen Länder eine Genossin Solomon Alexandrowitsch als Vertreterin der russischen Revolutionäre aufgeführt worden. Die betreffende Genossin teilt uns mit, daß sie Alexandra Kollontaj heißt und zur sozialistischen Arbeiterpartei Rußlands gehört.

Die Kommissionen.

Die Beziehungen zwischen den politischen Parteien und den Gewerkschaften.

(Telephonischer Bericht.)

Stuttgart, 20. August.

Der Kommission, der die Ausarbeitung einer Resolution über die Stellung der politischen Parteien zu den Gewerkschaften übertragen war, gehören von der deutschen Delegation an: Kautsky, Legien, Pfannkuch und Robert Schmidt.

Von der französischen Delegation wurde folgende Resolution vorgeschlagen:

„Der Kongreß ist der Überzeugung, daß die völlige Befreiung der Arbeiterklasse sich nur vollständig vollziehen kann durch die vereinigte Macht der politischen und gewerkschaftlichen Aktion, der Gewerkschaftsbewegung, die als letztes Mittel den Generalstreik anwendet, und der politischen Bewegung, die die Eroberung der politischen Macht zum Ziele hat, um die allgemeine Expropriation der Bourgeoisie durchzuführen. Der Kongreß ist der Überzeugung, daß diese zweifache Aktion von um so größerer Wirksamkeit sein wird, je mehr die politischen und die gewerkschaftlichen Organisationen ihre volle Selbständigkeit bewahren, da ja die Gewerkschaftsbewegung das selbe Ziel wie der Sozialismus hat.“

In Erwägung, daß diese grundsätzliche Übereinstimmung der politischen und ökonomischen Aktion des Proletariats ein freies Zusammenarbeiten beider Organisationen ohne weiteres sichert, das frei von Unklarheiten, Mißtrauen und Unterordnung des einen oder anderen Teiles bleibt, fordert der Kongreß alle Genossen auf, es an keiner Anstrengung fehlen zu lassen, um jedes Mißverständnis zwischen den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse zu gestreuen.“

Brouhère - Belgien

erklärt, er spreche nicht im Sinne der Gesamtheit der Gewerkschaften Belgiens, aber für eine Zahl, die etwa aus 75 000 zu veranschlagen sei. In den Gewerkschaften müsse der Sozialismus propagiert werden, wenn auch Andersdenkenden der Eintritt in die Organisationen nicht verweigert werden soll. Die deutsche Taktik der Neutralität, die vor einiger Zeit in Deutschland vertreten wurde, habe nicht verhindert, daß die Unternehmerorganisationen sehr gestärkt worden sind und daß die christlichen und gelben Gewerkschaften Fortschritte gemacht haben. Es sei unmöglich, wie gesagt worden ist, ein Gewerkschaftsblatt 10 Jahre lang zu redigieren, ohne das Wort Sozialismus zu gebrauchen. Mit demselben Recht könnte schließlich auch eine politische Bewegung betreiben werden ohne Betonung des sozialistischen Prinzips. Sowohl in den gewerkschaftlichen wie auch in den politischen Organisationen müsse der entschiedene Sozialismus vertreten werden und es müsse die Einheit der Organisation in politischer und gewerkschaftlicher Aktion herbeigeführt werden, wie sie in Oesterreich besteht. (Widerspruch bei den Oesterreichern.) Redner schlägt eine Resolution vor, die im Sinne seiner Ausführungen gehalten ist.

Heinrich Beer - Oesterreich:

Wir dürfen uns nicht zu sehr in Details verlieren. In Deutschland scheint ein erschreckendes Verhältnis eingetreten zu sein. Erschreckendweise liegen dort die Verhältnisse anders als in Frankreich. In Oesterreich liegen die Verhältnisse nicht so, wie sie Brouhère geschildert hat. Wir haben besondere gewerkschaftliche Organisationen. Allerdings besteht ein inniger Kontakt zwischen Partei und Gewerkschaft, der dadurch herbeigeführt wird, daß wir in

der Partei tüchtig für die Gewerkschaften arbeiten. Andererseits leisten die Gewerkschaften auch außerordentlich tüchtige Arbeit für uns. Wir fühlen uns nicht als Gefühlssozialisten, sondern als Verstandessozialisten. Wir betrachten die Gewerkschaft als ein Hilfsmittel zum Sozialismus. Die Teilung in die politische und gewerkschaftliche Aktion ist notwendig. Wir müssen die Theorie des belgischen Genossen ablehnen, der eine Verschmelzung beider Organisationen empfiehlt. Partei und Gewerkschaften müssen sich als gleichberechtigte Glieder fühlen. Es gibt hier kein Befehlen und kein Unterordnen, sondern nur eine Verständigung zwischen beiden. Wir sehen in der Personation das beste Mittel der Verständigung. Es seien Gewerkschaftler in der Parteileitung und bekannte Parteigenossen seien in den Gewerkschaften. Ich glaube sogar, daß in einigen Ländern die Partei dazu beiträgt, die Anhänger der Gewerkschaften zu entfremden. — Im Zusammenhange mit diesen Ausführungen empfiehlt Redner folgende

Resolution:

„Zur vollständigen Befreiung des Proletariats aus den Fesseln geistiger, politischer und ökonomischer Anachtschaft ist der politische und wirtschaftliche Kampf der Arbeiterklasse im gleichen Maße notwendig. Obgleich die Organisierung und Führung des politischen Kampfes des Proletariats der Sozialdemokratie, so ist es Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisationen, den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse zu organisieren und zu leiten. Partei und Gewerkschaften haben also im Emanzipationskampfe des Proletariats gleichberechtigte Aufgaben zu erfüllen. Der Kampf des Proletariats wird sich um so erfolgreicher und günstiger gestalten, je näher die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und den Parteiorganisationen sind. Der Kongreß erklärt, als im Interesse der Arbeiterklasse liegend, daß in allen Ländern innige Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften hergestellt und gepflegt werden. Partei und Gewerkschaften haben sich in ihren Aktionen moralisch zu fördern und zu unterstützen und in ihren Kämpfen sich nur solcher Mittel zu bedienen, die für den Befreiungskampf des Proletariats förderlich sind. Sie haben sich gemeinsam zu verständigen über die anzuwendende Methode, wenn über die Zweckmäßigkeit dieser Methode Meinungsverschiedenheiten bestehen. Die Gewerkschaften werden ihre Pflichten im Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse nur dann zu erfüllen vermögen, wenn sie sich bei allen ihren Aktionen von sozialistischem Geiste leiten lassen. Der Partei liegt die Pflicht ob, die Gewerkschaften in ihrem Kampfe nach Besserstellung der Arbeiter zu unterstützen und in ihren parlamentarischen Aktionen den Bestrebungen und Forderungen der Gewerkschaften Geltung zu verschaffen. Der Kongreß ist der Ansicht, daß die Gewerkschaften um so erfolgreicher den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung führen können, je besser ihre Unterstüßungsrichtungen und je besser die zum gewerkschaftlichen Kampfe unentbehrlichen Fonds sind.“

Robert Schmidt - Berlin

schließt sich den Ausführungen Beer an. Die gewerkschaftliche Taktik ist von Brouhère durchaus irrig beurteilt worden. Von einem Bestreben, die politische und gewerkschaftliche Organisation in Deutschland zusammenzufassen, ist in Deutschland nichts zu merken. Das Verhältnis von Gewerkschaft und Partei ist bei uns keineswegs so innig wie in Oesterreich. Aber es bestehen keine Meinungsverschiedenheiten darüber, daß die sozialdemokratische Partei die Vertreterin der Arbeiterinteressen ist, insoweit sie nehmen die gewerkschaftlich in verantwortlicher Stellung befindlichen Männer auch einen regen Anteil an der sozialdemokratischen Partei. Die Differenzen zwischen Partei und Gewerkschaften, die sich in den letzten Jahren abgepielt haben, betrafen die Stellung der Gewerkschaften zum Generalstreik und anderen Fragen. Dennoch ist hier der Weg der Verständigung gefunden. Aus der Stellung unserer Gewerkschaften die Schlussfolgerung zu ziehen, ihre Taktik hätte die Unternehmerorganisationen und die gelben Verbände gestärkt, ist ebenso unrichtig, wie wenn man die innige Verbindung der belgischen Gewerkschaften mit der Partei für die bisher vermehrte Erhaltung der belgischen Gewerkschaften verantwortlich machen würde. Die Frage, wie die Organisierung der Gewerkschaften sich gestalten wird, ist nicht Aufgabe des Kongresses. Er soll nur aussprechen, daß eine innige Fühlung beider Organisationen notwendig ist, wie es die Resolution Beer ausdrückt. In anderen Fällen mühten wir über die Taktik der Gewerkschaften zum Generalstreik, zur direkten Aktion und zur Sabotage Leitfäden aufstellen. Diese Streitpunkte müssen die Arbeiter der einzelnen Länder zu regeln suchen, der Kongreß kann keine Direktiven geben.

Von den Holländern wird folgender Antrag empfohlen:

„Der Kongreß erklärt, daß der Fortschritt der kapitalistischen Ordnung, die Konzentration der Produktion, die starke Vereinigung der Arbeitgeber und die ständige Abhängigkeit eines jeden Unternehmens von der bürgerlichen Ordnung die gewerkschaftliche Tätigkeit zur Ohnmacht verdammten müssen, wenn diese selbst ausschließlich auf der Sorge für die Interessen des Gewerks und der Verständigung mit den Arbeitgebern, sowie auf den Grundfragen des Verhandlungsmodus aufgebaut ist.“

Olsen - Dänemark

wünscht eine Organisation von Partei und Gewerkschaften, wie sie in Dänemark eingeführt ist. Rozy sagte: Arbeiter aller Länder, vereinigt Euch! Wie können wir von Vereinigung sprechen, wenn wir in zwei Organisationen die Agitation betreiben! Es mag sein, daß in Dänemark besondere Verhältnisse die Organisation begünstigen. Er wolle auch nicht andere zu einer bestimmten Organisation drängen. In Dänemark verstehe man nicht, warum Frankreich sich gegen die parlamentarische Tätigkeit wendet. Redner empfiehlt die Annahme der Resolution Beer.

Lauter - Frankreich:

In Nancy hat der Parteitag mit 28 Stimmen Majorität die von der französischen Delegation vorgelegte Resolution beschlossen. Der Gewerkschaftskongreß in Amiens hat in einer längeren Resolution zu einer Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaft geraten. Aber das Verhältnis beider zu reglementieren, ist nicht zu empfehlen. Man mag es den Ereignissen überlassen, ob diejenigen, die heute sich zanken, sich bei der Verständigung bedrängt fühlen.

Mary Mac Arthur - England bringt eine Resolution der sozialistischen Federation ein. Rednerin lehnt die französische Resolution ab und erklärt sich entschieden gegen den Generalstreik, wie es auch die englischen Sozialisten tun. Bei den letzten Wahlen in England habe die Arbeiterpartei eine Million Stimmen aufgebracht. Die 88 Abgeordneten sind nicht alle Sozialisten, aber Förderer der Arbeiterinteressen. Die Verhandlung wird hierauf abgebrochen und auf Dienstag vertagt.

Die Ein- und Auswanderung der Arbeiter.

(Telephonischer Bericht.)

Stuttgart, den 20. August.

Die 5. Kommission, auf deren Tagesordnung die Ein- und Auswanderung der Arbeiter steht, wählte zum ersten Vorsitzenden Ellenbogen-Oesterreich, zum zweiten Vorsitzenden Hilquitt-Amerika, zu Schriftführern Lafontaine-Belgien und Diner-Ungarn. Die Generaldebatte eröffnete

Ungar - Argentinien:

Die argentinischen Genossen haben auf dem Kongreß das Problem der Ein- und Auswanderung aus folgenden Gründen aufgeworfen. Sie wollen nur die künstliche Einwanderung bekämpfen, die von den kapitalistischen Agenturen der Regierungen betrieben wird, um billigeren Arbeitskräfte in Konkurrenz zu den einheimischen Arbeitskräften zu erhalten. Die Genossen verlangen auch Maßregeln gegen die Ausbeutung der Auswanderer durch die Schiffsgesellschaften. Das ganze Problem ist keine Klassenfrage. Die Resolution ist weder gegen die Chinesen noch Japaner gerichtet. Argentinien soll allen Arbeitern



Die erste Kommission, die sich mit der Frage des Antimilitarismus und den internationalen Konflikten beschäftigt, setzte heute nachmittag ihre Verhandlungen fort. Es liegen eine ganze Reihe von Resolutionen vor. Namens der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat Genosse Bebel folgende Resolution eingebracht:

„Kriege zwischen Staaten, die auf der kapitalistischen Wirtschaftsordnung beruhen, sind in der Regel Folgen ihres Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt; denn jeder Staat ist bestrebt, seine Absatzgebiete sich nicht nur zu sichern, sondern auch neue zu erobern, wobei Unterjochung fremder Völker und Länder eine Hauptrolle spielen. Begünstigt werden die Kriege durch die bei den Kulturvölkern im Interesse der herrschenden Klassen systematisch genährten Vorurteile des einen Volkes gegen das andere. Kriege liegen also im Wesen des Kapitalismus; sie werden erst aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist oder wenn die Größe der durch die militärtechnische Entwicklung erforderlichen Opfer an Menschen und Geld und die durch die Rüstungen hervorgerufene Empörung der Völker zur Beseitigung dieses Systems treibt. Insbesondere ist die Arbeiterklasse, die vorzugsweise die Kämpfer stellt und hauptsächlich die materiellen Opfer zu bringen hat, die natürliche Gegnerin der Kriege, weil diese im Widerspruch stehen zu ihrem Ziel: Schaffung einer auf sozialistischer Grundlage beruhenden Wirtschaftsordnung, die die Solidarität der Völker verwirklicht. Der Kongress betrachtet es deshalb als Pflicht aller Arbeiter, und insbesondere ihrer Vertreter in den Parlamenten, unter Kennzeichnung des Klassencharakters der bürgerlichen Gesellschaft und der Triebfedern für die Aufrechterhaltung der nationalen Gegensätze, mit allen Kräften die Rüstungen zu Wasser und zu Lande zu bekämpfen und die Mittel hierfür zu verweigern. Der Kongress sieht in der demokratischen Organisation des Bewusstseins, das alle Wehrfähigen umfaßt, eine wesentliche Garantie, daß Angriffskriege unmöglich werden und die Lieberwindung nationaler Gegensätze erleichtert wird. Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind in den beteiligten Ländern die Arbeiter und ihre parlamentarischen Vertreter verpflichtet, alles aufzubieten, um durch Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern oder, falls ein solcher dennoch ausbrechen sollte, für seine rasche Beendigung einzutreten.“

Die Mehrheit der französischen Delegation beantragt die Erneuerung der Beschlüsse gegen den Militarismus und Imperialismus:

„Der Militarismus ist nur als die vom Staate organisierte Rüstung anzusehen, um die Arbeiterklasse unter dem ökonomischen und politischen Joch der kapitalistischen Klasse zu erhalten. Die Arbeiterklasse aller Länder ist daran zu erinnern, daß eine Regierung die Unabhängigkeit einer fremden Nation nicht bedrohen kann, ohne sich gegen diese Nation, gegen deren Arbeiterklasse und ebenso gegen die internationale Arbeiterklasse zu vergehen. Die bedrohte Nation und Arbeiterklasse haben die gebieterische Pflicht, ihre Unabhängigkeit und Selbstständigkeit gegen diese Angriffe zu wahren, und sie haben ein Anrecht auf den Beistand der Arbeiterklasse der ganzen Welt. Diese Verteidigungspflicht sowie der Antimilitarismus der sozialistischen Partei gebietet, die militärische Entwaffnung der Bourgeoisie und die Aufrüstung der Arbeiterklassen durch Einführung der allgemeinen Wehrpflicht des Volkes zu fordern. Angesichts der russischen Revolution, der äußersten Bedrängnis des Parentums und der benachbarten Kaiserreiche, die ihm Hilfe leisten wollen, angesichts der unaufrichtigen kapitalistischen und kolonialen Unternehmungen und Pländerungen werden das Internationale Bureau und die Interparlamentarische Konferenz aufgefordert, die nötigen Anstalten zu treffen, um im Falle eines drohenden internationalen Konfliktes die zur Verhinderung desselben geeigneten Maßnahmen zu treffen. Die Verhütung und Verhinderung des Krieges ist durch nationale und internationale sozialistische Aktionen der Arbeiterklasse mit allen Mitteln, von der parlamentarischen Intervention, der öffentlichen Agitation bis zum Massenstreik und zum Aufstand zu bewirken. An jedem 1. Mai werden von den Proletariern und Sozialisten aller Nationen Kundgebungen veranstaltet, um diese Solidarität zum Ausdruck zu bringen.“

Von der Minorität der französischen Delegation liegt folgende Resolution vor:

„In Erwägung, daß der Militarismus, wie es alle Konflikte beweisen haben, die natürliche und unvermeidliche Folge des kapitalistischen Regimes ist, das auf den Klassengegensätzen basiert, und in Erwägung, daß dieser Militarismus nicht abgeschafft werden kann, ohne seine Quelle, das kapitalistische Regime, zu beseitigen, in weiterer Erwägung, daß durch die Konzentrierung aller Bestrebungen der Arbeiterklasse auch die Frage des Militarismus ihre verbiente Berücksichtigung erhält, in Erwägung andererseits, daß die für den Antimilitarismus bestimmten Mittel von der Desertation und dem Militärstreik bis zur Revolution geeignet sind, die Propaganda und die Werbung für den Sozialismus zu erschweren und damit den Moment hinauszuschieben, wo das Proletariat hinreichend organisiert und stark genug sein wird, um durch die soziale Revolution dem Kapitalismus und allen Kriegen ein Ende zu machen, erklärt der Kongress, daß das beste Mittel gegen den Militarismus und für den Frieden, wenn es nicht eine Utopie und Gefahr sein soll, darin bestehen muß, daß man die Arbeiter der ganzen Welt sozialistisch organisiert und daß man in der Zwischenzeit durch Bekämpfung des Militärdienstes, durch Ablehnung aller Kredite für Heer, Marine und Kolonien, durch Propaganda für allgemeine Volksbewaffnung alle internationalen Kämpfe möglichst unmöglich macht, und zwar ist es Aufgabe des Internationalen Bureaus, im Falle ein politischer Konflikt droht, gemäß seiner Statuten zusammenzutreten und die notwendigen Maßnahmen zu treffen.“

Genosse Leon Trotski beantragt namens der belgischen Arbeiterpartei die Annahme der durch die Anträge der französischen Genossen erweiterten Resolution Bebel und stellt dazu noch folgenden Zusatzantrag:

„Der Stuttgarter Kongress will damit nicht etwa die Wahl der in Anwendung zu bringenden Mittel beschränken. Die Umstände von Zeit und Ort und besonders die wirkliche Macht des Proletariats im entscheidenden Moment können allein für die Frage der Möglichkeit einer Intervention entscheidend sein und für die Wahl der anzuwendenden Mittel richtigen Ausschluß geben.“

Die Sozialdemokratische Föderation-Großbritannien beschränkt sich darauf, die Ausarbeitung von Verhaltensmaßnahmen bei eintretenden Krisen zu fordern.

Gustave Hervé schließlich beantragt folgende Resolution: „In der Erwägung, daß es für das Proletariat gleichgültig ist, in und unter welcher National- und Regierungsmarke die Kapitalisten es ausbeuten, in der Erwägung, daß die Interessen der Arbeiterklasse ausschließlich den Interessen des internationalen Kapitalismus entgegenstehen, demwirft der Kongress den bourgeoisen und Regierungspatriotismus, der die läugerische Behauptung vom Völkern einer Interessengemeinschaft unter allen Bewohnern desselben Landes aufstellt. Er erklärt, daß es die Pflicht der Sozialisten aller Länder ist, sich zum Sturz dieses Systems zu vereinigen, um ein sozialistisches Regime herbeizuführen und es zu verteidigen. Angesichts der diplomatischen Parteilagen, die von verschiedenen Seiten den europäischen Frieden bedrohen, fordert er alle Genossen auf, jede Kriegserklärung, von welcher Seite sie auch kommen mag, mit dem Militärstreik und mit dem Aufstand zu beantworten.“

Gleich nach der Eröffnung der Sitzung gibt der Vorsitzende Sudecum das Wort dem:

Genossen Bailant: Bebel hat in seiner gestrigen Rede gesagt, daß die Resolution Jaurès-Bailant, die auf dem letzten Parteitag in Limoges die Mehrheit der französischen Partei auf sich vereinigt

geöffnet sein. Doch sollen die Arbeiter über die Arbeits- und Lebensbedingungen aller Länder belehrt werden, wenn sie in sie einzuwandern wollen. In diesem Sinne legen die Argentinier zwei Resolutionen vor, von denen die eine die Belehrung der Arbeiter verlangt, während die andere die Erleichterung der Naturalisation in den verschiedenen Ländern fordert, damit die Arbeiter in dem neuen Wohnsitz sofort die politischen Rechte erlangen können.

Irland - Frankreich

polemisiert gegen die amerikanische Resolution, die gegen das Grundprinzip der Sozialdemokratie aller Länder verstößt. Die Amerikaner verlangen eine Beschränkung der Einwanderung. Die Arbeiter aber wandern nur aus, weil sie durch die wirtschaftlichen Verhältnisse dazu gezwungen sind. In Frankreich haben die eingewanderten Arbeiter, Belgier, Deutsche, Italiener und Spanier gewöhnlich kein lebhaftes Rassenbewußtsein. Aber das Rassenbewußtsein muß bei ihnen geweckt werden. Das beste Mittel gegen die schlimmen Folgen der Einwanderung ist die Agitation, Aufklärung und Organisation. — Die französische Delegation beantragt, die sozialistischen Abgeordneten aller Parlamente zu beauftragen, zu verlangen, daß den Regierungen nicht mehr gestattet werde, fremde Arbeiter ohne weiteres auszuweisen, ferner, daß die fremden Arbeiter genau denselben Arbeiterschutz wie die Einheimischen genießen sollen, weil dann die Unternehmer weniger Interesse haben, fremde Arbeiter anzustellen.

Staret - Döhmen:

Die Ein- und Auswanderung beschränkte sich anfangs auf deutsche und italienische Arbeiter, zog sich aber später dann immer mehr nach dem Osten. Die Frage der Ein- und Auswanderung sei vor allem eine Klassenfrage. Er bitte die Genossen, sich in der Diskussion auf die Kulifrage zu beschränken.

Trömer - Australien:

Das Problem der Immigration hat für Australien eine größere Bedeutung, wie für die meisten anderen Länder, die hier vertreten sind, da dort die Löhne der einheimischen Arbeiter höher sind als die der anderen. Die Kapitalisten bemühen sich daher um so mehr, asiatische Arbeiter als Lohnrücker einzuführen. Die einwandernden weißen Arbeiter organisieren sich in kurzer Zeit und drücken nicht die Lebenshaltung für die Australier herab. Die australische Arbeiterpartei will daher alle diejenigen Arbeiter fernhalten, von denen nicht zu erwarten ist, daß sie sich die Lebenshaltung der Weißen aneignen. Das sind eben die Asiaten. Er glaube, daß diese Grundsätze der australischen Arbeiterpartei nicht dem Sozialismus widersprechen. Würde man eine beschränkte Immigration gestatten, so würde der Fortschritt des Sozialismus gehindert werden. Gewiß wollen wir alle eine allgemeine Völkerverbüderung, aber bis wir diese erreichen, müssen wir die Arbeiter unseres Landes schützen, damit sie nicht den Kapitalisten widerstandslos ausgeliefert werden. Man habe versucht, in Australien italienische Arbeiter einzuführen. Da haben die australischen Sozialisten einen Brief an den „Avanti“ geschrieben, der in der Tat den Erfolg hatte, daß die italienische Immigration aufhörte. In derartigen Benachrichtigungen liegt die Hauptbedeutung des internationalen sozialistischen Bureaus. Der australische Arbeiter müsse sich im Interesse des Fortschrittes des Sozialismus seines Landes gegen die Einwanderung der asiatischen Arbeiter schützen.

Moré - Frankreich

erklärt sich gegen die australische Resolution. Wir sind nicht gegen die gelbe Rasse, wohl aber gegen die gelben Streikbrecher. Die Chinesen und Japaner müssen wir durch Aufklärung zum Sozialismus erziehen und durch Organisation zu unseren Brüdern machen. Wir müssen die gelbe Rasse und alle Arbeiter überhaupt gewerkschaftlich organisieren gegen die gelben Streikbrecher. Die Auswanderer sind die unglücklichsten Glieder der großen Arbeiterfamilie. Es wäre unförmlich, noch Maßregeln gegen sie zu verlangen; wir müssen ihnen vielmehr zu Hilfe kommen. Die eigentlich dremende Frage ist die der Einwanderung von Saisonarbeitern. Die französische Delegation beantragt die Einführung einer speziellen Information für die Saisonarbeiter, um sie den Klauen der Menschenhändler zu entziehen. Hier muß die Aufklärung und Organisation sofort eingreifen, dann werden die Saisonarbeiter die Löhne nicht mehr herabdrücken.

Hillquit - Vereinigte Staaten:

Das Problem der Ein- und Auswanderung ist sehr schwierig und ernst. Die Amerikaner haben das Prinzip der Internationalität stets vor Augen, die Resolution verstoßt auch in keiner Hinsicht gegen dieses Prinzip. Hillquit unterscheidet mehrere Arten von Auswanderung: Die erste Art ist die natürliche Auswanderung, die aus dem Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung selbst entspringt. Für diese Ein- und Auswanderung verlangen die Amerikaner die größte Freiheit, sie machen es den Arbeitern sogar zur Pflicht, die armen Auswanderer zu unterstützen. Von dieser natürlichen Ein- und Auswanderung muß aber die andere Art scharf geschieden werden, das ist die Einwanderung, die im Grunde nur der Import fremder Arbeitskräfte durch den Kapitalismus ist. Die Kapitalisten importieren solche Arbeitskräfte, die ihrem Wesen nach billiger sein müssen und daher meistens unbewußte Streikbrecherdienste leisten, und den einheimischen Arbeiter gefährliche Konkurrenz machen. Diese Arbeitskräfte sind heutzutage die Chinesen und Japaner, die gelbe Rasse überhaupt. Wir haben durchaus kein Vorurteil gegen die Chinesen, müssen aber konstatieren, daß sie ganz unorganisiert sind. Ein Volk kann eben nur dann zum Klassenkampf organisiert werden, wenn es bereits in der Entwicklung sehr weit vorgeschritten ist, wie das bei den Belgiern und Italienern der Fall ist, die in Frankreich einwandern. Die Chinesen sind aber in ihrer Entwicklung noch viel zu weit zurück, um organisiert zu werden. Sozialismus will nicht etwa heißen Sentimentalismus. Wir stehen in einem heißen Kampfe, der zwischen Kapital und Arbeit tobt. Wer gegen die organisierte Arbeit ist, ist unser Gegner. Wollen wir nun für fremde Streikbrecher etwa ein Privileg schaffen, während die einheimischen gegen sie kämpfen müssen? Wenn wir keine Maßregeln treffen gegen den Import chinesischer Streikbrecher, dann drängen wir die sozialistische Arbeiterbewegung zurück. Unsere Resolution halt das Prinzip des Klassenkampfes hoch, die französische Resolution hingegen entwertet den Klassenkampf. Wir halten nicht an dem Wortlaut der Resolution fest, aber nehmen Sie eine Resolution in unserem Sinne an.

Diener (Ungarn)

tritt den Ausführungen des Genossen Hillquit entgegen. Ungarn stelle ein großes Kontingent zur Auswanderung, werde aber trotz der großen Menge nicht nur von kapitalistischen Streikbrechern bedrängt, sondern der Staat selbst sende Emigranten aus, um Arbeiter aus Rußland als Streikbrecher einzuführen. In der Klassenfrage glaubt Hillquit einen richtigen Standpunkt einzunehmen. Aber die Länder, die heute noch unorganisiert sind, sind es nicht mehr morgen. In rüstigen Ländern dauert die Entwicklung nicht mehr so lange, wie in denjenigen Ländern, die zuerst die Entwicklung durchmachten, wie England und Deutschland. Nach vor zehn Jahren wanderten unsere ungarischen Arbeiter nach Amerika aus und konnten als unorganisiert gelten. Heute, nach wenigen Jahren, sind sie vom Geiste des Sozialismus erfüllt und lassen sich organisieren. Ihr müßt den Arbeitern Schutzgölle errichten und werdet damit Risiko erleiden wie die Kapitalisten. Wir dürfen die Lohnfrage nicht nur vom Standpunkte vom Angebot und Nachfrage betrachten, denn dann müßten wir uns auch gegen die Einführung landwirtschaftlicher Maschinen wenden, die besonders in den östlichen Ländern mehr Arbeiter frei gemacht haben als die Japaner und Chinesen. Wir müssen vollkommen freie Ein- und Auswanderung zulassen. Ein großer Teil der amerikanischen Arbeiter ist noch nicht vom proletarischen Klassenbewußtsein erfüllt, sondern nur vom Lohnbewußtsein. Allerdings müssen wir die Mißbräuche bekämpfen, die durch die Masseneinfuhr zum Nutzen der Kapitalisten entstehen, aber wir müssen sie bekämpfen durch

Aufklärung und Organisation. Ein gutes Mittel wäre es auch, auf die Einführung eines Lohnminimums zu dringen; wo es auf politischem Wege nicht geht, auf gewerkschaftlichem. (Beifälliger Beifall.)

Lucas (Südafrika):

Wir in Südafrika müssen den Import billiger Arbeiter verhindern, die unsere Gewerkschaften zerstören. Wir sind keine Feinde der Chinesen als Rasse, sondern als Streikbrecher. In der Frage der Emigration organisierbarer Arbeiter stehen wir auf dem Standpunkt des internationalen Sozialismus.

Kappaport - Paris:

Die heutige Debatte hat drei Dinge unterschieden: die nationale These Australiens, die internationale These Frankreichs und in der Mitte die These von Hillquit, die in der Idee der internationalen Anwendung nationalität ist. Hillquit wollte seine Ansicht durch Marx stützen und nannte sie revolutionär. Aber wir müssen Marx nicht nur in der Idee, sondern auch trotz aller Schwierigkeiten praktisch anwenden. Dem Internationalismus würden wir ins Gesicht schlagen, wenn wir die These Australiens annehmen würden. Hillquit redet von prädestinierten Streikbrechern; das können wir nicht anerkennen. Solange ein Arbeiter noch keinen Streikbruch begangen hat, ist er für uns ein Genosse. Auch wir wollen Front machen gegen diese kontraktbrüchige Einwanderung durch die Kapitalisten, aber nicht, indem wir gegen die betreffenden Arbeiter kämpfen. Ich bitte Sie, nicht die australische und amerikanische, sondern die französische Resolution zu berücksichtigen. (Beifall.) Hierauf vertagt sich die Kommission auf Dienstag 10 Uhr.

Der Militarismus und die internationalen Konflikte.

(Fortsetzung aus der Dienstag-Nummer.)

Stuttgart, 19. August.

Hervé

fährt fort: Jetzt gilt es, die Schafe über die verschiedenfarbigen Grenzpfähle hinweg zusammenzuführen. Bebel unterscheidet sehr fein zwischen Angriff und Verteidigungskrieg. Ja, wenn das kleine Marokko verschluckt wird, gibt man einen Angriffskrieg mit aller Brutalität und Offenheit zu. Wenn aber einmal zwischen Großmächten ein Krieg ausbrechen wird, dann entfacht die übermächtige kapitalistische Presse einen solchen Sturm des Nationalismus, daß wir nicht Kräfte genug haben, um dem entgegenzutreten. Dann ist es zu spät, mit Euler ganzen seinen Unterscheidungen. Wann habt Ihr denn von der Fällung der Emser Depesche erfahren? Zehn Jahre nach dem Proletarier mordenden Krieg. Keine antimilitaristische Agitation sollte ein lauter Schrei sein, ein Warnruf an die deutsche Sozialdemokratie, ihrerseits ihre Pflicht zu tun für die Internationale und den Krieg unmöglich zu machen. Keine Agitation hatte in Frankreich den größten, durchschlagendsten, großartigsten Erfolg. (Heiterkeit.) Ist nicht schon das ein Erfolg, daß ich in jeder Stadt, in jedem Dorf Frankreichs die Idee des Vaterlandes vernarren durfte, ohne in Stücke gerissen zu werden? Die verpöhten Herdener haben auf dem letzten französischen Parteitag in der Militärfrage zugunsten von Jaurès und Bailant und gegen Guesde entschieden. (Widerspruch von Jaurès.) Wir dachten also mit unserer glänzenden erfolgreichen Agitation Euch Deutschen ein Beispiel geben zu können, das Euch nachzwingen mußte, wir gingen ferner nicht etwa wegen der Aufregung unserer Bourgeoisie über die Grenzverächtigung von 1871 vor, sondern weil wir eine revolutionäre Vergangenheit haben.

Bebel hat zwar in Amsterdam gesagt, die preussischen Vojonette hätten uns die Republik gebracht. Aber den 14. Juli, den Zuliensturm, die Februar- und die Märzrevolution haben doch wohl nicht die preussischen Vojonette für uns gemacht. (Heiterkeit.) Darüber, ob die deutsche Sozialdemokratie uns folgen werde, hat Bebel uns ja keine Illusionen mehr gelassen. Ich verstehe die großen Verdienste von Marx, Engels, Lassalle, Kautsky, Bebel und auch Eduard Bernstein, des einzigen, der heute noch den Mut hat, durchaus nicht. Aber jetzt seid Ihr nur noch Wahl- und Zahlenmaschinen (Heiterkeit), eine Partei mit Kandidaten und Klassen. Mit Stimmzetteln wollt Ihr die Welt erobern. Aber ich frage Euch, wenn die deutschen Soldaten abgehandelt werden, den Thron des russischen Kaisers wieder aufzurichten, wenn Preußen und Frankreich die Proletarier überfallen, was werdet Ihr dann tun? Und nun antwortet nicht metaphysisch und nicht dialektisch, sondern offen und klar, praktisch und tatlich, was werdet Ihr tun? Ich weiß, 1871 ging Bebel als Rebell ins Gefängnis, aber jetzt fürchtet Ihr den Kampf mit der Regierung, jetzt habt Ihr nicht mehr den Mut, dem preussischen Jugendhause zu trohen. (Rosa Luxemburg: Das ist nicht wahr!) Sie meine ich auch natürlich nicht; aber sonst hört man nichts mehr davon, daß ein deutscher Sozialdemokrat den Mut auch vor dem preussischen Gefängnis bewahrt! (Bebel: Das wissen Sie ja gar nicht.) Zehnmal mehr Gefängnis nehmen wir auf und wie die ganzen französischen Antimilitaristen! Nein, jetzt ist die ganze deutsche Sozialdemokratie verbürgerlicht, und Bebel ist unter die Revisionisten gegangen, indem er uns heute gesagt hat: Proletarier aller Länder, mordet Euch! (Große Anruhe.) Wenn Ihr uns nicht wollt, die Propaganda des Antimilitarismus, dann haben wir nicht gearbeitet für den Frieden, sondern für den Krieg. (Wandernde: Ihr arbeitet immer pour le roi de Prusse! — Heiterkeit.) Belgien hat auch an der Frage des nationalen Konfliktes nur ein halbes Interesse. (Anruhe.) Ich war gespannt darauf, die deutsche Sozialdemokratie persönlich kennen zu lernen, die ich seit Jahren nur mit Aufsehzuden aus den silberstehenden, haarpallierenden Kämpfen um die Auslegung von Karl Marx kannte. Jetzt habe ich sie hier auf den Straßen Stuttgarts gesehen, die deutschen Proletarier. Keine neuen Illusionen sind zerfallen, es sind alles gute, zufriedene und satte Speichbürger. (Schallende Heiterkeit.) Der französische Generalsstab ist durch uns moralisch entwaffnet, er weiß, daß der Krieg den Zustand des Militarismus bedeutet. Für Deutschland aber nehme ich an, daß bei dem Kadavergehorsam, den die Sozialdemokraten hier dem Kaiser Bebel entgegenbringen, sie dem Kaiser widersstandslos auch in einen Krieg folgen und ihre Vojonette auf die Brust der französischen Proletarier setzen werden, die die Barricaden mit der roten Fahne der Revolution verteidigen. (Anruhe und Lachen.) Nachdem Rosa Luxemburg die Rede überfetzt, aber, wie sie betont, nur überfetzt hat, erhält als letzter Redner für heute

Trotski - Belgien

das Wort: Wenn Hervé von bürgerlichem Patriotismus gesprochen hat, so muß es doch auch einen sozialistischen Patriotismus geben: von ihm aber hat Hervé nichts gesagt. Hervé sagte, es gebe kein Vaterland. Er substituirt dem Vaterland das der Vereinigten Staaten von Zentraleuropa. Wollte er konsequent sein, dann müßte er alle Grenzen niederreißen und nur bedauern, daß er nicht auch den Mars mit in die Internationale einbezogen kann. (Heiterkeit.) Hervés Propaganda wird schwerlich der Sozialdemokratie schaden, eher vielleicht schon ihm, der schon heute über die Tragweite seiner Ideen und seiner Persönlichkeit sich vollkommen unklar ist. Hervés heutiger „Grande militaire“ ist schon ein sehr weiter Rückzug gegenüber seiner Insurrektion, die er in seinem Buche „Deux Patrie“ predigt. Wenn er so weiter fortfährt, endet er noch auf dem rechten Flügel der Partei. Eigentlich ist Hervé ein viel zu guter Sozialist, als daß er wünschlich könnte, daß eine große Partei sich auf seine Kollaborationen einlasse. Denn mit dem Rute, dem herrlichen Rute unserer deutschen Genossen, unseres Bebel (Bravos!), haben diese Phantastereien gar nichts zu tun. (Sehr wahr! und Bravo!) Hierauf wird die Weiterverhandlung auf Dienstag 10 Uhr vertagt. Auf der Rednerliste stehen noch Jaurès, Bailant, Bebel, Guesde, Wandervelde und Dr. Adler.



hat, für Deutschland unannehmbar sei, daß sie die deutsche Sozialdemokratie in die größten Schwierigkeiten und Gefahren stürzen würde. Ich glaube nicht, daß Bebel unsere Resolution so verstanden hat, wie sie gemeint ist. Wir sind nicht hierher gekommen, um irgend einer Fraktion des internationalen Sozialismus Steine in den Weg zu legen. Im Gegenteil, wir wollen uns gegenseitig fördern und auch der deutschen Sozialdemokratie ihre Aufgabe erleichtern. Bebel hat vorgestern in seiner Begrüßungsrede die bedeutendsten Fortschritte geschildert, die die deutsche Sozialdemokratie in den letzten drei Jahren gemacht hat. Wir nehmen mit um so größerer Genugtuung von den unaufhaltsamen Fortschritten der deutschen Sozialdemokratie Kenntnis, als sie gerade den Zielen folgt, denen durch die Resolution von Limoges der Weg gewiesen wird. Ich will keine Leberstich über die Siege der Arbeiterklasse in den verschiedenen Ländern geben. Nur kurz will ich hervorheben, daß unsere österreichischen Parteigenossen den Kampf für das allgemeine Wahlrecht mit wunderbarer Kraft durchführten und jeden Widerstand der Bourgeoisie mit der Drohung, daß unfehlbar der Generalstreik erklärt werden würde, gebrochen haben. Auch die Kraft der französischen Sozialdemokratie ist seit der Einigung gewaltig gestiegen. Jeder neue Tag beweist ihre wachsende Kraft und Energie. Ein noch viel größeres Faktum, das das Aufsehen der Welt auf sich gelenkt und die Taktik des Sozialismus beeinflusst hat, ist die vollständige Umwälzung der russischen Gesellschaft durch die Revolution. In dem großen russischen Kampfe haben Sozialisten die Führung gehabt. Wir haben da neue Kampfmethoden entstehen sehen und wir sehen eine Kämpferin und Mitstreiterin am Rußlands Freiheit hier im Saale, deren Heldentum wir huldigen, die Genossin Rosa Luxemburg. (Bravo!) Um Kraft zu gewinnen, müssen wir die Bewegungen des Proletariats vereinen, sie einander anpassen. Denn das Wachstum des Sozialismus hat nicht nur die innere Befreiung der einzelnen Länder, sondern auch die auswärtige Politik beeinflusst. Sogar bei internationalen Konflikten ist die Bourgeoisie schon vor dem Proletariat zurückgewichen. Ich erinnere nur an die Paraffo-Affäre, wo der einige Wille des Proletariats beider Länder, Frankreichs und Deutschlands, stark genug war, um den Frieden aufrecht zu erhalten. Es entsteht nun die Frage, wie wir die jetzigen gewaltigen nationalen Kräfte der Sozialdemokratie zusammenfassen und zur Verhinderung der Kriegsgefahr benutzen können, auf welchem Wege wir das Intrigenpiel der Diplomatie und die Komplotte der Herrschenden unmöglich machen können. Gemäß Bebel hat nicht sagen wollen, daß Deutschland allein den Kampf gegen den Militarismus und die drohende Kriegsgefahr aufnehmen solle. Die deutsche Partei, in der idealistische und realistische Elemente so harmonisch vereinigt sind, müßte ihre ganze Vergangenheit verleugnen, wenn sie nicht mit uns gemeinsam den Kampf aufnehmen würde, um alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Wie es den einzelnen Nationen am besten möglich ist, gegen den Krieg vorzugehen, muß ihnen überlassen bleiben. Das eine oder muß gesagt werden, wir können uns nicht mit Agitation und Organisation allein begnügen. In dem ökonomischen Kampfe begegnet uns überall die militärische Macht des Gegners. Es besteht die Gefahr, daß die Bourgeoisie einen Weltkrieg nur entfesselt, um die proletarische Bewegung zu schädigen. Gegen diese Gefahr ist die persönliche Revolte Herbes ein Unsin. Sie würde zu nichts anderem führen als zu den heroischen Opfern der tüchtigsten Kämpfer. Wir müssen den Staat entwerfen, das Meer demokratisieren und die auswärtige Politik kontrollieren. Die Nationen sind nicht nur nützlich, sondern sogar notwendige Elemente der menschlichen Entwicklung. Bei leichten Konflikten genügen Versammlungen und Resolutionen, um die Kriegsgefahr zu bannen. Bei drohenden Konflikten zwischen Großmächten müssen stärkere Mittel angewandt werden, und eine Reihe dieser Mittel wollen wir nun hier in einer Resolution zusammenstellen, über deren Wortlaut wir uns verständigen können und verständigen müssen. Dann soll man in allen Ländern mit Entschiedenheit und Begeisterung das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse pflegen und, wo es nicht vorhanden ist, zu wecken suchen. (Lebhafter Beifall.)

#### Jaurès

Wäre bereit, zunächst einem Gegner der Resolution Baillant das Wort abzutreten. Es meldet sich jedoch niemand, und so fährt er fort: Die Resolution Baillant deckt sich mit der Resolution, die auf dem letzten französischen Parteitag mit Mehrheit gefaßt worden ist. Wenn wir sie hier hintereinander durch zwei Redner verteidigen lassen, so einmal, weil wir dem Gegenstand der Tagesordnung eine gewaltige Bedeutung beimessen, und sodann, weil man es auf dem Amsterdamer Kongreß mir übertragen hat, meine Gedanken über die anzuwendenden Mittel niederzulegen. Ich war stets und bin heute noch bewusster Anhänger einer Politik der Aktion durch die politische Partei. Wenn ich Herbe bekämpfe, so geschieht es nicht, weil ich überhaupt keine Aktion will, sondern weil ich die Mittel, deren sich Herbe bedient, für falsch halte. Ihr habt uns in Amsterdame geeinigt und habt gesagt, die Einigkeit sei die Voraussetzung für eine mächtige Entwicklung des französischen Sozialismus. Nun seid nicht mißgünstig, wenn in dieser Frage der Aktion wir Franzosen das Primat der Lehre für uns in Anspruch nehmen. (Herbe: Ja auch für mich!) Wenn Herbe übrigens geltend die deutsche Partei in schlagigen Redensarten zu kritisieren gesucht hat, so hat er nur gezeigt, daß er ein echter Internationaler ist. Denn sonst hat er jahtaus, jahtaus diese Angriffe gegen die französische Partei gerichtet. (Weiterkeit.) Wenn ich jedes Mal, als Herbe mich angriff, einen Schmiß bekommen hätte, ich sähe aus wie ein deutscher Korpsfreund. (Große Heiterkeit.) So weit auseinander Bebel und Herbe auch gehen, in einem stimmen sie überein: Bebel schäbt Herbe fast so hoch ein, wie Herbe sich selbst. (Heiterkeit.) Das ist eine Ueberschätzung. Der Herbeismus, der noch vor 14 Monaten auf dem Parteitag in Limoges eine Anhängerenschaft hatte, ist im Rückgang, im Aussterben begriffen.

#### Das Vaterland

Will Herbe zerstören. Wir wollen das Vaterland zum Ruhen der Proletarier sozialisieren durch Ueberführung der Produktionsmittel in das Eigentum aller. (Beifall.) Denn die Nation ist das Schachhaus des menschlichen Genies und Fortschritts und es stände dem Proletariat schlecht an, diese kostbaren Gefäße menschlicher Kultur zu zertrümmern. (Sehr gut!) Unsere Resolution hat mit dem Herbeismus nichts zu tun. Sie ist nicht zufällig als Hirngespinnst einiger Träumer entstanden, sondern mit Notwendigkeit herausgewachsen aus den großen Krisen nach Paskoda und der Karoloffgefahr, die wir durchgemacht haben. Da mußte sich das Proletariat fragen: Sollen wir diese Verbrechen gegen die Humanität, die zugunsten einiger Kapitalisten gemacht werden sollen, dulden? Sollen wir sie nicht bekämpfen durch die große Allianz der gewaltigen organisierten Arbeitermassen? Ist das ein Traum, ist das eine Utopie? Einst wollten nationale Vorurteile den Krieg unvermeidlich machen, als Italiens sich von Österreichs Fremdherrschaft befreite und Deutschland sich nur durch Blut und Eisen einigen konnte. Aber jetzt sind diese nationalen Vorurteile verschwunden und so kam es, daß in der Karoloffkrise der erste Gedanke der französischen und deutschen Proletarier war, sich zu einigen. Schon nach Paskoda waren englische Trade-Unions zu einer mächtigen Friedensdemonstration nach Paris gekommen, aber erst, nachdem die Kriegsgefahr längst überwunden war. Und sie sagten uns, daß die Gefahr des proletarischen Brudermordes sie überrascht hätte. Sollen wir uns auch in Zukunft überlassen lassen? O nein, es gilt vorbeugen, die proletarischen Kräfte zu einer unüberwindlichen Armee zusammenfassen. Man sagt, der Kampf gegen den Krieg sei umsonst, denn der Kapitalismus erzeuge den Krieg mit Notwendigkeit. Aber genau so hat der Kapitalismus die immanente Tendenz, die Ausbeutung ins Ungemeinere zu steigern und die Arbeitszeit ins Ungemeinere zu verlängern. Und doch kämpfen wir für den Achtstundentag und mit Erfolg. (Sehr gut!) Man wendet weiter ein, wir sollten lieber unerbittlich den Kampf gegen den Kapitalismus führen, den Erzeuger des Krieges.

Wir lassen nicht nach im Kampfe gegen das Kapital. Aber wenn wir den Militarismus bekämpfen, der die Hirne der Arbeiter dem abendulenden Kapitalismus ausliefert, so müssen wir auch den Militarismus, den Krieg bekämpfen, der die Leiber des Proletariats in Chauvinismus, Haß und Zorn einander entgegengerichtet. (Lebhafter Beifall.) Es wäre traurig, wenn wir nicht mehr sagen könnten als Bebel, daß wir kein bestimmtes Mittel wissen, um die Völkerverheerung und den Völkermord zu verhindern, traurig, wenn die gewaltig gestiegene Macht der deutschen Arbeiterklasse, des internationalen Proletariats nicht weiter reicht! In keiner Frage bequimen wir uns mehr mit der parlamentarischen Aktion. Das Proletariat will selber als Spieler auf die Bühne treten, selbst Spieler des eigenen Glückes sein. Auch zur Verhütung und Unmöglichkeitmachung des Krieges muß das Proletariat alle Kräfte freimachen, die es in seinen gewaltigen Massen hat. (Bravo!) Bebel hat für den Fall des Wahlrechtsraubes den Massenstreik angekündigt und der Parteitag von Jena war so revolutionär entschlossen, daß Bebel sich schon bis zu den Knien im Blute waten sah. Kautsky hat die

#### Direkte Aktion

in der „Neuen Zeit“ für den Fall proklamiert, daß die deutschen Truppen in Rußland zugunsten des Zaren intervenieren sollen. Bebel hat diesen Satz von der Tribüne des Reichstages aus wiederholt. Wenn Sie das sagen können, so sagen Sie es doch bei allen internationalen Konflikten. (Sehr gut!) Gelüb, das militärische Eingreifen Deutschlands zugunsten des Zaren gegen die russische Sozialdemokratie wäre die äußerste, denkbar schärfste Form des Klassenkampfes. Aber wenn eine Regierung nicht direkt gegen die Sozialdemokratie zu Felde zieht, sondern erschreckt durch das Wachstum des Sozialismus eine Diversion nach außen versucht, wenn auf diese Weise ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland entsteht, dürfte es dann erlaubt sein, daß das französische und das deutsche Proletariat sich im Auftrage und zum Nutzen der Kapitalisten morde, ohne daß die Sozialdemokratie eine äußerste Kraftanstrengung versucht hätte? (Sehr gut!) Wenn wir dies nicht versuchten, wären wir entehrt. (Stürmischer Beifall.) Bebel hat uns die Gefahren der antimilitaristischen Agitation in Deutschland geschildert. Wir wollen gewiß nicht riskieren, den stärksten Zweig des internationalen Sozialismus zu zerstören, aber ich glaube, daß Sie übertrieben. Ihr habt ja die Probe gemacht unter dem Sozialistengesetz, als die Hand eines Mannes auf Euch ruhte, die zehnmal fester war als die irgend eines preussischen Ministers. Man kann den Einzelnen die Strenge des Gesetzes fühlen lassen, aber man kann nicht die Kraft von 8 Millionen brechen. Liebknecht wirft man in der Anklage, die jetzt dem Reichsgericht gegen ihn schwebt, nicht vor, daß er das Proletariat zur Bewaffnung aufgerufen habe für irgendeine unbestimmte und ungenannte Kriegsgefahr, sondern die Anklage erklärt bei der angeblichen Schwäche der französischen Staatsverfassung einen Krieg zwischen Deutschland und Frankreich für durchaus wahrscheinlich und flagt ihn des Hochverrats für den Fall dieses Krieges an. Also müßt Ihr auch diese Möglichkeit ebenso in den Bereich Eurer Betrachtung ziehen wie eine Invasion Deutschlands in Rußland und dafür Eure Vorbereitungen treffen. Die bürgerlichen Blätter besprechen jetzt alle die Eröffnungsreden dieses unseres Kongresses. Der „Matin“ bringt in einer sensationellen Nummer die Bilder von uns allen und alle mit der Umschrift: „Nationale Sozialdemokraten“, nur mich und meine französischen Freunde mit der Umschrift: „Antimilitarische Sozialdemokraten“ (Große Heiterkeit.) Und an dem gleichen Tage bringt ein Leipziger Kapitalistenblatt die Mitteilung, daß unter den nationalistischen Resolutionen die Resolution Bebel die einzige antimilitaristische hier sei. (Große Heiterkeit.) Und so halten es im tiefsten Frieden die Boulevard-Blätter. Wenn aber ein Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich ausbräche, wie würde dann die chauvinistische Brutalität ziellos gegen jeden von uns entfesselt werden, auch gegen die Mächtigsten und Vorzüglichsten. (Beifall.) Deshalb sollten wir offen genug sein zu sagen, daß wir zwar die Unverletzlichkeit eines jeden Landes anerkennen, und es nicht der Ausbeutung und Unterdrückung von Fremden preisgeben werden, daß wir aber keineswegs zugeben werden, das internationale Proletariat hinschlachten zu lassen. Im deutschen Parteiprogramm steht seit 30 Jahren von der Entscheidung internationaler Konflikte durch Schiedsgerichte und jetzt hat die bürgerliche Klasse angefangen, der steigenden Macht der Sozialdemokratie diese Forderung des internationalen Sozialismus zu ihrer Forderung gemacht. Deshalb verpötte ich die Friedenskonferenz nicht, besonders nachdem sie im Guller Zwischenfall und bei dem Karoloff-Konflikt doch eine Art Verständigung herbeigeführt hat. Wir können jede Regierung in die größte Verlegenheit bringen, wenn wir sie im Falle eines internationalen Konfliktes auffordern, sich einem Schiedsgericht zu unterwerfen, und sie als größte Feindin des Weltfriedens brandmarken, wenn sie sich dessen weigert. (Sehr gut.) Parteigenossen! Die ganze bürgerliche Welt blickt auf diese Beratung, sie ist überrascht durch die Kraft des internationalen Sozialismus und sein Wachstum, das sich in diesem Kongreß kundgegeben hat. Die bürgerliche Klasse ist überrascht, zu sehen, wiewohl unermessliche und unerschöpfliche proletarische Kräfte durch 880 Delegierte hier vertreten sind. Die bürgerliche Welt erzittert, und in diesem Augenblick wollen Sie selbst sich unwählig bekennen, wollen Sie selbst den Bankrott der Sozialdemokratie erklären? (Stürmischer, lang anhaltender, oft wiederholter Beifall.)

#### v. Vollmar:

Bürger Herbe hat als Ergebnis seiner ersten Entdeckungstour nach Deutschland mitgeteilt, daß die Deutschen gutmütige Leute sind. Da hat er vollkommen recht gesehen, denn es wird nicht in vielen Ländern Parteigenossen geben, die sich solche Reden mit solcher Geduld und Gutmütigkeit anhören würden (Sehr gut!), zum mindesten würde es kaum ein anderes Land geben, das dem Bürger Herbe nicht eine schärfere Antwort geben würde, als ich sie jetzt geben werde. Bürger Herbe hat Ausführungen gemacht über die Vereinfachung ins Gefängnis zu gehen, eine Frage, die nicht nur jeder Sozialist, sondern jedermann von Geschmack ohne Grobprecherie behandeln sollte. (Sehr gut!) Er hat Ausführungen über das Wesen der deutschen Sozialdemokratie gemacht, die verschiedene deutsche Genossen durchaus über den Spieß gefunden haben, und manche haben gemeint, daß ich ihm die entsprechende Antwort hier geben sollte. Ich kann mich aber damit begnügen, einfach zu sagen, daß unsere Selbstschätzung es uns verbietet, dergleichen Ausführungen ernst zu nehmen und darüber noch ein Wort zu verlieren. (Sehr gut!) Bei der deutschen Delegation! Wir sind weit davon entfernt, den Bürger Herbe als Repräsentant der französischen Sozialdemokratie anzusehen oder uns in die französischen Parteiverhältnisse einmischen zu wollen, aber ich muß doch die französischen Parteigenossen auf die Gefahr aufmerksam machen, in die sie sich durch ihre außerordentliche Nachgiebigkeit gegenüber dem Bürger Herbe begeben, um so mehr, als Jaurès und Baillant, wenn auch nicht in der Sprache, die Herbe selbst als äußerst brutal bezeichnet hat, so doch in Beschlüssen vielfach mit ihm übereinstimmen haben und Herbe durchaus recht hat, triumphierend darauf hinzuweisen, daß er ein Bundesgenosse von Baillant und Jaurès ist. Ich sage das gerade deshalb, weil Jaurès uns ermahnt hat, die Person des Bürger Herbe nicht allzu ernst zu nehmen. Ich weiß nur Frankreich seine Ideen nicht allzu ernst nehmen und nicht nur zur Hälfte zurückweise, während es seine Schlussfolgerungen annimmt. Ich kann nur sagen, wir haben jetzt in Herbe den Antimilitarismus redoutable kennen gelernt und begreifen jetzt sehr vieles und wundern uns über gar nichts mehr, was in der französischen Partei vorgeht. (Sehr gut bei der deutschen Delegation!) Ich will dem hohen Flug Jaurès nicht folgen, vielleicht kann ich es überhaupt nicht (Heiterkeit!), aber ich will es jedenfalls erst gar nicht versuchen. Denn was man uns hier gesagt hat, das sind Alltagsleuten, mit denen man vielleicht in einer schwungvollen Rede Eindruck machen kann, die uns aber doch gar nichts neues sagen. Ich kann überhaupt nicht

einsehen, daß alle die Rezepte, die man uns hier empfohlen hat, über das hinausgehen, was vor Jahren und Jahrzehnten Nieuwenhuis auf internationalen Kongressen vorgetragen hat und was damals von der überwiegenden Mehrheit verworfen worden ist. Deshalb werde ich mich darauf beschränken, in aller Ruhe und Ueberlegung die Erklärungen abzugeben, die unsere Meinung darstellen von dem, was im Augenblick notwendig ist, wie die Deutschen denken und wie sie handeln werden. Ich bin kein kritischer Lobredner meiner Partei, aber ich kann sagen, daß in keiner Partei die nationale Befangenheit eine geringere Rolle gespielt hat als in der deutschen Sozialdemokratie und daß nirgendwo der Militarismus und die Kriege von Anfang an entschiedener und folgerichtiger bekämpft worden sind als von der deutschen Sozialdemokratie. Wir sind bereit, in der alten Weise unermüdet und unablässig unseren Kampf gegen den Militarismus und die Kriegsgefahr fortzusetzen, aber wir werden uns den Sinn dieses Kampfes nicht entstellen lassen. Es ist nicht wahr, daß der Internationalismus Antinationalismus ist, es ist nicht wahr, daß wir kein Vaterland haben. Und ich sage das Wort „Vaterland“, ohne irgendeine haarspalterische Deklaration über den Begriff hinzuzufügen. Die Liebe zur Menschheit kann uns in keinem Augenblick daran hindern, gute Deutsche zu sein. So sehr wir die gemeinsamen Kulturinteressen anerkennen und die Verheerung der Völker verdammen und bekämpfen, so wenig geben wir uns utopistischen Bestrebungen hin. Als ob es wünschenswert sei, Nationen aufzuheben zu lassen und einen unterschiedslosen Völkerebrei daraus zu machen! (Jaurès: Wer will denn das?) Genosse Jaurès, wir sind hier nicht allein im Saal, und so lange Herbe noch in Ihrer Partei sitzt, sind Sie für ihn verantwortlich und können diese Verantwortung nicht mit einem einfachen Achselzucken ablehnen. Aber wir wollen Ihnen nicht ein Zerstück des Internationalismus liefern, wir wollen nicht den herrschenden Klassen als Deckmantel für ihre egoistischen Interessen das nationale Argument selbst an die Hand geben. Liebknecht hat einmal gesagt, daß die deutsche Sozialdemokratie mit ihrem Wachstum den Krieg bekämpfe durch die Gewinnung des Parlaments und der öffentlichen Meinung, daß sie aber den Krieg nicht verhindern werde und wolle durch

#### finische Revolutionspielereien in der Kaserne.

Auf diesen Standpunkt hat sich die erdrückende Mehrheit der deutschen Partei stets gestellt. Zu finischen Beschuldigungen in der Kaserne gehören aber auch die Mittel, die die französische Resolution Baillant in ihrem letzten Absatz angibt. Baillant soll auf dem französischen Parteitag in Nancy gesagt haben, er werde in Stuttgart nichts ohne und nichts gegen die Deutschen tun. Wenn er das vielleicht will, so soll er zuerst die französische Resolution fallen lassen, denn sie ist für uns, runde heraus erklärt, einfach und für allemal in allen Teilen unannehmbar. Wenn Sie aber eine Nachprobe aus ihrer Annahme machen, so werden Sie damit eine Schädigung der deutschen Partei herbeiführen. So gern wir mit den französischen Parteigenossen und besonders mit Ihnen zusammengehen, in diesem Punkte ist uns Deutschen ein Abgehen von unserem Standpunkte nicht möglich. Wir begreifen ja sehr gut, daß die Agitation gegen den Militarismus durch die Aufklärung der Massen langsam, zu langsam geht, und daß man dann auf Mittel sieht, die eine schnellere und wirksamere Bekämpfung des Militarismus möglich erscheinen lassen. Aber bei allen diesen Unternehmungen ist nichts Brauchbares herausgekommen, ist nichts herausgekommen, als alte Rezepte, die Deutschland und die Internationale schon wiederholt zurückgewiesen haben. Jaurès hat gemeint, daß wir die Gefahren der antimilitaristischen Agitation in Deutschland übertrieben. Ich glaube, das ist ein billiger Einwand. In diesem Falle muß Jaurès uns deutschen Parteigenossen schon in erster Linie überlassen, über die Gefahren, die wir seit drei Jahren auf das sorgfältigste geprüft haben, ein Urteil abzugeben. Jaurès berief sich auf Kautsky. Ich kenne die fragliche Äußerung nicht, aber gerade Jaurès wird doch den Unterschied zwischen einer Äußerung Kautskys und einer bindenden Verpflichtung der deutschen Sozialdemokratie nicht verkennen. Was Liebknecht anbetrifft, so scheidet alles, was er gesagt und getan hat in bezug auf den Antimilitarismus, in dem Augenblick aus der Diskussion aus, in dem das Reichsgericht das Hauptverfahren gegen ihn eröffnet hat. Ich kann aber sagen, daß wir die antimilitaristischen Mittel des Militärstreiks und der Insurrektion nicht nur für unklug, sondern für prinzipiell verkehrt halten. (Widerpruch bei einem Teil der französischen Delegierten, insbesondere bei Herbe.) Sie verkennen den ganzen Zusammenhang der sozialistischen Bewegung, weil Sie anstatt die soziale Frage im ihrem Kern zu erfassen, sich lediglich an die einzelnen Erscheinungen halten. Die Idee, durch den Generalstreik den Krieg aus der Welt zu schaffen, erscheint mir so töricht, wie durch einen Generalstreik über Nacht den Kapitalismus zu vernichten! Ich glaube, daß es ein Schritt vom rechten Wege wäre, wenn Sie diese Taktik einschlugen. Wir würde es am besten erscheinen, wenn wir in der Frage des Militarismus einfach die Jüdische Resolution erneuerten. Aber nachdem wir einmal in die Beratung eingetreten sind, verbleibe ich es ja, daß Sie eine neue Resolution gefaßt sehen wollen. Wenn sie auch nicht mehr sagt, so ist es doch wenigstens etwas Neues. (Weiterkeit und lebhafter Widerspruch bei einem Teil der französischen Delegation.) Ich kann Sie versichern, daß wir den ganzen Gang eines Krieges kennen und genau so wie jede andere Fraktion des Sozialismus bereit sind, alle Mittel anzuwenden, die uns zur Verfügung stehen, um der Völkerverheerung Einhalt zu tun und Einsitz auf Regierung und öffentliche Meinung zu gewinnen zur Vermeidung kriegerischer Zusammenstöße. Aber in bezug auf die Mittel bitten wir dringend, uns die Freiheit der Entscheidung nicht zu nehmen. (Bravo bei der deutschen Delegation.) — Berichtend stellt

#### Baillant

fest, daß in der deutschen Uebersetzung seiner Resolution ein Irrtum vorgekommen sei, insofern er nicht die allgemeine Dienstpflicht, sondern die allgemeine Völkerverpflichtung fordert, um dadurch die Bourgeoisie zu entwaffnen und das Proletariat zu bewaffnen.

Nach dieser Verächtigung wird die Weiterberatung auf morgen vormittag 10 Uhr verlegt.

## Aus Industrie und Handel.

Die Entwicklung der Elektrotechnik in Italien hat in den letzten zehn Jahren einen außerordentlichen Aufschwung genommen. In Elektromotoren sind im Jahre 1906 etwa 12 000 bis 13 000 mit einer Gesamtleistung von 120 000 bis 130 000 Pferdestärken ausschließlich der Bahnmotoren aufgestellt gewesen, während 1898 die Gesamtleistung aller Motoren einschließlich derjenigen für Bahnwärme 23 700 Pferdestärken betragen hat. Glühlampen waren 1906 rund 2 Millionen Stück installiert und ungefähr 3 Millionen Stück sind verkauft worden, während 1898 650 000 Glühlampen mit zusammen 13 Millionen Hefnerkerzen Lichtstärke installiert waren und 1 Million verkauft worden sind. Außerdem waren damals noch 3,9 Millionen Hefnerkerzen Bogenlampen aufgestellt. 1898 wurden insgesamt 26,8 Millionen KWSt (Kilowattstunden) Beleuchtungsstrom verbraucht, 1906 jedoch 83 Millionen KWSt. Letzteres entspricht einem Anschlußwert von 160 000 KW (Kilowatt). In Deutschland waren am 1. April 1906 nahezu 500 000 KW an Beleuchtung und 380 000 Pferdestärken an Kraft angegeschlossen. — In Norditalien entstehen sehr viele Kraftübertragungen auf große Entfernungen, was vor allen Dingen den Bau von Wechselstromdynamomaschinen, großen Schalt- und Transformationsanlagen begünstigt, die infolgedessen auf eine hohe Stufe der Vervollkommenung gelangt sind. 1905 wurden trotzdem für über 7 Millionen Mark Maschinen, Transformatoren und Apparate, die Hälfte aller vorhandenen, eingeführt, und zwar namentlich aus Deutschland, Schweiz und Oesterreich-Ungarn. Durch die vorhandenen Wasserkraftanlagen werden auch sehr viele Wasserkraftanlagen, und zwar von großer Leistung, in Italien errichtet, weshalb der Bau von Wasserturbinen sehr fortgeschritten ist.



Ein Ziel aufs innigste zu wünschen.

Ueber den Ausgang des Boykottprozesses Böhm kontra Schneiderverband berichtet der Rechtsanwalt der genannten Firma im „Berliner Tageblatt“ und im „Konfessionär“ und sieht mit großer Prophetengabe den „Vorwärts“ in Substantiation übergehen. Der Schneiderverband liegt vor seinem geistigen Auge zertrümmert am Boden. Freudestrahlend schreibt er:

Die ungeheure Wichtigkeit der Entscheidung liegt auf der Hand. Denn im selben Moment, wo diese Entscheidung Rechtskraft erlangt, wo auf Grund ihrer Strafen festgesetzt und Schadenersatzverpflichtungen geltend gemacht werden, wird sich die große Menge der betreffenden Konfektionsfirmen die Frage vorzulegen haben, ob sie noch verpflichtet sind, die unter großen Verlusten eingerichteten und fortgeführten Fabrikationswerkstätten fortzuführen oder aufzugeben. Treibt auch nur ein kleiner Teil der Betroffenen in Opposition, wendet auch er sich gegen den Terrorismus des „Vorwärts“ und der Sozialdemokratie, so können Strafen verhängt und Schadenersatzsummen fällig werden, deren Begleichung dem „Vorwärts“ recht schwer, wenn nicht unmöglich werden dürfte. Es wäre eine seltsame Ironie, wenn der „Vorwärts“ auf diese Weise, infolge Ausbeutung seiner kapitalistischen Machtstellung eine Schlappe erlitt, von der er sich nicht mehr erholen könnte. Das ist das eine Moment von weittragender Bedeutung in der zitierten Entscheidung. Das zweite Moment ist von politischer Natur. Die Macht des Schneiderverbandes beruht, wie diejenige anderer sozialdemokratischer Vereinigungen, auf dem wirtschaftlichen Zwange, den diese Verbände ausüben vermögen und rücksichtslos ausüben. Wird diese Macht in einem so bedeutungsvollen Kampfe, dem Boykottkampfe, gebrochen, erleidet der Schneiderverband erhebliche Verluste pekuniärer Natur, die er nicht zu tragen vermag. So fällt damit gleichzeitig seine politische Bedeutung. Das wäre in der Tat ein Ziel und auf das innigste zu wünschen.

Wir sind ganz zernüchert. Vollständige Vernichtung droht uns also. Wie viele haben nach einem derartigen Mittel schon gesucht; daß eine vollständige Vernichtung der Arbeiterbewegung auf so fürchtbar einfache Art herbeigeführt werden kann, das festzustellen blieb dem Geistesheroen Dr. Franz Jochen, Rechtsanwalt beim Kammergericht, vorbehalten.

Aus dem Konglomerat von Widersinnigkeiten, welche der Rechtsanwalt in seiner Wettervorherausage zusammengetragen hat, wollen wir nur einzelne Punkte herausgreifen, da wir aus prozessualen Gründen auf eine Würdigung seines ganzen Geschreibsels verzichten müssen.

Zunächst versucht er eine historische Darstellung des Boykottkampfes zu geben. Wie es nicht anders sein kann bei Weuten, welche über Sachen reden, von denen sie nichts wissen und nichts verstehen, so geht es auch in diesem Falle. Der Mann legt sich die Sache zurecht, wie er denkt, daß sie gewesen sein könnte. Nach einigem Nachdenken kommt er zu der Ueberzeugung, daß der Gang der Dinge auch so war, wie er sich das vorstellt. So entsteht folgendes Märchen:

Vor mehreren Jahren verlor der Schneiderverband, die Engrosfirmen in der Herrenkonfektion durch Boykott zur Aufgabe der Heimarbeit und zur Einrichtung eigener Fabrikationswerkstätten zu zwingen. Dieser Streik scheiterte an dem geschlossenen Zusammenhalten und an der Kapitalkraft der Bedrohten.

Da uns von diesem Streik nichts bekannt ist, hat der Herr Doktor wohl die Freundlichkeit, uns etwas eingehender davon zu unterrichten. Namentlich würde uns interessieren zu erfahren, in welchem Jahre der Streik stattfand und welchen Umfang derselbe angenommen hat.

Dann folgt ein Vergleich darüber, wie der Boykott ausgeführt wurde und wie vorsichtig das Reichsamt des Innern sozialpolitische Maßnahmen trifft. Hier werden erst die Materialien gepulvert, mit Bedacht werden alle Fachleute vernommen (d. h. die Unternehmer, D. R.), nur auf das behutsamste greift die Hand des Gesetzgebers in den vielverzweigten Betrieb der wirtschaftlichen Fragen ein. Ganz anders hier. Der Vorstand des Schneiderverbandes selbst blüht im Verborgenen. An Gerichtsstelle erklärten die Beklagten, ihren Vorstand nicht angeben zu wollen. Ja, der Leiter der Berliner Filiale verstärkte das „Nichtwollen“ zu einem „Nichtkönnen“, indem er behauptete, ihm, dem Vertrauensmann, wären die Vorstandsmitglieder unbekannt. Nach außen hin sei lediglich der genannte Filialleiter tätig, und „dieser 27jährige junge Mann“, dessen jugendliches Aussehen den Vorsitzenden des Senats zu der Frage veranlaßte, wie alt er denn überhaupt sei, dekretierte ohne weiteres die Einstellung der Heimarbeit bei Vermeidung des von der Sozialdemokratie quasi amtlich anzuordnenden Boykotts über zirka 500 Berliner Konfektionsfirmen. Dabei ist besonders bemerkenswert, daß die Frage, ob die Heimarbeit völlig aufzugeben, ob sie schädlich oder nützlich sei, ungeklärt ist.

Nun können ja die Gewerkschaften sich am Reichsamt des Innern kein Vorbild nehmen, umso mehr, als man sich im Reichsamt des Innern über manche von den Gewerkschaften bereits erledigte Fragen auch in absehbarer Zeit nicht klar werden wird. Die Konfessionäre machen aber auch Spektakel, wenn man sich im Reichsamt des Innern einmal zugunsten der Arbeiter über eine Frage klar wird. Sie betrachten die Konfektion als eine Domäne, die ihnen in wenigen Jahren eminenten Reichtümer bringen muß. Was aus dem Arbeiter wird, ist ihnen egal. Daß die Konfektion den Unternehmern Reichtümer bringt, beweist die sinnlose Häuserpekulation, welche mit ihr zusammenhängt. Im 17. und 18. Jahrhundert betrug der Grund und Bodenpreis in einer Gegend, wo jetzt die Konfektion dominiert, nach den Untersuchungen von Schmoller pro Quadratmeter 26 bis 40 Pfennige; im Jahre 1800 2 bis 4 M. Im Jahre 1865, als sich die Konfektion zu entwickeln begann, schwankte er bereits zwischen 72 und 430 M. Im Jahre 1885 betrug er nicht weniger als 1200 M. Inzwischen ist der Preis noch erheblich gestiegen. Im Jahre 1906 ging in einem Konfektionsviertel ein Grundstück zum Preise von 1 100 000 M. in andere Hände über. Nach dem Mietsverhältnis hätte der Preis nicht mehr als 650 000 bis 700 000 M. betragen dürfen. Von eingeweihten Kreisen wurde damals dazu bemerkt, daß das Konfektionshaus sicherlich noch auf seine Rechnung komme.

Wir können auch verstehen, daß sich Prozeßgegner ärgern, wenn die Beklagten die ihnen im Zivilprozeß zustehenden Rechte wahrnehmen. Ihrem Wunsche, darauf zu verzichten, wird nicht entsprochen, auch wenn sie der Wahrheit noch mehr Gewalt antun sollten. Wir stellen folgendes richtig: An Gerichtsstelle wurde, ohne daß dazu eine Verpflichtung bestand, ein Vorstandsmittglied angegeben. Damit fällt die Behauptung, der Vorstand blühe im verborgenen. Alle Vorstandsmitglieder namhaft zu machen, wurde abgelehnt, nicht unter dem Vorwand, daß dieselben

unbekannt seien, sondern mit der ausdrücklichen Betonung, daß dieselben nicht angegeben werden sollten. Das war durchaus berechtigt. Nach unserem Dafürhalten sollte ein Rechtsanwalt das auch wissen, damit ihm erspart bliebe, sich über einen jungen 27jährigen Mann zu ärgern. Ferner sollte ein Rechtsanwalt auch wissen, daß ein Zeuge stets gefragt wird, wie alt er ist, daß also der Senatspräsident nicht aus Neugierde nach dem Alter fragte. Ein Senatspräsident, der aus solchen Motiven fragte, würde abfallen wie der Herr Rechtsanwalt mit überflüssigen Fragen.

Daß unsere Gegner sich über die Schäden der Heimarbeit noch nicht klar sind, glauben wir ihnen gern. Jene Firmen, welche Werkstätten eingerichtet haben, sind sich aber klar darüber, daß die Konfektion auf Betriebswerkstätten besser hergestellt wird als in der Heimarbeit. In einer Broschüre von Moriz Voch, einem der besten Kenner der Berliner Konfektion, lesen wir über diese Frage:

„Nun eine großstädtische Industrie von so umfassender kommerzieller Bedeutung hat — allerdings neben vielen Ausnahmen, die aber leider keineswegs die Regel bilden — ein so veredeltes Arbeiterproletariat wie die Konfektion. Soll aber die Berliner Konfektion auf die Dauer ihren Rang bewahren, soll sie vor allen Dingen den verloren gegangenen ausländischen Markt wiedererobern, so ist es für sie eine unumgängliche Notwendigkeit, zu neuen Produktionsformen überzugehen, die die Möglichkeit gewähren, die noch auf dergleichen geringwertigen Fabrikationsmethode basierende ausländische Konkurrenz durch technisch vervollkommneter, daher leistungsfähigere und trotz höherer Löhne billiger produzierende Einrichtungen zu verdrängen. Das wird nicht anders möglich sein, als durch entschlossene Abkehr von der am Marke des Volkes zehrenden Heimarbeit und durch den allmählichen Uebergang zur einzig wirklich modernen und wirtschaftlichen Produktionsform, zur Fabrik.“

Wir haben dem nichts hinzuzufügen. Darauf sei aber hingewiesen, daß der Anwalt des Klägers an Gerichtsstelle erklärte, daß wenn dieser Prozeß für seinen Klienten verloren gehe, man am besten der sozialdemokratischen Partei beitrete, da man ja von preussischen Gerichten vor dieser Partei nicht mehr geschützt werde. Und es scheint, als ob derartige Erklärungen auf die Richter Eindruck machen. Mit welchen Redensarten müßte sich ein derartiger Anwalt behelfen, wenn er etwa einen von der Militärbehörde boykottierten Gastwirt gegen den Fiskus vertreten sollte. Da könnte er doch unmöglich jemand damit gruselig machen, wenn er etwa sagte, er trete der konservativen Partei bei!

Wird etwa der Boykott in dem Augenblick unfruchtbar, wo ihn Sozialdemokraten anwenden, und ist er so lange fruchtbar, als ihn bürgerliche Parteien und Staatsbehörden anwenden?

Wenn ferner behauptet wird, die Firma Böhm sei wegen der Errichtung von Betriebswerkstätten gar nicht angeklagt worden, so berufen wir uns auf den „Konfessionär“, welcher zu Beginn dieses Jahres schrieb:

Der Schneiderverband hat seine Forderungen um Errichtung von Betriebswerkstätten wieder gestellt. Die Geschäftsinhaber haben dieselben stillschweigend ad acta gelegt. Das ist die Art, wie die Konfessionäre, welche auf Arbeiterkundschaft spekulieren, den Arbeiter behandeln. Schamloser hat man noch in keinem Gewerbe Vertragsbruch begangen als in der Berliner Konfektion. Nach dem großen Konfektionsstreik im Jahre 1896 wurde die Handlungsweise der Konfessionäre von der Deffenlichkeit allgemein verurteilt. So schrieb der „Reichsbote“, ein konservatives Blatt, damals:

Schon damals (beim letzten Streik) war das Urteil des Publikums ein sehr ungünstiges für die Konfessionäre. Damals schoben sie die Ursache der Uebelstände mehr auf die Schneidermeister als die Mittelpersonen zwischen ihnen und den Arbeitern; aber jetzt können sie das nicht mehr; denn hier handeln die Herren selbst, und deshalb werden sie sich nicht wundern dürfen, wenn das Urteil ein sehr hartes über ihre treulosen Handelnden armen Arbeitern gegenüber sein wird. Im Februar, wo es sich noch um die Fertigstellung der Sommerkleider handelte, zeigten sie sich nachgiebig, jetzt, wo ihre Magazine mit Sommerkleidern gefüllt sind, scheinen die Herren eher einen Streik riskieren zu können. Allein sie täuschen sich; sie werden nur erreichen, daß sie sich mit der Schmach der Verachtung und dem Jörn der öffentlichen Meinung bedecken. Alles das, was damals über die Hungerlöhne dieser Branche bekannt wurde, wird wieder aufleben und die Entrüstung über ihr rücksichtsloses, wortbrüchiges Verhalten vermehren, so daß man immer entschiedener die Herstellung von Werkstätten verlangen wird, in welchen eine Aufsicht und Kontrolle über die Arbeitsverhältnisse dieser Branche möglich ist.

Der Staat kann es selbstverständlich nicht gleichgültig ansehen, wenn eine Hand voll Konfessionäre große, abhängige Arbeitermassen durch Mißbrauch ihrer Kapitalmacht in Not und Elend stürzen und dadurch den sozialistischen, revolutionären Gedanken Vorhub leisten. Er wird genötigt sein, hier feste und klare Bestimmungen zu treffen, damit nicht einzelne Egoisten fortwährend Del in das schmelzende Feuer der sozialen Revolution gleiten können.

Inzwischen sind die Löhne der Konfektionschneider zum Teil niedriger geworden, als sie im Jahre 1896 waren. So wurde 1896 vereinbart, daß der Mindestlohn für Paletots 2,75 Mark und für Saccos 1,60 Mark betragen solle. Heute nach 11 Jahren werden Paletots für 2 Mark und Saccos für 1,40 Mark angefertigt, obwohl der Lebensunterhalt sich mindestens um 40 Prozent verteuert hat. Trotzdem soll ein Vorgehen gegen die Konfessionäre „unfruchtbar“ sein.

Für die Konfessionäre gilt eben als Motto: „Nach uns die Sintflut.“

Ein Rabenvater.

Stuttgart, 19. August.

Nach Verlesung des Anklagebeschlusses bemerkt der Angeklagte auf Befragen des Vorsitzenden:

Er sei unschuldig.

Er gebe zu, gegen seine Kinder streng gewesen zu sein, aber sein väterliches Züchtigungsrecht habe er nicht überschritten. Seine Kinder haben sich auch niemals beklagt. — Vorf.: Die Mißhandlungen sind aber selbst von Hausbewohnern beobachtet worden. — Angekl.: Das war halblöcher Klatsch. — Vorf.: Es ist Ihnen doch aber bekannt, daß Ihre Kinder, insbesondere der Albin, auf dem Polizeibureau erschienen sind und Anzeige erstattet haben. — Angekl.: Das kann auch nur auf Veranlassung von Hausbewohnern geschehen sein. — Vorf.: Sie haben den Kindern nicht einmal den geschuldeten Schulunterricht zu teil werden lassen. — Angekl.: Das hab ich wohl getan; ich gebe aber zu, daß die Allgemeinbildung bei meinen Söhnen etwas vernachlässigt worden ist; die musikalische Ausbildung nimmt naturgemäß soviel Zeit in Anspruch, daß die Allgemeinbildung notwendigerweise leiden muß. — Vorf.: Ganz besonders soll sich Ihr Jörn gegen Albin gerichtet haben. Sie sollen den Albin mit einem dicken Reetrohr oder dicken

Spazierstock auf den nackten Gesäßteil fürchtbar geschlagen haben. Sie sollen dem Knaben 25—30, auch 40 Hiebe hintereinander gegeben haben. Ihr Sohn Bruno mußte auf dem Klavier den Takt dazu spielen. (Große allgemeine Bewegung.) Dies sollen Sie veranlassen haben, um das Schreien des mißhandelten Knaben zu überhören. — Angekl.: Das ist leere Phantasie des Knaben. Ich gebe zu, mit einem Reetrohr geschlagen zu haben, das war aber nicht so arg. — Vorf.: Sie sollen außerdem den Albin mit den Fingern in Arm und Bauch heftig gezwidelt, ihn sogar einmal

mit einer Stednadel in den Arm gestochen

haben? — Angekl.: Das ist auch nur Phantasie. — Vorf.: Sie sollen außerdem den Albin mit entblößtem Körper vor einem brennenden Ofen gestellt haben, so daß der Knabe in Gefahr war, zu verbrennen. Alsdann haben Sie, obwohl der Körper des Albin mit Brandwunden bedeckt war, so daß der Knabe die heftigsten Schmerzen hatte, ihn noch mit einem dicken Rohr in ganz fürchtbarer Weise geschlagen. Sie sollen gedroht haben,

ihn am folgenden Tage verbrennen zu lassen.

(Große Bewegung im Zuhörerraum. Vorf.: Aehnliche Mißhandlungen sollen Sie gegen Ihre beiden anderen Söhne Bruno und Max verübt haben; dem Bruno sollen Sie auch einmal gedroht haben, ihn zu erschossen. — Angekl.: Das ist alles Phantasie. — Vorf.: Wie sollen die Knaben aber dazu kommen, eine solche Anzeige zu machen? Sie wissen, daß die Kinder schließlich aus Ihrem Hause schicketen, weil sie es angeblich nicht mehr aushalten konnten? — Angekl.: Die Knaben waren aufgerebet von Leuten, denen daran lag, mein Quartett zu zerstören. — Vorf.: Sie sollen auch Ihre Frau mißhandelt haben? — Angekl.: Das ist auch unwahr. Meine Frau ist sehr gut, sie hat aber auch ihre Absonderlichkeiten. Wenn ich sie einmal geschlagen habe, so ist es

nur aus Liebe

geschehen. (Große allgemeine Heiterkeit.) — Vorf.: Sie sollen Ihre Söhne einmal aufgerebet haben, ihrer Mutter ins Gesicht zu spucken? — Angekl.: Das ist eine vollständige Erfindung. — Der Angeklagte gibt auf weiteres Befragen zu, daß, als er im Jahre 1902 eine Komposition von Paganini mit Albin einübte, er den Knaben geschlagen habe. — Es beginnt danach

die Zeugenvernehmung.

Es wird zunächst die Gattin des Angeklagten als Zeugin aufgerufen. Sie bemerkt, daß sie ausfragen wolle. Ihr Mann habe die Kinder bisweilen geschlagen, Mißhandlungen habe sie aber nicht wahrgenommen. Es sei zwischen ihr und ihrem Gatten bisweilen zu Differenzen gekommen; Mißhandlungen habe sie aber von ihrem Mann nicht erduldet. Die Knaben seien sehr lebhaft gewesen, haben auch bisweilen tolle Streiche vollführt; im allgemeinen seien sie gutartig gewesen. — Es sollen danach die

Söhne des Angeklagten als Zeugen

vernommen werden. Auf Antrag des Staatsanwalts wird der Angeklagte während der Vernehmung seiner Söhne aus dem Saal geführt.

Der erste Zeuge ist der 1891 geborene Max Steinbel. Er erklärt auf Befragen des Vorsitzenden, daß er sein Zeugnis verweigere. — Danach erscheint ein allerliebster Junge, der 1893 geborene Albin. Er sieht sehr verklärter aus. Dieser bemerkt auf Befragen des Vorsitzenden: Ich sage gegen meinen Vater kein Wort. (Große Bewegung im Zuhörerraum.) — Darauf wird der älteste Sohn, Bruno, 1890 geboren, aufgerufen. Er bemerkt, er wolle Zeugnis ablegen. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt er, sein Vater sei sehr streng gewesen, sie seien aber auch sehr ungeraten gewesen und haben viele dumme Streiche gemacht. Der Vater habe oftmals zugeschlagen, übermäßig mißhandelt habe er nicht. Ein Mann namens Deimling sei schuld gewesen, daß sie dem Vater entlaufen seien. Auf weiteres Befragen bemerkt der Zeuge: Die Schläge, die er von seinem Vater bekommen, habe er verdient. Sein Bruder Max habe nur wenig Schläge erhalten. Sein Bruder Albin habe allerdings viele Schläge erhalten, eigentliche Mißhandlungen seien es aber nicht gewesen. — Vorf.: Sie haben mitgeteilt, daß Ihr Bruder Albin sich entblößen mußte und daß Ihr Vater dem Albin alsdann 20 bis 40 Hiebe mit einem dicken Stock versetzt hat. Sie mußten während dieser Zeit am Klavier spielen? — Zeuge: So arg waren die Mißhandlungen nicht; es ist richtig, daß ich während dieser Zeit Klavier spielen mußte, damit das Klatschen nicht gehört wurde. Auf weiteres Befragen bemerkt der Zeuge: Auf die Szene am Ofen könne er sich nicht mehr genau erinnern. Er sei nicht dabei gewesen. Er habe nur das Kommando: „Ofen herunter!“ und Schläge gehört. Im übrigen sei er bei seinen früheren Angaben zu weit gegangen, er habe stark übertrieben. — Vorf.: Deshalb wollten Sie vom Vater fortgehen? — Zeuge: Weil ich frei sein wollte. — Vorf.: Geben Sie zu, daß Ihr Vater Ihre Mutter auch mißhandelt hat? — Zeuge: Nein. Vater hat meiner Mutter bisweilen ein paar Ohrfeigen gegeben, sie auch bisweilen mit einem Stock geschlagen, mißhandelt hat er sie aber nicht. — Vorf.: Sie haben beim Untersuchungsrichter angegeben, daß Ihr Vater Ihre Mutter täglich geschlagen hat. — Zeuge: Das war auch Uebertreibung. — Vorf.: Ihr Vater soll Ihre Mutter einmal drei Tage lang auf dem Boden eingesperrt haben. — Zeuge: Das ist richtig, ich weiß aber nicht, weshalb das geschehen ist. — Bruno Steinbel bemerkt noch auf Befragen des Verteidigers: Er habe hauptsächlich sich zur Zeugnisabgabe entschlossen, weil der „keine Schwindel“ in den Zeitungen gestanden habe.

Es wird danach der Angeklagte wieder in den Saal geführt und ihm vom Vorsitzenden die Aussagen seines Sohnes vorgehalten. Der folgende Zeuge, Schuhmann Hummel, bekundet: Die Anzeige des Knaben habe er durch den körperlichen Befund des letzteren vollauf bestätigt gefunden. Die Knaben, insbesondere Albin, seien mit blutunterlaufenen Wunden am ganzen Körper bedeckt gewesen.

Es folgen darauf die

ärztlichen Gutachten.

Dr. med. Obermayer bekundet: Er habe die drei Söhne des Angeklagten untersucht, aber nur Albin sei mit dicken, rotunterlaufenen Striemen und auch Brandwunden bedeckt gewesen. Die Wunden seien zweifellos von heftigen Schlägen mit Stöcken herbeigerufen worden. — Dr. med. Schwarzloppf: Er habe den Angeklagten untersucht. Die Tätigkeit des Angeklagten lasse es erlässlich erscheinen, daß er sehr nervös sei; er habe aber nicht wahrgenommen, daß seine Geistestätigkeit irgendwie getrübt sei oder daß er sich in einem Zustande befinde, wodurch seine freie Willensfähigkeit im Sinne des § 51 des Strafgesetzbuches ausgeschlossen sei. Er halte es auch für ausgeschlossen, daß der Angeklagte in sexueller Erregung, die man Sadismus nenne, gehandelt habe.

Musikdirektor Fischer: Er habe auch bei einer Probe wahrgenommen, daß der Angeklagte seinen Sohn Albin heftig in die Seite gestochen habe.

Plarrer Sander: Albin sei ihm am 28. Mai d. J. in Pflege gegeben worden. Der Knabe sei nicht an Gehorsam gewöhnt, aber sonst sehr gutmütig und keineswegs lügenhaft. Er habe ihm erzählt, er sei von seinem Vater täglich mit Stöcken usw. ganz fürchtbar geschlagen worden. Der Vater habe ihn gezwidelt, mit Nadeln gestochen, ans Klavier gestochen, ihn einmal mit entblößtem Körper an einen brennenden eisernen Ofen gestellt und alsdann, nachdem er heftige Brandwunden davongetragen, mit einem dicken Besen auf den entblößten Körper geschlagen. Der Vater habe ihm auch einmal gedroht, ihn tot zu schlagen. — Auf Befragen des Verteidigers bemerkt der Zeuge: Er habe nicht den Eindruck, daß Albin übertrieben habe. Albin habe ihm auch gesagt, daß er nicht satt zu essen bekommen habe.



Kaufmann Schmol hat oftmals den Mißhandlungen des Angeklagten beigewohnt; er habe aber auch wahrgenommen, daß die Anklagen sehr unartig waren. — Lehrer Klöpffer hat die selben Wahrnehmungen wie der Vorgesetzte gemacht. Er wollte einige Male dem Angeklagten in die Arme fallen. Der Angeklagte sei aber in solch furchtbarer Erregung gewesen, daß er sich nicht abhalten ließ. Der ganze hintere Körper des Albin sei wie gerastet gewesen. Das Hemd sei über und über mit Blut befleckt gewesen und stehe am Körper. (Große Bewegung im Zuscherraum.) Er habe dem Angeklagten daraufhin eine Vorlesung über die Grenze väterlichen Züchtigungsrechts gehalten. Die Anklagen seien allerdings sehr ungehörig gewesen. Als Albin zehn Jahre alt gewesen, habe er seinen Vater ein Stück Sch... genannt, den er am liebsten totschlagen möchte. Wenn ich erst erwachsen bin, dann zerfahre ich alle Weigen, äußerte einmal der Knabe. Diese unerhörten Aeußerungen lassen darauf schließen, daß in dem Knaben ein furchtbarer Haß mühe angehäuft gewesen sein, ähnlich wie die Hige in einem Vulkan. Frau Steinbel wurde von ihrem Mann fast täglich geschlagen und geradezu wie eine Skavin behandelt. In entsprechender Weise wurde die Mutter auch von den Knaben behandelt. Die Anklagen sagten oftmals zur Mutter: **Salts Maul!** (Große Bewegung im Zuscherraum.)

Es wird danach ein Brief von Max Steinbel verlesen, den letzterer an die Staatsanwaltschaft gerichtet hat. In diesem drückt Max sein Bedauern aus, daß er den Vater so sehr belästigt habe. Es sei erlogen, daß der Vater ihn und seine Brüder so arg geschlagen habe. Albin habe allerdings viel Schläge erhalten, weil er sehr saul war, oftmals die Proben geschwänzt habe und überhaupt sehr frech war. Albin sagte oftmals: „Ohne mich kann das Quartett nicht bestehen!“ Albin sei so ungezogen gewesen, daß der Vater ihn in eine Verfassungsanstalt geben wollte. Vorsitzender: Angeklagter, es gewinnt den Anschein, als ob Sie diesen Brief diktiert haben. — Angeklagter: Das bestreite ich ganz entschieden, ich habe den Brief nur skizziert. (Weiterheit im Zuscherraum.)

Der Vorsitzende verliest danach den Gerichtsbeschluss, wonach dem Angeklagten das Erziehungsrecht über seine drei Söhne entzogen und ihnen ein Vormund bestellt worden sei. Letzterer hat gegen den Angeklagten wegen vorsätzlicher Körperverletzung seiner drei Söhne Strafantrag gestellt. Es wird die kommissarische Aussage des Untersuchungsrichters verlesen. Dieser befand, daß die drei Söhne ihren Vater arg belästigt und einen vollständigen glaubwürdigen Eindruck gemacht haben. Die Beweisaufnahme ist danach beendet. Staatsanwalt Dr. Baur führt aus: Es sei gemäß menschlich erklärlich, daß zwei Söhne des Angeklagten ihr Zeugnis verweigerten und Bruno Steinbel bemitleidet war, den Vater zu entlassen. Die übrige Beweisaufnahme habe aber die Schuld des Angeklagten voll erwiesen. Der Staatsanwalt beauftragt alsdann in eingehender

Weise die Einzelheiten der Beweisaufnahme. Es sei kein Zweifel, daß der Angeklagte das väterliche Züchtigungsrecht weit überschritten habe. Das Schlimmste sei, daß die Handlungsweise des Angeklagten die Anklagen vollständig moralisch verurteilt habe. Bei der Strafmaßnahme werde ferner die furchtbare Brutalität des Angeklagten zu erwägen sein. Er wolle zugeben, daß der Angeklagte oftmals gereizt und stark nervös gewesen sei. In Verdrückung alles dessen beantrage er

ein Jahr Gefängnis. (Große Bewegung im Zuscherraum.) Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Salvin, ist bemüht, nachzuweisen, daß die Presse die Sache sehr aufgebauscht und den Angeklagten auf eine Stufe mit dem bekannten Dippold gestellt habe. Der Verteidiger verliest Kritiken über das Quartett Steinbel im „Figaro“ usw., wonach das Quartett in Paris rauschenden Beifall gefunden und die Söhne von der Großfürstin Wladimir von Rußland gefürht worden seien. Der Angeklagte hatte im Auge, immer größere Erfolge zu erzielen. Diesen Maßstab müsse man bei der Strafmaßnahme in Betracht ziehen. Alsdann erscheine aber der Strafantrag des Staatsanwalts viel zu hoch. Der Angeklagte bemerkt noch: Er habe nur immer das Wohl seiner Kinder im Auge gehabt und bitte um seine Freisprechung. Nach 15stündiger Beratung des Gerichtshofes verkündet der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Günther, folgendes Urteil:

Der Gerichtshof hat den Angeklagten wegen vorsätzlicher Körperverletzung mittels gefährlicher Werkzeuge für schuldig erklärt und ihn deshalb zu sieben Monaten und 3 Tagen Gefängnis verurteilt, wovon 1 Monat auf die Untersuchungshaft anzurechnen ist und dem Angeklagten die Kosten des Verfahrens auferlegt.

Der Gerichtshof hat nur bezüglich Bruno und Albin Steinbel den Angeklagten für schuldig erklärt. In allen übrigen Fällen ist auf Freisprechung bzw. Einstellung des Verfahrens erkannt worden.

Bei der Strafmaßnahme ist das einwandfreie Vorleben des Angeklagten, seine Herzlichkeit und der Umstand in Betracht gezogen worden, daß der Angeklagte offenbar gereizt worden sei. Andererseits mußte die große Brutalität berücksichtigt werden. Der Antrag auf Haftentlassung ist wegen Fluchtverdacht abgelehnt worden.

**Briefkasten der Redaktion.**  
Die juristische Erbschaftsangelegenheit Friedr. Nr. 16, Aufgang 4, eine Erbschaft (Dankebriefe, Beschlüsse, Durchgang nach Vorkaufstr. 101), wochentags von 7<sup>1/2</sup> bis 9<sup>1/2</sup> Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonntags beginnt die Erbschaftsangelegenheit um 6 Uhr. Jeder Anfrager in ein Buch und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Persönliche Antworten wird nicht erteilt. Gütige Anfragen trage man in der Erbschaftsangelegenheit. H. W. 42. Mit sich verlohren solche Zeugnisse nicht gegen die guten Sitten, wenn sie der Wahrheit entsprechen. Wir nehmen aber an dem Wort

„Untrübe“ Kaffee und glauben, daß auf Befolgung dieses Wortes aus dem Zeugnis mit Erfolg geklagt werden kann. — H. 28. Wenn der Schwager eines Weibes gegeben hat, so tun Sie am besten, ihm die Ware zu verkaufen, zu übergeben und dann wieder zurückzunehmen. Dann gebietet die Ware Ihren Schwager. — W. 2. 9. Solche Ehe ist auch in Preußen zulässig. — H. 2. 100. Wenn Sie die Rente zu Ihrem 20-jährigen Lebensunterhalt brauchen, d. h. kein anderes Einkommen haben, ist die Rente unzulässig. — W. 2. 16. Das Gericht ist nicht schlichtend. Es muß sich an das Klagenbringen halten. § 617 B.-G.-O. langt nur, daß die Parteien, d. h. die beiden Eheleute sich nicht auf die Bedingungen des Gegners zu erklären brauchen. Welche Bedeutung die Verweigerung der Aussage eines Zeugen hat, ist im § 617 B.-G.-O. nicht bestimmt. Das Kammergericht sieht in der Zeugnisverweigerung fast immer das Geheimnis des Ehestands. — Max 2. Rein, auch der amerikanische Bürger kann hier wegen Raubentzug bestraft werden, die er als früherer Deutscher beging. Außerdem kann er zwangsweise in das Heer eingezogen werden. — D. 2. 63. 1. Rein, die Strafe ist nicht leicht verwirklicht, Abzug darf aber nicht erfolgen. 2. Wie zu 1. — H. 2. 100. 1. Rein. 2. Rein. — W. 2. 105. Na. — S. 50. 1. Armenrat ist beim Magistrat, Rühlendamm 1, zu beantragen. Geben Sie mit dem Armenrat für die Gerichtsbeschleiberei des Gerichts, bei dem Sie verhaftet sind. 2. Ja. — S. 2. 100. Wenn der Kaiser, der das Haus in der Zwangsversteigerung erwarb, seinen alten Kontrakt ausdrücklich anerkannt hat, nein, sonst ja. — H. 2. 77. 1. Wenn Sie ganz wiederhergestellt sind, ja. 2. Rein. — W. 2. 77. Der Vater kann für seine volljährige Tochter auf Grund einer Vollmacht klagen. Die Mutter kann als Erbin des toten Kindes für ein Vierteljahr Alimenter fordern, also 60—75 Mark. Sie können aber den Arbeitslohn aufrechnen. — G. 7. 1889. Rein. — S. 2. 16. Sie brauchen die Nachsteuer nicht zu bezahlen, müssen aber beim Magistrat Einspruch binnen zwei Wochen einlegen. — T. 2. 30. 1. Rein. 2. Unterhaltungswohnsitz wird in zwei Jahren erworben. Zur Strafanzeige sind Sie auch ohne dies berechtigt. — G. 2. 207. 1. Klagen Sie auf Herausgabe oder Schadenersatz. 2. Sofort. — G. 2. 100. 1. Na. 2. Unter Umständen ja. — G. 2. 26. Fragen Sie auf dem Polizeiviertel. — H. 2. 17. 1. Auslage hätte Ihre Frau unbedingt zahlen müssen. Sie hätten hierfür gebietet, wenn Sie den Aufenthalt Ihrer Frau in G. gutgeheißen haben. 2. Hier scheint es sich aber nicht um eine Kartage zu handeln. Für die bloße Aufenthaltserberechtigung darf keine Gebühr gefordert werden. — G. 2. 32. Wenden Sie sich an Bezirksrichter Bärner, Wilhelmstr. 22. Rollen: 27,50 R. — S. 2. 100. G. Bärner, Rigdorf, Rigdorfstr. 46. — G. 2. 21. Gröbelsheim, Wilhelmstr. 10. — S. 2. 100. An die Direktion des Jura. — Grete, Treppow. Wir lehnen grundsätzlich ab, private Institute zu empfehlen. — H. 2. 105. Ein solches Mittel würde Ihnen ein Kammergericht angeben. — Kirchensteuer 30. Vergleichen Sie den Artikel im „Sonderheft“ Nr. 174, 1. Beilage. — S. 2. 25. An die Landesversicherung, deren letzten Marken verordnet sind. — G. 2. 100. 1. Rein. — W. 2. 100. 1. Rein. 2. 4. 1. Edwinlucht. 2. Eine Spezialbranche im Tabakergewerbe. 3. An die Buchhandlung Vorwärts abgeben. — Martin Kubloff, Grenadierstr. 37. — S. 2. 50. Wenden Sie sich in Schöneberg Rathaus, Kaiser Wilhelmplatz, Unter Eichenallee 1, Zimmer 20. — G. 18. Fragen Sie an dem königlichen Polizeipräsidium, Abteilung für Beamtenwesen. Es dürfte bei einem Alter von über 27 Jahren ausfallslos sein. — H. 2. 1886. Ueber die Möglichkeit Ihres Vorhabens dürften Sie die sicherste Auskunft auf dem österreichischen Generalkonsulat erhalten. — S. 2. 45. Mit bestem Dank, aber unter genauer Adressenangabe.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Mittwoch, den 21. August.  
Anfang 8 Uhr.

Rgl. Opernhaus. Figaros Hochzeit.  
Anfang 7<sup>1/2</sup> Uhr.  
Neues königl. Opernhaus.  
Wiener Blut.  
Deutsches. Das Wintermärchen.  
Anfang 7<sup>1/2</sup> Uhr.  
Kammerspiele: Frühlingstr. wachen.  
Berliner. Die tanzenden Männchen.  
Leffing. Hedda Gabler.  
Schiller u. (Wagner-Theater.)  
Die weiße Dame.  
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Bühnen-Theater.) Der Weg zur Höhe.  
Neues Schauspielhaus. Raffles.  
Neues. Der Dieb.  
Sommer Oper. Hoffmanns Erzählungen.  
Wochen. Die lustige Witwe.  
Volkstheater. Quaresimier.  
Zentral. Das Tagebuch einer Verlorenen.  
Kleines. Vater und Sohn.  
Reichens. Gaben Sie nichts zu verzollen?  
Trianon. Frühlein Solette — meine Frau.  
Thalia. Ihr Sechste — Dnsel.  
Bernhard Rose. Der große Unbekannte. Anfang 8<sup>1/2</sup> Uhr.  
Nachmittags 4<sup>1/2</sup> Uhr. Er ist nicht erschlagen. Das vierte Gebot.  
Verbotene Wege.  
Metropol. Der Teufel lacht dazu.  
Apollo. Der Hochzeitstag. Spezialitäten.  
Walhalla. Spezialitäten.  
Folies Caprice. Gellerauto. — Paris. Anfang 8<sup>1/2</sup> Uhr.  
Gedr. Herrnsfeld. Madame Wig-Wag. Es lebe das Nachtleben.  
Wintergarten. Anne Danerq.  
Annie Dufens. Spezialitäten.  
Vater. Motts Weiber.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Vollage. Bernarb. Spezialitäten.  
Urania. Zaubersprüche 18/19.  
Abends 8 Uhr: Im Lande der Mitternachtsonne.  
Sternwarte. Anwaltsstr. 57/58.

**Ferdinand Bonn**  
**Berliner Theater.**  
Mittwoch, 21. August, abends 8 Uhr:  
**Die tanzenden Männchen.**  
Donnerstag und folgende Tage:  
**Die tanzenden Männchen.**  
**Kleines Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Vater und Sohn.**  
Morgen und folgende Tage:  
**Vater und Sohn.**  
**Theater des Westens.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die lustige Witwe.**  
Operette in 3 Akten v. Franz Lehár.  
**Lustspielhaus.**  
Täglich 8 Uhr:  
**Sufarenheber.**  
**Zentral-Theater.**  
Täglich 8 Uhr:  
**Tagebuch einer Verlorenen.**

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Abends 8 Uhr:  
**Im Lande der Mitternachtsonne**  
Anwaltsstr. 57—62; Sternwarte.  
Täglich geöffnet von 7<sup>1/2</sup>—11 U. abds.

**ZOOLOGISCHER ZGARTEN**  
Täglich ab nachm. 5 Uhr:  
**Großes Militär-Doppel-Konzert.**  
Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

**Residenz-Theater.** 8 Uhr  
Direktion: Richard Alexander.  
Mittwoch, 21. August:  
**Haben Sie nichts zu verzollen?**  
Schwan in 3 Akten von Maurice Hennequin und Pierre Weber.

**Metropol-Theater**  
Anfang 8 Uhr.  
**Der Teufel lacht dazu.**  
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz. Rauchen überall gestattet.

**Apollo Theater**  
9<sup>1/2</sup> Uhr: Gumpst-Bummi, Pipisag und Pauls, Erzähler.  
9<sup>1/2</sup> Uhr: Schenk Bros., zwei Berliner Jungen, Wunder der Kraft-Äquidist.

**Hartstein**  
in seiner besten  
„Der Hochzeitsgast“.  
**Passage-Theater.**  
Jeden Abend 8 Uhr:  
Der große Verwandlungskünstler Arturo

**Bernardi**  
! und das neue!  
großartige  
**August-Programm.**  
14 Attraktionen 14.

**DERNHARD ROSE THEATER**  
Dr. Kraussstr. 102.  
Im Garten, Anf. 4 Uhr.  
Das glänzende August-Programm.  
Spezial 50 Pf. Entree 30 Pf.  
Im Theater abends 8<sup>1/2</sup> Uhr:  
Der große Unbekannte.  
Sommerpreise.

**Schiller-Theater O.**  
(Ballner-Theater.)  
Moritz-Cyber.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Gastspiel Heinrich Bötel:  
**Die weiße Dame.**  
Donnerstag abends 8 Uhr:  
**Die Jüdin.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Gastspiel Heinrich Bötel:  
Der Postillon von Lonjumeau.

**Schiller-Theater N.**  
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.  
Abends 8 Uhr:  
**Der Weg zur Höhe.**  
Prot.: S.K.K.H. d. deutsche Kronpr. u. S.H. Herz. Joh. Albr. z. Mecklbg.

**Deutsche Armee-Marine u. Kolonial-Ausstellung**  
Wannsee-Bhl. Friedenau.

**AMUKA**  
Heute:  
**VOLKSTAG**  
3 Kinder frei!  
3 Kapellen!  
Halle b. 8, Gelände b. 12 Uhr geöffnet.  
Eintritt 50 Pf.  
Heute: Militär und Kinder 25 Pf.  
Anstellungslöse ber. zum Eintritt

**WINTERGARTEN**  
Anne Danerq, Pariser Säng.  
The 8 English Girls,  
Gesangs- und Tanstruppe.  
Die 4 Barowskys, Akrobaten.  
„Die Bauernjungen im Walde.“  
Le Roy Talma u. Bosco,  
Zauberkünstler.  
Agoust, komischer Jongleur.  
George B. Reno Company,  
amerikanische Exzentriks.  
Annie Dirksen.  
Olga Preobrajensky, Prima  
Ballarina, u. M. Legat, Solotänzer  
v. d. kais. Hofoper in Petersburg.  
Papinta, amerikan. Phantasie-  
und Spiegel tänzerin.  
Kellino Truppe, in Venedig.  
The Hartleys, Springer, Der Biograph.

**W. Noack Theater**  
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.  
9<sup>1/2</sup> Uhr:  
**Das Fest d. Handwerker.**  
9 Uhr: Les Joncus, Red-Banton.  
9<sup>1/2</sup> Uhr: Alles lacht über'n Bein. Piton.  
Anf. 6 Uhr. Cyprien u. Dorguys, gütig.  
Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.

**Walhalla-Variete-Garten**  
Waldbergsweg 19/20, Potentill, Lux.  
Neue Spezialitäten.  
Dressierte Bären.  
Anf. 8 Uhr: Konzert; Vorstellung 7<sup>1/2</sup> Uhr.  
Bei ungünstigen Wetter  
Vorstellung im Theater 8 Uhr.

**Friedrich Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**  
Direktion: Oskar Wagner, Chausseestr. 30/31.  
**Abonnements-Einladung** für jeden Wochentag im vierzehntägigen Turnus vom 6. September 1907 ab.  
**Eröffnungs-Vorstellung: Freitag, den 6. September 1907.**  
**Die Nibelungen.** Ein deutsches Trauerspiel von Friedrich Hebbel.  
I. Teil: Der gehörnte Siegfried. II. Teil: Siegfrieds Tod.  
Der Spielplan des ersten Abonnements-Vierteljahres wird außerdem enthalten:  
„Winterschlaf“, Schauspiel v. Max Dreyer.  
„Der blinde Passagier“, Lustspiel v. Oskar Blumenthal u. Gustav Kadelburg.  
„Brüderchen“ (Erstausführung), einkadettendrama von Robert Overweg.  
**Preise der Plätze einschließlich Garderobe, Theaterprogramm und Steuer für die Sicherheitswache:**

Abonnementspreise	Kassenpreise	Abonnementspreise für sechs Vorstellungen
Logen . . . . . 1,75 M.	2,80 M.	10,50 M.
Orchestersitze . . . 1,50	2,05	9,-
I. Parkett . . . . . 1,25	1,80	7,50
I. Rang Balkon . . . 1,25	1,80	7,50
II. Parkett . . . . . 1,-	1,30	6,-
II. Rang . . . . . 0,75	1,-	4,50
Gallerie . . . . . 0,35	0,50	2,10

**Preise für freie, nicht an den Tag gebundene, übertragbare Abonnements, gültig für alle Wochentage:**  
10 Eintrittskarten einschließl. Garderobe, Theaterzettel u. Sicherheitswache } I. Parkett 14,- M.  
Das Bureau Chausseestr. 30/31 (Tel.: Amt III 8555) ist an allen Tagen (auch Sonntags) von 10—2 Uhr und 6—8 Uhr geöffnet. } I. Rang . 11,-  
59/19

**Schweizergarten**  
Am Königstor. Am Friedrichshain.  
Straßenbahn 1, 2, 4, 17, 59, 62, 63 u. 74.  
Täglich:  
**Theater-Vorstellung.**  
**Neue Spezialitäten.**  
**Kinematograph und Ball.**  
Freier Damentanz.  
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

**Gebr. Herrnsfeld-Theater.**  
57 Kommandantenstraße Nr. 67.  
Anfang 8 Uhr.  
Billetvorverkauf 11—2 Uhr.  
Täglich: Die Novität  
**Madame Wig-Wag.**  
Operetten-Burleske von Anton u. Donat Herrnsfeld. Musik v. J. Thal.  
Dazu die Separée-Affäre  
**Es lebe das Nachtleben!**  
mit den Autoren Anton u. Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schönd. Allee 148, Kastan.-Allee 97/99.  
Neuestes Volkstheater Berlins.  
Grute: Elite-Tag!  
Der neue Riesen-  
August-Spielplan mit der Racingtruppe in ihrer Todesfahrt im Hollenkessel und Konfurrenzfahren um 1000 M.  
Um 8 Uhr: **Paulas Beichte.**  
Anfang 4<sup>1/2</sup> Uhr. Entree 30 Pf.  
Am 22. August: Benefiz-Harst.  
25. 1. September: Karl Braun.

**Neue Welt**  
Gartenstraße 108—114.  
Mittwoch, den 21. August 1907:  
**Erntedankfest.**  
Kinderbelustigungen aller Art.  
Gratverlosung:  
I. Preis für Mädchen:  
1 goldene Damenuhr.  
I. Preis für Knaben:  
1 goldene Herrenuhr.  
**Groß-Doppel-Konzert.**  
**Spezialitäten-Vorstellung.**  
Conte Seranos  
**Vöwendressuren.**  
**Tanz-Reunion.**  
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.

**Brunnen-Theater**  
Badstraße 58. Direkt.: Bernh. Ros.  
Gente: Große Benefiz-Vorstellung für Käthe Wille-Bach.  
Einmalige Aufführung:  
**Die Theaterprinzessin.**  
Rudolf Berger. Dr. Bernh. Ros.  
Das christliche August-Programm.  
Rosa und Josefa Blazeks.  
Die zusammengewachsene Schwestern.  
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4<sup>1/2</sup> Uhr.  
**Großes Benefiz!**

**Reichshallen-Theater.**  
Täglich:  
**Stettiner Sänger.**  
Britton als Kute im Familien-bad Waansee.  
Anf. Soabend. 8. Sonntag 7 Uhr.

**Sanssouci, Straße 6.**  
Direktion Wilhelm Reimer.  
Der Garten ist geöffnet.  
Sonntags, Montag, Donnerstags:  
**Hofmanns Nordl. Sänger u. Tanztränchen.**  
Sonntag, Montag und Donnerstag:  
**Gr. Elite-Soireen.**  
Vochstufliches Programm.  
Sonntags Beginn 5, wochent. 8 Uhr.

**Die Beilchenfee.**  
Beltschül m. Gefang in 2 Akten von W. Gerde. Musik von Max Schmidt.  
Dazu:  
Das neue  
**Riesen-Spezialitäten-Programm.**  
Volksbelustigungen.

**Max Kliems Sommer-Theater**  
Goleubelbe 13/15.  
Kritische Leitung: Paul Mühlitz.  
Täglich: Or. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.  
Jeden Montag: Sommerfest. Jeden Mittwoch:  
Die beliebtesten Kinderstücke.  
Jeden Donnerstag: Elite-Tag.  
Die Kaffeezeit ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

**Gstbahn-Park**  
Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71.  
**Hermann Imbs.**  
Täglich:  
**Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**



**Prater-Theater.**  
Kohlentor-Platz 7/9.  
**Flotte Weiber.**  
Spezialitäten 1. Ranges.  
Auftritt der Löwenbraut  
Tilly Böhle mit ihrem dreif. Wägen.  
Konzert und Ball.  
Anfang 4 1/2 Uhr.

**CIRCUS**  
NORTON B. SMITH

Berlin, Memelerstr.  
Heute Mittwoch:  
**2 große Vorstellungen.**  
Nachm. 4 Uhr. Abends 8 Uhr.  
Nachm. zahlen Kinder halbe Preise.

**Diez' Spezialitäten-Theater.**  
Landsberger Allee 76-79.  
Direkt a. d. Ringbahnstation. Bequemste Fahrgelegenheit u. allen Stadtricht.  
Ob schön! Täglich im herrl. Garten oder gr. Saal: Ob Regen!  
Kleiner-Zachterfolg.

**Landsberger Allee auf Stelzen.**  
The Reros, Konkurrenzlose  
Heinz Heuer, Profangler.  
Dazu das neue brillante August-Programm.  
Einst. 3 Uhr. Kaffeeküche. Volksheluh. aller Art. Entree 20 Pf. Sonnt. 30 Pf.

**Schwarzer Adler**  
Friedrichsberg. Frankfurter  
Jernsprecher Nr. 8. Chaussee 5.  
Heute, Mittwoch, den 21. August:  
**Vorletztes Auftreten**  
der **Willy Walde-Sänger.**  
Nach der Vorstellung: Familien-Kränzchen.  
Jeden Sonntag: Künstler-Konzert u. Spezialitäten.

Anlässlich des Internationalen Kongresses in Stuttgart erließen:

**Die sozialistische Arbeiter-Internationale.**  
Berichte der sozialdemokratischen Organisationen Europas, Australiens und  
Amerikas über ihre Tätigkeit in den Jahren 1904 bis 1907 an den Inter-  
nationalen Kongress in Stuttgart.  
Herausgegeben vom Internationalen sozialistischen Bureau.  
Mit einem Vorwort von Emil Vandervelde.  
Deutsche Ausgabe. Preis 2 M.

Wir empfehlen außerdem zum Studium die

**Protokolle**  
der  
**Internationalen Arbeiter-Kongresse.**

**Paris 1889.** Mit einem Vorwort von W. Liebknecht. Berichte der Delegierten der einzelnen Länder; Abschaffung der stehenden Heere; Kaiserer.  
**London 1896.** Politische Aktion; wirtschaftliche Aktion; Erziehung und körperliche Entwicklung. 22. — 20  
**Paris 1900.** Der Kampf um das allgemeine Wahlrecht; die Eroberung der politischen Macht; Kolonialpolitik; der Sozialismus in den Gemeinden. 22. — 20  
**Amsterdam 1904.** Kolonialpolitik; Generalkonferenz; Sozialpolitik und Arbeiterversicherung; Trübs und Arbeitslosigkeit. 22. — 40  
**Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW., Lindenstraße 69, Laden.**

**Die Effektenbörsen**  
sind im Wanken und dem Zusammenbruche preisgegeben. Die von der deutschen Presse systematisch unterdrückte Broschüre Proestler hat schon seit Jahren darauf hingewiesen.  
**Das Wirtschaftsleben der Gegenwart und der Zukunft**  
ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber, Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 2. — Teil- und Volksausgabe, 60 Pfg. Gegen Einsendung von Mk. 2.10, bzw. 65 Pfg. für das Island, Mk. 2.20 bzw. 70 Pfg. für das Ausland, werden die Broschüren portofrei vom Verfasser Kaufmann Michael Proestler in Würzburg versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich.  
Man verlange ebendasselbe Flugschriften und Prospekte.

**Jedes Jenensia-Rad**  
ein Meisterwerk deutscher Technik.  
— Teilzahlung! — Zwei Jahre Garantie! —  
Sozial-Räder ab 60.—, Sozial-Luxus- mit 95.—,  
Gebrauchte Räder billig! — Fahrradschubhör billig!  
Bitte genau auf Hausnummer „23“ zu achten!

23, R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

**Möbel** Bürgerliche  
Wohnungs-  
Einrichtungen  
eventuell auch auf Teilzahlung  
**Paul Burow's Möbel-Fabrik**  
Berlin SW., Lindenstraße 105. 49821.

**Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.**

Melchiorstr. 28, part. Filiale Berlin. Berlin, Fernspr. Amt 4, 4787.  
Donnerstag, den 22. August, abends 8 1/2 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen B. Düvel über „Soziale Tagesfragen“, 2. Diskussion, 3. Vereinsangelegenheiten.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.  
Die Ortsverwaltung.

Swinemünder Gesellschaftshaus,  
Swinemünderstr. 42.  
Am September sind noch einige  
Sonntags frei. Totensonntag noch  
zu haben. 27896

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Achtung! **Küchenmöbel-Branche.**  
Donnerstag, den 22. August, abends 8 1/2 Uhr:  
**Branchen-Versammlung**  
für die in der  
Küchenmöbelbranche beschäftigten Tischler, Maler und  
Maschinenarbeiter Berlins und Vororte  
im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.  
Kein Kollege darf in dieser Versammlung fehlen.  
Die Brandenkommision.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Arbeitsnachweis: Verwaltungsgesellschaft Berlin. Hauptbureau:  
Post I. Amt 8, 1239. Charitéstraße 3. Post III. Amt 3, 1967.  
Mittwoch, den 21. August 1907, abends 8 1/2 Uhr,  
in Frankes Festhale, Sebastianstraße 39:  
**Allgemeine Versammlung**  
der  
**Rohrleger und Helfer**  
Berlins und Umgegend.  
Tages-Ordnung:  
1. Die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung. Referent: Ge-  
nosse Meibeln.  
2. Diskussion.  
3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Kollegen! Wir ersuchen um recht zahlreichen u. pünktlichen Besuch.

Donnerstag, den 22. August 1907, abends 6 Uhr,  
im Lokal Zum Askaniener (Inhaber Burschke),  
Mariendorf, Chausseestr. 82:  
**Öffentliche Versammlung**  
aller in Mariendorf, Mariensfelde und Tempelhof  
beschäftigten Metallarbeiter und Arbeiterinnen.  
Tages-Ordnung:  
Fortsetzung der Diskussion von der am 7. August vertagten  
Versammlung.  
Kollegen und Kolleginnen! Durch Ihren Beschluss vom 7. August  
ist die Versammlung vertagt worden. Es ist daher jedem seine Pflicht, nach  
der Versammlung zu kommen.  
In dieser Versammlung sind die Kollegen von Andrea, Degen-  
hardt, J. ter Welp, Guld, Sander, Nichte, Gendach, Dph, Lerm u. Ludwig,  
Schindler, Ernede, Eibarnad, Hartung, Weiß u. Freitag, Kemper Kolor,  
Lud u. Co., Specker, Brach und Hertel, Dalmierwerke, Kalpari, Stod,  
Gasmeister und Gasofenfabrik ganz besonders gebeten, zu erscheinen.

Montag, den 26. August, abends 8 1/2 Uhr,  
im Palast-Theater, Burgstr. 24:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Kassenbericht und Bericht der Revisoren.  
2. Revision des 2. Bevollmächtigten, des 1. Kassierers, eines Beisitzers  
und vier Revisoren.  
3. Der Uebertritt der Graveure und Hufeure.  
4. Anträge der Ortsverwaltung und an die Verwaltung gelangte  
Anträge.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands**  
Filiale Berlin II.  
Mittwoch, 21. Aug., abends 8 1/2 Uhr, im Engl. Garten, Alexanderstr. 27c:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Der gegenwärtige Stand unserer Lohnbewegung. 2. Bericht  
des Statistikers. 3. Gewerkschaftliches.  
Mitgliedsbuch legitimiert. 180/15  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Der Vorstand.

**Steinarbeiter.**  
Berlin I.  
Freitag, den 23. d. M., abends 8 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I.  
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Wegen  
der Wichtigkeit derselben ist es notwendig, daß sämtliche Kollegen er-  
scheinen. Mitgliedsbuch legitimiert. 180/14  
Die Ortsverwaltung.

**Restaurant „Hungriger Wolf“ Strausberg II.**  
Gerechlich an Wald und Wasser gelegen. — Tanzsaal, Regeldahn,  
Kaffeeküche.  
Es ladet die geachteten Kundgänger, Vereine und Radfahrer ergebenst ein  
Paul Carow.

Verein für Frauen u. Mädchen  
Schönebergers u. Umgegend.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Mitglied Frau  
**Ida Buchholz**  
geb. Krauso  
am Sonnabend ganz unerwartet  
verstorben ist.  
Die Beerdigung findet heute  
Mittwoch, den 21. d. M., nach-  
mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
halle des Schöneberger Friedhofes,  
Nagelsstr. aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
Treffpunkt für Mitglieder 4 1/2 Uhr  
Nag- und Eberhagen-Platz.

**Arbeiter-Raucher-Bund**  
Berlins und Umgegend.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß am 18. August das Mitglied  
**Eduard Kühnel**  
aus Klud „Sumatra“ verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 21. August, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Dom-Kirchhofes, Wille-  
straße 72/73, aus statt.  
3/10 Der Vorstand.

Allen Verwandten, Freunden  
und Bekannten hiermit die trau-  
rige Nachricht, daß unsere liebe  
Tochter  
**Anna Döring**  
nach kurzen schweren Leiden im  
Alter von 23 Jahren sanft ent-  
schlafen ist.  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 22. August, nach-  
mittags 6 Uhr, von der Leichen-  
halle des Marien- und  
Andreas-Kirchhofes in Wilhelm-  
berg aus statt. 23976  
Um hilfes Beileid bitten  
Im Namen der Hinterbliebenen  
**Bernhard Döring u. Frau.**

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise inniger  
Teilnahme und die großen Kranz-  
spenden bei der Beerdigung meines  
liebdevollen Vaters, unseres sorg-  
samen Vaters, des Gastwirts  
**Gustav Rotheiler**  
sagen wir allen Verwandten, Freun-  
den und Bekannten, insbesondere dem  
Gesangsverein „Treu und fest“ und  
dem Taubstummengereinen Columba  
unseren herzlichsten Dank. 23926

**Witwe Martha Rotheiler**  
nebst Kindern.  
**Dankfagung.**  
Allen Freunden, Genossen und Be-  
kanten den innigsten Dank für die  
zahlreiche Beteiligung bei dem Be-  
gräbnis meines lieben Mannes, des  
Schraubendrehers 23888  
**Wilhelm Ernst.**  
Frau Karoline Ernst.

**Dankfagung.**  
Allen Verwandten und Freunden  
sowie den Genossen des zweiten Wahl-  
vereins, insbesondere der 6. Abteilung  
des Gastwirtsverbandes, dem Verein  
„Kreuzberger Harmonie“ und dem  
Personal der Firma A. Schulze sagen  
wir hiermit für die herzliche Beteiligung  
bei dem Begräbnis meines lieben  
Vaters, unseres Vaters und Sohnes  
des Gastwirts **F. Seidel** unseren  
aufrichtigen Dank. 57262  
Frau Anna Seidel  
nebst Kindern und Mutter.

**Dankfagung.**  
Für die herzliche Teilnahme bei der  
Beerdigung meines lieben Mannes  
sage ich allen Freunden und Be-  
kanten, insbesondere seinen Kollegen  
der Firma Kahn meinen innigsten Dank.  
**Hwe. Auguste Weinberg**  
nebst Kindern. 57242

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise aufrichtiger  
Teilnahme und die reichen Kranz-  
spenden bei der Beerdigung meiner  
lieben Frau und unserer guten  
Mutter sagen wir auf diesem Wege  
allen Verwandten, Bekannten, Freun-  
den und Genossen unseren herz-  
lichsten Dank. 57262  
**Wilhelm Starke** nebst Kindern.

**Dankfagung.**  
Für die zahlreiche Beteiligung und  
die vielen Kranzspenden bei der Be-  
erdigung meines lieben Mannes,  
unseres guten Vaters sagen wir hier-  
durch allen Verwandten, Freunden  
und Bekannten, insbesondere den  
Kollegen der Firma Spatzler unseren  
herzlichsten Dank. 57232  
**Berta Schnabel** nebst Kindern.

**Dankfagung.**  
Für die zahlreiche Beteiligung und  
die vielen Kranzspenden bei der Be-  
erdigung meines lieben Mannes,  
unseres guten Vaters sagen wir hier-  
durch allen Verwandten, Freunden  
und Bekannten, insbesondere den  
Kollegen der Firma Spatzler unseren  
herzlichsten Dank. 57232  
**Berta Schnabel** nebst Kindern.

**Dankfagung.**  
Allen Kollegen und Bekannten für  
die Teilnahme bei der Beerdigung  
meines Mannes  
**Franz Baumbach**  
meinen herzlichsten Dank. 57272  
Elisabeth Baumbach geb. Duggert.

**Braatz' Amerikanischer Affen-Zirkus**  
a la Brockmann.  
Am Prenzlauer Tor.  
Täglich: Gr. Vorstellung 8 1/2 Uhr.  
Nur am Sonntag, Feiertag, Mit-  
woch u. Sonnabends nachm. 4 Uhr  
Extra-Kinder- u. Familien-Vorstellung.

Ihren Gesperrten  
**August Weisheit**  
und seiner Frau zur heutigen  
jubiläumlichen Hochzeit ein donnerndes  
Goch 1 57292  
Die Genossen der 8. Gruppe  
Charlottenburg.

**Sozialdemokrat. Wahlverein**  
Charlottenburg.  
Den Mitgliedern hiermit zur  
Nachricht, daß unser Genoffe, der  
Vrzt  
**Dr. Ludw. Friedländer**  
infolge eines Unfalles plötzlich  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute,  
Mittwoch, mittags 1 Uhr, auf dem  
Friedhof der jüdischen Gemeinde  
in Weihenfelde statt.  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
Wilhelmsruh u. Umg.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Genossen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Schlosser  
**Viktor Kurgaß**  
im Alter von 50 Jahren ge-  
storben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 22. August, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Stralower-Krankenhanfes  
aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet.  
222/8 Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Schlosser  
**Viktor Kurgaß**  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 22. August, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Stralower-Krankenhanfes  
aus nach dem neuen Razarer-  
Kirchhof in Reinickendorf statt.  
Rege Beteiligung wird erwartet.  
147/5 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Drucker  
**Hermann Friebe**  
am 19. d. M. gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 22. August, nach-  
mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
halle des Thomaskirchhofes in  
Nikdorf, Hermannstraße, aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
+147 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Dreher  
**Rudolf Zuleger**  
am 17. August an Herzleiden ge-  
storben ist.  
Ehre seinem Andenken.  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 21. August, nach-  
mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
halle des Dom-Kirchhofes in der  
Willestraße aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Zentralverband der Töpfer**  
Deutschlands.  
Filiale Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Am Sonntag, den 18. August,  
verstarb nach langen Leiden der  
Kollege  
**Ferdinand Blechschmidt**  
(Beide: Pantom)  
im Alter von 32 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 22. August, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Panower Kirchhofes in  
Schönholz aus statt.  
200/1 Der Vorstand.

**Dankfagung.**  
Allen Kollegen und Bekannten für  
die Teilnahme bei der Beerdigung  
meines Mannes  
**Franz Baumbach**  
meinen herzlichsten Dank. 57272  
Elisabeth Baumbach geb. Duggert.

**Haben Sie Stoff?**  
Ich bringe davon Anzug od. Paletot  
nach Mass, schick, dauerh. Zeitan.  
von 20 Mark an. Moritz Laband,  
Oranienburger Strasse 4, I.



# Nicht Schnur und Plombe

sind sichere Zeichen dafür, daß Sie den echten „Kathreiner“ bekommen, sondern am Kneipp-Bild und dem Namen „Kathreiner“ können Sie ihn erkennen. Es sind unzählige Nachahmungen im Handel, die, um das Publikum zu täuschen, dem Kathreiner-Paket so ähnlich als irgend möglich gemacht werden. Weisen Sie alle solche Nachahmungen zurück! Wenn Ihr Kaufmann den echten „Kathreiner“ nicht hat, dann schreiben Sie wegen Angabe einer Bezugsquelle an Kathreiners Malzkaffee-Fabriken G. m. b. H., München.

# Phänomenen-

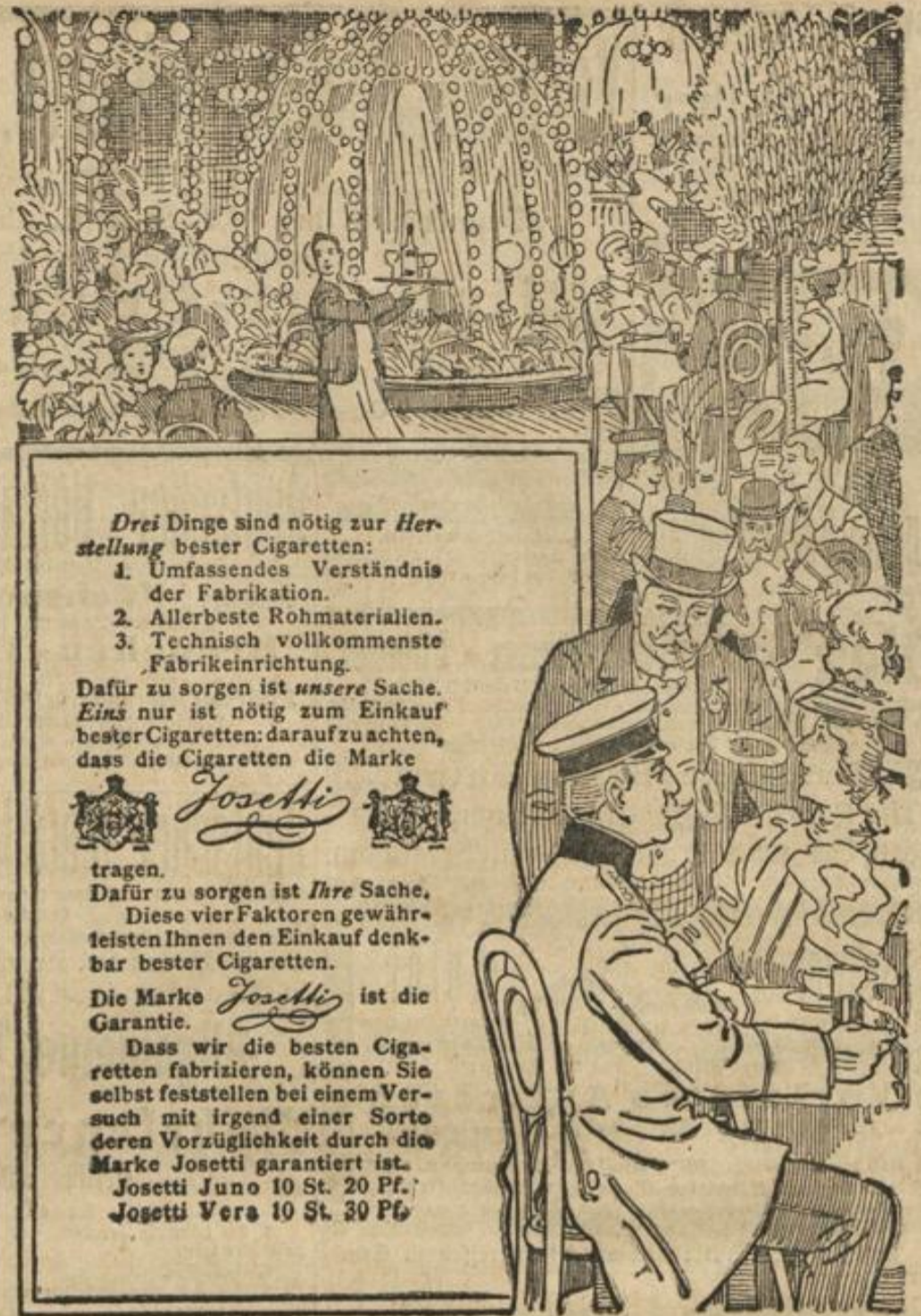
Nach **Egyptischer Art** hergestellt.



**Zigaretten** feinste Handarbeit.

**Zigarettenfabrik „NAMKORI“**

**Gardinen-Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
Berlin, Oranienstr. 158  
**Riesen-Auswahl!**  
Gardinen, Portieren, Stores, Vitrageen, Tüll-Bettdecken etc.  
Einzelne Fenster spottbillig!  
Pracht-Katalog mit ca. 600 Abbildungen gratis und franko.



**Drei Dinge sind nötig zur Herstellung bester Cigaretten:**

1. Umfassendes Verständnis der Fabrikation.
2. Allerbeste Rohmaterialien.
3. Technisch vollkommenste Fabrikinrichtung.

Dafür zu sorgen ist **unsere Sache**. Eins nur ist nötig zum Einkauf bester Cigaretten: darauf zu achten, dass die Cigaretten die Marke **Josetti** tragen.

Dafür zu sorgen ist **Ihre Sache**. Diese vier Faktoren gewährleisten Ihnen den Einkauf denkbar bester Cigaretten.

Die Marke **Josetti** ist die Garantie.

Dass wir die besten Cigaretten fabrizieren, können Sie selbst feststellen bei einem Versuch mit irgend einer Sorte deren Vorzüglichkeit durch die Marke Josetti garantiert ist.

**Josetti Juno 10 St. 20 Pf.**  
**Josetti Vera 10 St. 30 Pf.**

**Jedes Wort 10 Pfennig.**  
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

# Kleine Anzeigen

**ANZEIGEN**  
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

## Verkäufe.

**Teppiche** mit Farbenlehren Fabrikniederlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. kein Laden. Neuerholl. +1  
**Teppichdecken** billigst Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. +1  
**Gardineband** Große Frankfurterstr. 9, parterre. kein Laden. Neuerholl. +1  
**Fahrräder** Teilzahlungen. Inhalbtenstraße 20, Stallgerstraße 40. \*  
**Frauenfahrrad**, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstr. 36b. 2515R\*  
**Teppiche!** (Seilerbaste) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Gabelstr. Markt 4, Bahnhofs Börsen. 2611R\*  
**Teppichdecken** spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstr. 60. 2167R\*  
**Mittelschiffes** • Einrichtungen, Möbel, Kasse, Wagen, Gemälde, Rahmen, Drechseln, Leinwand, Regale, billig, Rohmannstraße 27. \*  
**Ringelstichen** 18,00, Brinzenstraße 77.  
**Wandteppichhaus!** Hermannplatz 16b. Politisch konfessioniertes Teppichhaus! Jedermann empfehlenswerte Einkaufsquelle! Extrabilliger Seideneinfach, Kunstseidenstoffe, Leinwand, Brautbetten, Vermietungsbett, Bettwäsche, Bettinette, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Teppichdecken, Tischdecken, Pflanzentöpfe, Nähmaschinen, Uhrenverkauf, Goldschmuck, Schmuckwaren, Festgeschenke, hoch-elegante, spottbillige Badestanzüge, Sommeranzüge, Sommerpaletots, Sonntags ebenfalls geöffnet. +116\*  
**Fahrräder**, National, Qualitätsmarkt. Kleine Abzahlung. Rosenhallerstraße 19. 2219R\*  
**Läden Baumaterialien**, gebrandete und neue, wie: Kaminholz, Bretter, Latten, Leisten, Türen, Fenster, Dachpappe, in größter Auswahl billigst. Patenstraße 2 (am Hermannplatz). 1931R\*  
**Nähmaschinen**. Zahl höchste Vergütung. Alle erstklassigen Systeme. Kleinste Abzahlung. Grada, Rosenhallerstraße 19, Filiale: Chorinstraße 26. 2220R\*  
**Nickelpostent** Teppiche, Sofa, und Salomgröße, 4,35, 6,75, 10, 15 Mark. Eine Partie mit kleinen Webmaschinen spottbillig. Teppichhaus Emil Vefevre, Kranienstraße 158. 5339R\*

**Möbelfachende!** Nach wie vor nur „Grüner Weg 81“ vollständige Einrichtungen, enorm riesige Auswahl, Sofa, Trumeau, Bettstellen reelle Matrassen, bekannt billigst, genau Hausnummer „81“ achten! Wohnhll.  
**Grüntrange** mit oder ohne Aufschrift billig veräußert Remelerstraße 59B. +121  
**Restaurant**, gutgehend, 7 Jahre in einer Hand, sofort zu verkaufen. Große Räume, 1400 Mark Miete. Monatlich 64 Halbe Bagette, 14 Halbe Weißbier. Rindorf, Uferstraße 119.  
**Kaube**, Krepton, Garten mit Bäumen, Sträuchern verkauft Brahm, Alte Jakobstraße 120b. 2398R\*  
**Brautkleid!** Komplette Einrichtungen kolossal billig. Bunte Mädchen 58,00, Spiegelveritto 48,00, Leinwand 50,00, Kissenbetten 22,00, Schlafzimmer, Chausseestrasse 48, Möbelreicher Tischowh. 2396R\*  
**Grüntrange** verkauft Meinerbeerstraße 7. +141  
**Zigarrengeschäft**, schöne Wohnung, Völgelstraße 21. +97  
**Restauranter** mit vielen Zimmern zu verkaufen. Brauerei hll. Köberes Engel, Mariannenstraße 41. Hof I.  
**Kolonialwaren-Geschäft**, kleines, gangbares, wegen Verheiratung preiswert veräußert Fruchtstraße 4.  
**Kinderbett**, Gasöfen, billig, Rauholz, Junkerstraße 7. 2390R\*  
**Kinderwagen** billig zu verkaufen, Hübener, Grünbergerstraße 7. +145  
**Hermödorf**, Seestraße, am Riech grenzende zehn Grundstücke mit Viele werden jetzt billig verkauft, Quadrat-rat 25 Mark, im ganzen billiger. Joachim, Brunnenstraße 95. 2400R\*  
**Kolonialgeschäft**, Wilsdorfkauf, 900 Mark mit Warenbestand, Vorkosten, Simpsonstraße 24. +145  
**Commerpaletots**. Monatsanzüge wenig getragen, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Jürstgenzell, nur Rosenhallerstraße 10. Fernsprecher Amt III 5117. 2611R\*  
**Monatsanzüge** und Sommerpaletots von 5,00, Polen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Frack von 2,50, sowie für torquente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Handarbeiten verarbeitete Sachen kauft man am billigsten bei Rog. Wilsdorfstraße 14. 2394R\*

**Entscheidende Blasen, Kostümröde**, Staubmäntel, selbstgeleitet, verkauft spottbillig Rittauer, Brunnenstraße 4. Keine Ladenmiete. 2366R\*  
**Vitauer** Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Reparaturen billig. Wienerstraße 1-6, Barshauerstraße 67, Uferstraße 111.  
**Krautstraße** 50 Möbel, Spiegel, Polsterwaren spottbillig, Möbelreicher Saalfeld. 2395R\*

## Verschiedenes.

**Volkstänzer** • Gesellschaft Max Schmelzer, Steinhilberstraße 67. 497  
**Volkstänzer** • Gesellschaft Anke, Schweinmünderstraße 17. 490\*  
**Gelbholz**, Komiker, Groppiusstraße 6. 2435R\*  
**Verst** die Muttersprache beherrschend! Erfolgreich, leicht fasslichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gesällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.  
**Varentanwall** Bessi, Wilmmerstraße 94a. 2555R\*  
**Platinabfälle**, Gold, Silber, Gebisse, Rehring, alte Uhren, sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände kauft Gold- und Silberschmelze Köpferstraße 29. 6015\*  
**Volkstduett** Bogdanowh, Gaudystraße 16. +51\*  
**Gesangsclub** sucht zu laufen Männer-Gesangsverein „Soni-halli“, Boedstraße 7, bei Len. 2631R\*  
**Stanol**, Kupfer, Rehring höchstzahlend Leow, Breunlerstraße 56.

## Vermietungen.

**Wohnungen.**  
**Umständlicher** Etage und Küche zum 1. September bis Oktober freiwohnen. Näheres bei Darlung, Hermannstraße 35, vorn II. +150  
**Schlafstellen.**  
**Schlafstelle**, freundliche, für zwei Herren Komitenerstraße 24/25, Unergebäude III rechts. +121\* 29519\*

**Zwei** Schlafstellen Petersburgerstraße 75, S. Heinrichs. +121  
**Schlafstelle**, Herren, Streckerstraße 28, vorn II, Berstow. +91

**Mietsgesuche.**  
**Zwei** Brüder suchen möbliertes Zimmer oder Schlafstelle (Friedrichshamn, Alexanderplatz). „Typograph“, Postamt 18. 2401b

## Arbeitsmarkt.

**Stellengesuche.**  
**Zitherpieler** sucht für Abends Beschäftigung im Restaurant oder Café. Offerten P. S. Filiale Expedition Rebellstraße. 2366b  
**Stellenangebote.**  
**Bauschloffer**, selbständige, verlangt Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. +129\*  
**Handreinigung** gegen Stube und Küche an saubere Leute, Frankfurter Chaussee 144 I. 2632R\*  
**Schloffergeissen** auf Güter und Schausenker verlangen Wille u. Engwer, N. Lucinerstraße 3. +81  
**Verküperer** verlangt Rehring, Rantewitzstraße 13. 2387b

**Im Arbeitsmarkt** durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

**Kleber** 101/6 werden verlangt im Arbeitsmarkt der „Freier Vereinigung“ der Tapezierer Berlins“, Schützenstr. 18/19.

Für das vom 1. Oktober 1907 ab wöchentlich in Berlin erscheinende Jahrbuch des Verbandes der Freien Gast- und Schankwirte Deutschlands „**Freier Gastwirt**“, wird ein **ständiger Redakteur** gesucht. Eintritt möglichst 1. Oktober 1907. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen sind bis spätestens 4. September 1907 an den Vorsitzenden des Ausschusses, Heinrich Ostfeldt, Hamburg 23, Friedrichsbergstr. 16, zu richten. Der Vorstand.

**Arbeitersekretär** gesucht.  
Für das Arbeitersekretariat Offen-Ruhr wird baldmöglichst ein tüchtiger Sekretär gesucht. Gehalt nach Uebereinkunft. Bewerbungen mit Angaben über die bisherige Tätigkeit und mit einer Probearbeit werden bis zum 1. September er. erbeten.  
**Wilh. Wohlsein**, Offen, Oberdorfstr. 155.

**Tüchtige** Drahtweber werden fürs Ausland gesucht. Reisevergütung und guter Lohn. Deutsch wird gesprochen. Offerten an A. 2 an die Expedition des „Vorwärts“. 59/30\*

**Korbmacher**  
stellen sofort ein, auch auf Beschäftigung, bei Telearbeit. Verdienst 40-60 M. pro Woche. **Calm & Ahlfeld**, Bernburg. 56/19\*

**Lehrmädchen**  
mit guter Schulbildung bei monatlicher Vergütung für unsere Geschäfte der sofort oder später gesucht. Bewerbungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes mittags 1-2 oder abends 8-9 Uhr. 56842\*  
**A. Jandorf & Co.**, Bellealliancestr. 1-2.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Zahlstelle Berlin.  
Bogen Streit und Differenzen sind gelöst:  
für **Tischler Winkler & Nots**, Planufer 92b.  
für **Bergolder u. Leistenpöllerer** die Firma **Hackensen**, Ritterstraße 47.  
für **Rodenleger** gelöst der Bau Schillerstr. 121/122, Firma **Mittag**.  
Bau Bahlystr. 3, Firma **Pumplin**.  
Bau der Firma **Petsch**, Rosenhainerstraße, Ude Kupfbauerstraße. **Suzug** erhalten.  
Die **Ordnungsverwaltung**.

**Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.**  
**Zentrum:**  
Frit. Sinte, Rauerstr. 89.  
H. Sahnisch, Auguststr. 50.  
**Westen:**  
G. Schmidt, Bölowstr. 52.  
**Osten:**  
W. Mann, Petersburgerplatz 4.  
R. Wengels, Ruderstr. 3.  
Gustav Vogel, Kopenstr. 83.  
**Nordosten:**  
L. Jucht, Reibstr. 42.  
J. Reul, Barnimstr. 42.  
**Norden:**  
G. Rasche, Uferstr. 36.  
F. Trapp, Steffinerstr. 10.  
Karl Mars, Rügenstr. 123.  
Karl Weiske, Rügenstr. 49.  
L. Dechand, Rügenstr. 24.  
G. Vogel, Vorkingstr. 37.  
H. Tich, Invalidenstr. 124.  
**Nordwesten:**  
Karl Anders, Salzweberstr. 8.  
W. Scholle, Vorkingstr. 29.  
**Südwesten:**  
G. Werner, Gneisenaustr. 72.  
G. Schröder, Vogelbergstr. 27.  
**Süden:**  
St. Frit, Brinzenstr. 31.  
F. Gutschmidt, Rottbuser Damm 8.  
**Südosten:**  
Paul Böhm, Lützowplatz 14/15.  
V. Gorch, Engel-Ner 16.  
**Charlottenburg:**  
G. Schanzberg, Seidenmerstr. 1.  
**Friedrichsberg:**  
C. Geibel, Kronprinzenstr. 50.  
**Rixdorf:**  
M. Heinrich, Redarstr. 7.  
Courad, Hermannstr. 50.  
**Rummelsburg:**  
H. Rosenfranz, Alt-Borghagen 58.  
**Schöneberg:**  
Wilh. Bäumer, Martin Lutherstr. 51.  
**Weißensee:**  
A. Fuhrmann, Seebahnstr. 105.  
Jul. Schiller, König-Chaussee 39.  
**Reinickendorf:**  
P. Gurich, Vorkingstr. 103.  
**Treptow:**  
R. Gramenz, Rieboldstr. 412.



Partei-Angelegenheiten.

Sossen. Wir machen auf die heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Schimke stattfindende Wahlvereinsversammlung aufmerksam. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Braucht Berlin „Bürgerkrankenhaus“? In bürgerlichen Blättern finden wir Betrachtungen über den Vorschlag, den öffentlichen Krankenhäusern besondere Abteilungen für Kranke aus dem „Mittelstand“ zu geben. Professor A. Kutner hat in der „Zeitschrift für ärztliche Fortbildung“ diesen Gedanken erörtert und dabei auf die Stadt Düsseldorf hingewiesen, die ihn in ihren neuen Krankenanstalten bereits verwirklicht habe. Kutner schildert die Entwicklung der öffentlichen Krankenhäuser und ihre fortschreitende Vervollkommnung und sagt dann: „In ihnen ist der Unbemittelte oder das Mitglied der Krankenkasse für eine verhältnismäßig bescheidene Tagesgebühr tatsächlich, soweit die Apparate und Instrumente in Betracht kommen, weitens besser versorgt, als es in irgend einem Privathause möglich ist, aber auch besser, als der gering Bemittelte es sich leisten kann, dem seine Einnahmen nicht gestatten, eine Privat-Klinik aufzusuchen. Der Angehörige des sozialen Mittelstandes, gleichgültig, ob er Kaufmann, Beamter oder Handwerker ist, mag sich weder in den allgemeinen Krankenstall des Hospitals legen, noch ist er imstande, eine Privat-Klinik mit ihren hohen Kosten aufzusuchen. Das gleiche gilt von den Mitgliedern der akademischen Stände, soweit sie auf ihr Gehalt angewiesen sind, wie Richter, Lehrer, Geistliche usw.“ Hier klappt er die Läden der Krankenversorgung. Die Stadt Düsseldorf hat eine vorbildliche Lösung der Frage gegeben. Sie habe bei ihren sämtlichen Krankenanstalten Bürgerfürsorge getroffen, daß „neben den öffentlichen Krankenställen weitere Klassen geschaffen wurden, in denen auch derjenige Bürger versorgt werden kann, welcher, ohne den oberen Reichtum angehören, den Nutzen des Hospitals mit allen seinen Vorzügen für sich in Anspruch nehmen möchte.“ Herr Prof. Kutner rühmt, daß Düsseldorf hiermit dem Grundgedanken Geltung verschafft habe: Jeder Bürger der Stadt hat einen Anspruch auf Krankenhausbehandlung.

Die bürgerliche Presse hat seine Ausführungen zustimmend wiedergegeben. Gleich hinterher hat auch schon ein privates Krankenhaus, das Geschäfte machen will, sich gemeldet und hat durch die bürgerliche Presse bekannt machen lassen, in Berlin werde das Beispiel Düsseldorf sofort Nachahmung finden. Das sogenannte „Ost-Krankenhaus“ in der Tilsiterstraße werde den ersten Versuch dieser Art machen und die Krankenfürsorge für den „Mittelstand“ verbessern, um einem „längst gefühlten Bedürfnis“ abzuhelfen. Die Anstalt habe eine besondere Klasse zu dem „niedrigen Tagespreise“ von fünf Mark eingerichtet; das werde sicherlich die „Empathie des Mittelstandes“ finden. Hingefügt wird die Mahnung, daß auch die öffentlichen Krankenanstalten Berlins solche „Zwischenklassen“ für den „Mittelstand“ einrichten möchten, in denen „der an eine bessere Lebenshaltung gewöhnte Patient für einen seinen Verhältnissen entsprechenden Verpflegungssatz die ihm zukommende Heilbehandlung findet.“ Nun darf dieser „Versuch“ des „Ost-Krankenhauses“ allerdings wohl nicht als ein „erster“ für Berlin genannt werden. Der sich für 5 Mk. oder einen ähnlichen hohen Betrag pro Tag behandeln lassen will, der kann das — wenn wir nicht irren — auch in vielen anderen privaten Krankenanstalten (in Kliniken usw.) haben und sogar in öffentlichen Anstalten, die zwar nicht städtisch sind, aber doch als öffentliche gelten müssen (Charité, Bethanien, Augustahospital usw.). Ob aus der Bevölkerungssicht, die sich gewöhnlich als „Mittelstand“ bezeichnet, so sehr viele in der Lage sind, fünf Mark pro Tag auszuwenden, das möchten wir bezweifeln. Indes, wir gönnen dem „Ost-Krankenhaus“ die Patienten zu fünf Mark — und den Patienten zu fünf Mark das „Ost-Krankenhaus“. Aber mit aller Entschiedenheit müssen wir uns gegen die Forderung wenden, daß auch in unseren städtischen Krankenhäusern „Bürgerabteilungen“ geschaffen werden sollen. Die Schaffung nach Klassen ist kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt. Nur zu leicht führt sie dazu, daß dann der mindestzahlenden Klasse nicht mal das wenige gewährt wird, was man hier heute zuvilligt. Der Beispiele sucht, der geht mal als Kasernenpatient in eine der Privatanstalten.

Wenn dem „Mittelstand“ die öffentlichen Krankenhäuser, so wie sie sind, nicht passen, — ei, dann möge er mit dafür eintreten, daß sie besser werden. Er kann sich dadurch den Dank der Arbeiterbevölkerung verdienen, die sich nichts anderes als diese Krankenhäuser leisten kann, sie aber deshalb noch lange nicht über allem Zweifel erhaben ansieht. Für die Krankenhäuser gilt das gleiche, was für alle öffentlichen Einrichtungen gilt: man fördert ihre Vervollkommnung nicht dadurch, daß man dem „besseren“ Publikum eine Extraversion anrichtet. Das Verständnis für die Mängel einer Einrichtung stellt sich sehr rasch ein, wenn man selber unter ihnen zu leiden hat.

Die ersten Blätter fallen! Wie wenige in der Grognaat merken die ersten Vorboten. In der Hast nach Erwerb achtet man nicht auf Kleinigkeiten, die unsere Interessen nicht berühren. Draußen auf dem Lande tritt die allmähliche Veränderung in der Natur deutlicher vor Augen. Wenn der Wind über die Haferstoppeln weht, dann meldet sich der Herbst an, lautet die Regel der Bauern. Ja, die Stoppelfelder!

Wo ehemals, kurz vorher, weite Kornfelder wie Meereswogen hin und her wogten, wo Kornblumen, Rittersporn, Kornrädchen und Moha in bunter Fülle blühten, starrt jetzt kurze, stumpfe, kahle Stoppeln empor. Leise Betrachtungen steigen in uns auf, über das Verderben und Vergehen im Reiche der Natur.

Aber auch in dem Häusermeer der Großstadt, mit ihren endlosen Asphaltstraßen, kann man bei offenem Blick das Nagen des unfreundlichen Gefelles fühlen. In den Parks und Straßen sammeln Männer mit Besen und Rechen Raub zusammen, gelbes, braunmrandertes Laub.

Der Tod hat die ersten Blätter geknickt. Aus der Menge ihrer Schwärmer fliegen sie herab, weiß, krank, sterbensmüde, in den Straßenlat. Bald folgen andere nach. Ein einziges, großes Rosenherben. Zwar steht die Sonne noch im Zenith ihres Glanzes, aber bald wird die Luft schwächer und schwächer werden, bis die Herbststürme an unseren Fenstern rütteln und den Winter ankünden.

„Wir haben ja noch so viel Platz!“

Wann kann ein Kranker, der in einem der Krankenhäuser unserer Stadtgemeinde Aufnahme begehrt, es erleben, daß er abgewiesen wird? Im Rathause beantwortet der Magistrat diese Frage regelmäßig unter Zustimmung der freisinnigen Stadtverordnetenmehrheit dahin: Abgewiesen wird eigentlich wohl kein Kranker, wenigstens keiner, der wirklich und ernstlich krank ist; wem's aber doch passiert, daß man ihm die Aufnahme verweigert, ja, der ist eben noch nicht richtig krank.

So oder ähnlich lauteten die Erklärungen, die von dort aus in die Bürgerkassen hinausposaunt wurden, wenn in der Stadtverordnetenversammlung die sozialdemokratische Fraktion wieder einmal die Krankenhäuser zur Sprache gebracht hatte. Aber prompt wurde dann von unseren Genossen der Nachweis geführt, daß in den Krankenhäusern der Stadt Berlin die Begriffe „ernstlich krank“ und „Krankenhäuserbehandlung dringend bedürftig“ manchmal ganz merkwürdig eng umgrenzt werden. Sie

müssen so eng umgrenzt werden, weil bei wachsendem Zudrang von Kranken die Krankenhäuserleitungen genötigt sind, eine immer strengere Auswahl unter den Aufnahmefähigen zu treffen, um womöglich immer noch etliche Betten frei zu behalten.

Seit einiger Zeit läßt nun die Krankenhaus-Deputation sich statistische Berichte über die Abweisungen vorlegen. Diese Statistiken geben nicht nur die Zahl der Abweisungen an, sondern vor allem auch die Gründe, aus denen die Abweisung erfolgte. Seit Einführung dieses Brauches, die der Anregung eines sozialdemokratischen Mitgliedes der Krankenhausdeputation, unseres Genossen Singer, zu danken ist, weiß man genau, wie verblüffend oft die Krankenhäuserleitungen die Krankenhäuserbehandlung als „nicht erforderlich“ oder mindestens die Aufnahme als „nicht dringend“ zu bezeichnen lieben. Und auch das geht aus den Statistiken unwiderleglich hervor, daß daneben immer noch zahlreiche Abweisungen bleiben, bei denen selbst die Krankenhäuserleitungen erklären müssen, hier sei für die Aufnahmefähigen einfach „kein Platz“ gewesen.

Eine Abweisungsstatistik, die die Monate Januar bis März 1907 behandelt, ist kürzlich den Mitgliedern der Krankenhausdeputation zugegangen. Von befreundeter Seite ist uns Einblick in diese Statistik gewährt worden. Wir erfahren aus ihr, daß in den drei Monaten in allen Krankenhäusern der Stadtgemeinde 2062 Abweisungen erfolgten. Als Grund der Abweisung ist angegeben: 179mal „Krankenhausbearbeitung nicht erforderlich“, 171mal „ungeeignet wegen der Krankheitsform“, 1500mal „Aufnahme nicht dringend“, 43mal „Trunksucht“, 169mal „kein Platz“. Daß 169mal „kein Platz da war“, das wird vielleicht manchem als nicht so sehr schlimm erscheinen. Wir bitten aber, daneben die überaus große Zahl der Fälle zu beachten, in denen die Aufnahme „nicht dringend“ gewesen sein soll. 1500mal wird das als Grund angegeben! Hier darf nicht vergessen werden, daß sicherlich fast jedem dieser 1500 Abgewiesenen von einem ihn schon behandelnden Arzt bescheinigt worden war, die Aufnahme sei dringend notwendig. Nur der behandelnde Arzt kann über die Frage der Dringlichkeit urteilen, weil nur er die Wohnungs- und Pflegeverhältnisse seines Patienten kennt. Aber die Krankenhäuser, die sich hierüber schwerlich ein zutreffendes Urteil bilden können, haben dennoch 1500mal dekretiert: „Aufnahme nicht dringend“. Angesichts der außerordentlichen Höhe dieser Zahl darf man überzeugt sein, daß in die Rubrik „nicht dringend“ alles hineingestopft worden ist, was sich nur irgend hineinstopfen ließ. Da werden dann die 169, bei denen die Angabe „kein Platz“ gemacht wurde, wahrscheinlich schon zu den Schwerverkranken gehört haben.

Es verdient übrigens hervorgehoben zu werden, daß trotz weitester Fassung des Begriffes „Aufnahme nicht dringend“ immer noch diese 169 übrig geblieben sind, bei denen das offizielle Geständnis abgelegt werden mußte: für sie war „kein Platz“ da. Wir wollen indes nicht verschweigen, daß nach Erklärungen, die im Rathause abgegeben worden sind, selbst dieses offizielle Geständnis noch kein Beweis für wirklichen Platzmangel sein soll. Als im vorigen Jahre in der Stadtverordnetenversammlung unser Genosse Dr. Wehl, der gleichfalls in der Krankenhausdeputation sitzt, die Abweisungsstatistik aus dem Winter 1905/06 besprach und besonders auf die Rubrik „kein Platz“ hinwies, erbot sich der Herr Oberbürgermeister und erzählte mit der harmlosesten Miene von der Welt, Platz sei ja immerhin noch da gewesen, aber allerdings nicht für die Abgewiesenen, sondern für die „noch dringenderen Fälle“, die etwa noch kommen konnten. Gegen solche „Beweisführung“ läßt sich dann freilich nicht mehr antämpfen.

Zum Winterfahrplan der Stadt- und Vorortbahnen ist noch nachzutragen, daß auf der Wannesebahn vier neue Züge zwischen Berlin und Steglitz verkehren werden, nämlich ab Berlin 8,05 und 8,15 und ab Steglitz 8,25 und 8,35 abends. Auf der Strecke Berlin-Potsdam noch wie in früheren Jahren während der Zeit der Winter-Vergnügungen (1. Dezember bis Ende April) der Nachzug ab Berlin 1,45, an Potsdam 2,30, ab Potsdam 2,30, an Berlin 3,01 nachts eingelegt werden. Ebenso auf der Groß-Lichterfelder Vorortstrecke ab Berlin 1,45 nachts, ab Groß-Lichterfelde-Ost 2,05 nachts; übrigens hat sich hier infolge der Verkehrszunahme die Einführung des 20-Minutenverkehrs bis 1,05 nachts erforderlich gemacht, und es sind daher in beiden Richtungen je zwei Züge (ab 12,25 und 12,45) neu eingelegt worden. Wegen Inbetriebnahme des neuen Abstellbahnhofes für die Stadtbahnzüge am Bahnhof Grunewald und der infolgedessen eintretenden Umstationierung der Wagenzüge wird eine ganze Reihe von Zugänderungen zwischen Grunewald-Charlottenburg-Westend und Halensee eintreten. Die neuen Züge Berlin-Tegel sind nicht, wie irrtümlich mitgeteilt, Nachzügige, sie verkehren ab Berlin 8,40 vorm. und ab Tegel 10,13 vormittags. Neben dem neuen Zuge Berlin-Hermsdorf (ab 6,05 abends) wird noch ein zweiter Abendzug in umgekehrter Richtung (ab Hermsdorf 7,00) verkehren.

Ueber das Projekt der Kreis-Ringsbahn Groß-Berlin wird mitgeteilt, daß mit dem Bau der Strecke Berlin-Kummelsburg-Friedrichsfelde-Biesdorf-Kaulsdorf-Rahlsdorf-Süd-Königsplatz-Dahlwitz-Klein-Schönebeck-Schöneiche-Kollberge begonnen werden wird, sobald die grundsätzlich zugesagte Unterstützung der beteiligten Gemeinden formell erfolgt. Es wird beabsichtigt, die etwa 20 Kilometer lange Bahnstrecke Berlin-Kummelsburg-Kollberge als normalspurige, eingleisige Bahn, zunächst mit Dampf, nach voller Fertigstellung mit elektrischem Betrieb auszubauen. Bei Königsplatz wird die Bahn die neu gelegte Straßenbahn Köpenick-Rahlsdorf überkreuzen oder unterfahren; auf der gesamten Strecke sollen Straßenniveaubergänge vermieden werden. In Berlin wird sich die Bahn dem zu erbauenden Untergrundbahnneze dezent anschließen, daß die Personen nicht zum Umsteigen an einzelnen Uebergangspunkten genötigt sind, sondern direkt ihrem Ziele durch ganz Berlin zugeführt werden. Als Hauptbahnhof ist der alte Ostbahnhof gedacht. Die Finanzierung des Unternehmens ist durch einige Großbanken gesichert; die anliegenden Gemeinden haben kostenlos das erforderliche Terrain herzugeben und sich ferner mit einem Drittel der Bahnbaukosten an dem Unternehmen zu beteiligen.

Darf ein Staatsanwalt angekrast die Berliner Straßenhändler als Subalterne, Unschöne und ähnliches Gefindel bezeichnen?

Diese Frage beschäftigte am Montag eine stark besuchte Versammlung der Straßenhändler. Der Referent Wieloch wies diese Beleidigung, die eine nach Rechnungszahlen zählende Kategorie steuerzahlender Bürger trifft, energisch zurück. Er machte darauf aufmerksam, daß es überall in der Gesellschaft zweifelhafte Charaktere gibt, daß aber deswegen kein Stand aus solchem Grunde verächtlich behandelt werden darf. Der Straßenhändler habe ein schweres Los; aus winzigen Beträgen setzt sich sein Verdienst zusammen und er dürfe nicht müßig sein, wenn es um seinen Lebensunterhalt reichen solle. Mit welchem Rechte wage ein Staatsanwalt, diese Leute, die sich ehrlich durchs Leben schlagen, zu beschimpfen? — In demselben Sinne bewegte sich die sehr lebhaft geführte Diskussion. Allgemein gab sich die größte Entrüstung kund. Der Händler Franke trat auf und legte seine Sache dar. Ein Post-angehülter legte öffentlich Verwahrung dagegen ein, daß man seinen Schwager, der als Krüppel vom Straßenhandel lebt, zu den

Subalternen rechne. Händlerinnen waren ebenfalls zahlreich in der Versammlung anwesend und unterstützten den Protest. Die freie Vereinigung der Straßenhändler beschloß, eine Beschwerde bei der Oberstaatsanwaltschaft einzureichen und zu verlangen, daß Dr. Lehmann seine Beleidigung öffentlich zurücknimmt. Die Versammlung stimmte dieser Anführung des Referenten lebhaft zu.

Ein Unglücksfall auf der Stadtbahn ereignete sich vorgestern auf dem Bahnhof Weußelstraße. Der Tischler Friedrich Karusch aus der Koloniestr. 134 hatte seine kranke Schwester besucht und als er wieder nach dem Gesundbrunnen in einem Nordringzuge zurückfuhr, stieg er irrtümlicherweise bereits auf der Station Weußelstraße aus. Als er den Trium bemerkte, wollte er schnell wieder in das Coupé einsteigen. Der Zug hatte sich aber schon wieder in Bewegung gesetzt und M. kam zu Fall. Er blieb mit den Beinleidern am Trittbrett hängen und wurde eine ganze Strecke mitgeschleift. Der linke Fuß, der zwischen die Bahngleise fiel und das Trittbrett geraten war, wurde fast vollständig zermalmt. Auf der nahen Unfallstation erhielt der Schwerverletzte die erste ärztliche Hilfe.

Im Evadokium auf der Straße. Ungewöhnliches Aussehen verursachte Montagabend ein Vorkal in der Gerichtstraße. Die wohnungslose Ehefrau Emma Birch, die sich in der Nähe des Parks aufgehalten hatte, begann plötzlich auf offener Straße sich zu entkleiden. Ein Kleidungsstück nach dem anderen warf sie auf die Straße und schließlich fiel auch die letzte Hülle. Nur mit Mühe gelang es, die B. wieder notdürftig anzukleiden, da sie sich heftig zur Wehr setzte. Sie wurde alsdann in Polizeigewahrsam genommen.

Die Chronik der Verschwundenen weist heute wieder mehrere Fälle vermischter Frauen und junger Mädchen auf. Seit dem vergangenen Donnerstag ist die 24jährige Näherin Emilie B. aus der elterlichen Wohnung, Oberbaumstraße, verschwunden. Es wird berichtet, daß sich das junge Mädchen das Leben genommen hat. Vor ihrem Enternen äußerte die B. Selbstmordabsichten. — Das Opfer eines Unglücksfalles ist anscheinend die 45jährige Ehefrau Marie Jachlaff aus der Wilhelmstr. 18 geworden. Frau J. wird ebenfalls seit einigen Tagen vermisst. — Verschwunden ist ferner die 19 Jahre alte Elise Hollmann, die bei den Eltern in der Christianiastr. 111 wohnte. Auch in diesem Falle wird ein Unglücksfall vermutet. — Seit 14 Tagen verschwunden ist die 17jährige Charlotte Schölldorf aus der Stalauerstr. 44.

Von einer Automobilbrosche überfahren wurde am Montagabend der 30jährige Rohrlager Franz Fehner. Selbstiger war im Begriff, die Linienstraße zu überqueren, als ein daherkommendes Automobil ihn erfasste und überfuhr. Er erlitt eine schwere Gehirnerschütterung und wurde in bewußtlosem Zustand nach Anlegung eines Notverbandes ins Krankenhaus gebracht.

Bei einem Zusammenstoß zweier elektrischer Straßenbahnwagen auf dem Alexanderplatz wurden gestern abend in der neunten Stunde drei Personen schwer verletzt.

Der am Sonntag im Tegeler See ertrunkene junge Mann ist, wie berichtet wird, der 21jährige Architekt Habermann aus Thüringen, der sich hier Studien halber aufhielt.

Am Sonnabend ist bei dem Sommerfest der Schönhauser Vorstadt im Prater ein silbernes Armband mit Photographie verloren worden. Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe in der Expedition Wars, Zehnerstr. 123 abzugeben.

Arbeiter-Samariterkolonne. Donnerstagsabend 9 Uhr: 3. Abteilung für Schöneberg bei Obst, Weiningerstr. 8; 4. Abteilung für Nichtenberg-Kummelsburg bei Lindener, Grünbergerstr. 10. Vortritt in beiden Abteilungen über Krankenpflege und Transport Verunglückter und Erkrankter. Daran anschließend praktische Übungen. Neue Mitglieder können jederzeit eintreten. Gäste haben einmaligen freien Zutritt.

Ein wertvolles Reibkissen mit Portemonnaie und Geld hat am Montagabend 8 Uhr ein Passant in der Lindenstraße verloren. Der Finder desselben wird gebeten, dasselbe bei Kruschwitz, Brückenstraße 6a 3 Treppen, abzugeben.

Feuerwehrbericht. Die 2. Kompanie hatte längere Zeit in der Ringstr. 22/24 zu tun. Dort war im Speck-Kaloff Feuer ausgekommen. Die Flammen hatten an Papierabfällen usw. in einem Keller reiche Nahrung gefunden. Es gelang den Brand, der enormen Qualm entwickelte, auf den Papierkeller zu beschränken. Ein zweiter Kellerbrand beschäftigte die Wehr in der Admiralstraße 2. Stroh, Packmaterial, Schaldecken usw. brannten dort. Ein dritter Kellerbrand, dem Hausrat zum Opfer fiel, mußte in der Gr. Frankfurterstr. 106 gelöscht werden. Der 15. Zug hatte in der Perlebergerstr. 26 mit der Löschung eines Wohnungsbrandes zu tun. Pechlohen brannten in der Bahmannstr. 11 und an anderen Stellen. Ferner mußte die Wehr Jägerstr. 65 und an anderen Orten Hilfe leisten und Tiere aus Kollagen befreien.

Vorort-Nachrichten.

Die Teltower Industriebahn

wird noch im Laufe des Herbstes teilweise fertiggestellt und in Betrieb genommen werden. Die Bahn, deren Herstellung 390 000 Mk. erfordert, erschließt die noch unbebauten Gelände am Teltowkanal und verbindet dieselben mit der Anhalter Bahn. Voraussichtlich wird die Industriebahn durch Verlängerung bis zur Dabliener Brücke Anschluß an die Groß-Lichterfelder Kleinbahn erhalten. Ob die neue Industriebahn vom Kreise Teltow übernommen wird, steht noch nicht fest, wenn auch diesbezügliche Bestrebungen im Gange sind und durch den Umstand an Aussicht gewinnen, daß auf der elektrischen Kreisbahn Groß-Lichterfelde-Klein-Machnow der steigende Personenverkehr den Güterverkehr immer mehr zurückdrängt und die neue Teltower Bahn sich gut dazu eignet, diesen aufzunehmen.

Rigdorf.

Öffentliche Feuerwelder sollen in den nächsten Tagen aufgestellt werden am Hohenzollernplatz, an der Ecke der Ansebe- und Hermannstraße, am Hermannplatz und an der Ecke der Hermann- und Wanzlitzstraße.

Die Parteigenossen werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die berechnete Liste der stimmberechtigten Bürger für die Stadtverordnetenwahlen bis zum 30. August an den Wochentagen während der Geschäftsstunden von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags und am Sonntag von 8 bis 10 Uhr vormittags im Wahlbureau Harstraße 5/6 (Ecke Wobblinstraße), 3 Treppen links anliegt. Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste schriftlich oder zu Protokoll Einwendungen erheben.

Schöneberg.

Daß der Betriebsunfall in der Bauhilfserei von Gebrüder Faul, Monumentenstr. 23, über den wir am Sonntag berichteten, sich in der von uns geschilderten Form zugetragen hat und die Schlussfolgerungen nur zu berechtigt waren, bestätigt obige Firma in einer an das „Schöneberger Tageblatt“ gerichteten Mitteilung über den Fall. Als Entschuldigungsgrund des Unfalls führt sie an, daß sie während der Ausperrung ihr Personal von 150 auf 60 Personen verringern mußte und deshalb Anfang Mai den aus Berlin zugezogenen 64jährigen früheren Maschinenmeister Erhardt und dessen



15 Jahre alten Sohn eingestellt habe. Diese beiden Arbeitwilligen sind nun verunglückt. Der Vater des jungen Menschen hat in dem Betriebe ein Glied des Zeigefingers gelassen und der Sohn hat sich den anderthalb Zoll breiten Seitenbohrer durch die Hand gefügt. Er ist hierauf schwer verletzt ins Viktoria-Krankenhaus gekommen. Die Firma teilt nun noch mit, daß der Meister Westermann den früheren Maschinenarbeiter nicht deshalb nicht mehr eingestellt habe, weil er Streikposten gestanden, sondern weil er eine Maschine, die an 9000 M. koste, vernachlässigt und nicht genügend geölt habe. Die dort beschäftigten Arbeiter erklären entgegen dieser Behauptung, daß der Maschinenarbeiter ein äußerst fleißiger und tüchtiger Arbeiter sei und bleiben bei dem, was von ihm behauptet wurde. Wenn endlich die Firma noch mitteilt, daß es ihr nicht bekannt sei, daß die Arbeitskollegen den mit der Maschine betrauten jungen Erhardt gewarnt hätten, so mag das zutreffen, entschuldigt es aber nicht, einen so jungen Menschen an die Maschine zu stellen und zum Krüppel werden zu lassen. Im übrigen ist die angelegliche Nichtigstellung des Vorfalls so ungeschickt, daß, so weit wir beobachtet haben, keine Zeitung außer dem „Schöneberger Tageblatt“ darauf reingefallen ist.

**Ein Sittlichkeitsattentat** wurde vorgestern in der Nähe von Erkner verübt. Die 24jährige Dienstmagd Alma G. aus Freienbrunn hatte in Erkner Einkäufe besorgt und befand sich gegen 7 Uhr abends auf dem Heimwege. In der Nähe von Jägerbude wurde das Mädchen von einem Raufahrer eingeholt, der vom Rabe sprang, die G. zu Boden riß und sie zu vergewaltigen versuchte. Das kräftige Dienstmädchen setzte sich jedoch energisch zur Wehr und es gelang ihr unter fortwährenden Hilferufen, sich von dem Wüstling zu befreien und zu fliehen, während auch der Raufahrer sich aus dem Staube machte. Als die G. aber kurze Zeit darauf zurückkehrte, um ihre Sachen, die sie bei dem Kampfe verloren hatte, zu suchen, wurde sie wiederum von dem Durcheinander angefallen. Wiederum entspann sich ein heftiges Ringen, in dem das Mädchen unterlegen wäre, wenn nicht im Moment der höchsten Gefahr das Rollen eines Fuhrwerks vernehmbar geworden wäre. Der Mann ließ nun von seinem Opfer, dem er zahlreiche Schläge in das Gesicht versetzt und es gewürgt hatte, ab, schwang sich auf die Maschine und jagte in der Richtung nach Berlin davon. Nach der Befragung der Ueberfallenen ist der Täter ein circa 20 Jahre alter Mann, der einen blauen Anzug und eine Schirmmütze trug, die er tief in das Gesicht gezogen hatte.

**Potsdam.** Ein Bootsunfall ereignete sich Sonntagnachmittag in der Nähe des Kaiser Wilhelm-Turms. Ein dabei kommendes, mit vier Personen besetztes Segelboot lenkte plötzlich und alle Insassen stürzten kopfüber in die Fluten. Ein zufällig vorbeifahrendes Motorboot feuerte eilrigst herbei; den Insassen gelang es die mit den Wellen kämpfenden zu retten.

Ein Wagenunfall ereignete sich vorgestern auf der abschüssigen Chaussee an Sanssouci, wobei der Wagen zerschmettert wurde. Das schon gewordene Pferd durchstieß die Hofzollern-, Charlotten- und Elisabethstraße, am Kanal entlang bis zur Kellerbrücke, wo es mit einem hübnen Säb in den Stadtkanal sprang. Einem Unteroffizier der Garde du Corps gelang es, sich auf den Rücken des schwimmenden Tieres zu schwingen und es über eine der Treppen aufs Land zu geleiten, wo es in dem nahen Postkall untergebracht wurde.

**Teget.** Nicht geringe Empörung herrscht bei den Mietern des Hauses Egelstr. 10 darüber, daß sie am 3. und 5. September Einquartierung erhalten. In genanntem Hause befinden sich 96 Mieter, welche alle mit sich zu tun haben und größtenteils nicht mehr Räumlichkeiten als ein Zimmer, eine Küche und eine dunkle Kammer besitzen. Selbst eine achtköpfige Familie ist bei diesen geringen Räumlichkeiten mit Einquartierung bedacht worden. Hinzu kommt noch, daß unmittelbar nach dem Ersien des Monats die Mittel sowieso knapp sind. Man sollte es doch kaum für möglich halten, daß unter solchen Verhältnissen die Behörde Soldaten unterbringt. War denn keine Möglichkeit vorhanden, die Soldaten bei den Einwohnern vollständig unterzubringen, bei denen es die Räumlichkeiten und die wirtschaftlichen Verhältnisse gestatten? Schließlich sind die Opfer, die der kleine Mann für den Militarismus zu bringen verpflichtet wird, schon hoch genug, als daß er noch weiter belästet werden möchte.

## Soziales.

### Verkaufte Mittelhandskrankenkasse.

In der Allgemeinen Krankenkasse selbständiger Handels- und Gewerbetreibender mit dem Sitze in München ist ein Manko von nahezu 4000 M. entdeckt. Das Manko soll der Rentant Winkler, ein ehemaliger Polizeioffizier, verschuldet haben, in Wirklichkeit hat die ehemalige Vorstandskasse dieses Winkler nur vorgeschoben, um für ihre Lumpereien einen Briefgefangen zu haben. Einzelne Vorstandsmitglieder, die seit 1 1/2 Jahren keinen Pfennig Beitrag leisteten, betrachten die Kasse als eine Weisheit zur Verteidigung persönlicher Zwecke. Eine außerordentliche Generalversammlung hat deshalb sowohl den ersten Vorsitzenden, den ehemaligen Redakteur der „Mittelhandszeitung“, einen gewissen Oberdorfer, als auch den zweiten Vorsitzenden, Schmiedemeister Stadler, ausgeschlossen. Die Aufsichtsbekörde erklärte alle Beschlüsse für ungültig, da die Generalversammlung zu spät einberufen war. Schmiedemeister Stadler, der von der Behörde beauftragt war (obwohl er schon nach dem Statut der Kasse nicht mehr als Mitglied angehörte), eine neue Generalversammlung einzuberufen, wurde in dieser Versammlung von den Mittelhändlern geprügelt und hinausgeworfen. Erst eine dritte Versammlung konnte endlich einen neuen Vorstand wählen. Die neue Vorstandskasse fand die Kasse in einem jämmerlichen Zustand. Besonders war es der zweite Vorsitzende Stadler, der für seine der Kasse gewährten Dienste ganz anständige Rechnungen stellte. Beispielsweise verrechnete er für seine Mitwirkung am Revisionsbericht pro Tag 10 M. Unter seiner Vorstandskasse brachte es Stadler innerhalb sieben Wochen auf 978,05 M. Verwaltungskosten, dazu kam noch ein ansehnlicher Betrag für Straßenbahn-Billets, die eine Zigarrenliste füllten; außerdem kamen noch viele Extrausgaben hinzu. Als Charakteristikum muß vermerkt werden, daß Stadler für die Leitung jener Versammlung, in der er geprügelt und hinausgeworfen wurde, 6 M. Remuneration verrechnete. Und während die Vorstandskasse so wirtschaftete, wurden die Beiträge von den Mitgliedern pünktlich heringeholt, Krankengeld aber, mit einer einzigen Ausnahme, nicht ausbezahlt. Viele einzige Ausnahme hatte ihren guten Grund, sie betraf den ersten Vorsitzenden Oberdorfer, der nervenkrank war und pro Woche 28 M. Unterstützung bekam. Nebenbei bezog er von der Kasse noch ein Monatsgehalt von 150 M. als Remuneration für seine Mitwirkung am Revisionsbericht. Aus dem amtlichen Revisionsbericht geht hervor, daß seit dem 23. März Einnahmen überhaupt nicht gebucht wurden! Der Kassierer hat sein Einreichungsbuch verlegt, auswärtige Kassen gahlen er bloß, so daß jede Kontrolle unmöglich ist; doppelte Verrechnungen wurden festgesetzt, wiederholt wurden von den Mitgliedern die Beiträge zweimal eingeholt, aber nur einmal eingetragen. In den Büchern wurden Radierungen festgestellt. Obwohl hierzu nur eine Generalversammlung kompetent gewesen wäre, ließ sich der erste Vorsitzende sein Gehalt in einer Aufschickung von 150 auf 200 M. erhöhen. Dieser Beschlus wurde von drei Vorstandsmitgliedern gefaßt, darunter war der erste Vorsitzende selbst und ein Lauber! Oberdorfer veranlaßte die Kasse auch, der von ihm gegründeten Genossenschaft für Handel und Industrie beizutreten, die innerhalb fünf Monaten ein Defizit von nicht weniger als 58 000 M. zu verzeichnen hatte. Eine außerordentliche Generalversammlung hat nun beschlossen, den Konkurs anzumelden. Wegen den Kassierenden und einzelne frühere Vorstandsmitglieder wurde das Verfahren wegen Unterschlagung und Vergehens wider das Krankenversicherungsgezet eingeleitet.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

## Mittelhand-Terrorismus.

Die Verteuerung der Milch von 18 auf 20 Pf. pro Liter wurde vom Verein Erfurter Milchhändler für den 15. August beschloffen und dieser Beschluß erst einige Tage vor Inkrafttreten bekanntgemacht. Diese Ueberrumpelung der Konsumenten erweckte um so größeren Unwillen, als von den circa 300 Milchhändlern in Erfurt und Umgegend nur ungefähr 50 dem Verein angehören und von diesen 50 nur 24 die Preis-erhöhung beschloffen. Aber denselben Terrorismus, den der unter dem Einfluß einer kleinen Gruppe von Vollereibesitzern und Milchgroßhändlern stehende Verein gegen das Publikum anwendet, übt er auch gegen diejenigen Milchhändler aus, die sich bisher geweigert haben, dem „Vereinsbeschlusse“ nachzukommen und deshalb die Milch zum alten Preise abgaben. Diesen Händlern ging vom Vorstand des Vereins ein Schreiben zu, dessen Inhalt zeigt, wie trefflich diese Herren die Waffe des Terrors zu handhaben verstehen. Das Schreiben lautet:

Es wird seitens der Kommission an den Vorstand des Vereins Erfurter Milchhändler gemeldet: Daß Sie die seitens des Vereins beschlossene Preis-erhöhung nicht so durchzuführen, wie dies für das Gelingen der Sache unbedingt notwendig ist.

Ich habe den Auftrag, Sie zu verwarnen und bitte Sie, die Beschlüsse des Vereins pünktlich befolgen zu wollen, da der Verein gewonnen ist, seinen Beschlüssen die gebührende Achtung mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu verschaffen und Sie sich alle daraus entziehenden Folgen dann selbst zuzuschreiben hätten.

### Hochachtungsvoll

Georg Bauer, als Vorstand des V. Erf. M. Wenn eine Gewerkschaft eines solchen Verstoßes gegen § 163 der Gewerbeordnung sich schuldig machte, würde der Staatsanwalt nicht lange auf sich warten lassen. Der Erfurter Milchhändlerverein hat aber wohl nicht zu befürchten, daß ihm die Milch sauer wird.

Ein vom Erfurter Frauenbildungsverein am vergangenen Sonntagabend einberufene, sehr stark besuchte öffentliche Volksversammlung nahm nach einem Referat der Genossin R. d. Gera und einer sehr scharfen Debatte gegen die Milchverteuerung eine Resolution an, durch die die Frauen verpflichtet werden, durch striktes Verweigern eines höheren als des bisher gezahlten Preises die Milchverteuerung abzuwehren.

Der Mißstand des Hinzuziehens der Zeugenvernehmungen, besonders bei größeren Strafprozessen, fand am Montag vor der zweiten Kammer des Kaufmannsgerichts eine scharfe Beleuchtung. Der Kontorist Artur R., der bei der Buchdruckerei J. Hartwig in Stellung war, hatte Anfang Mai eine Zeugenvernehmung zu dem großen Betrugsprozeß Steinbock für den 24. und 25. Mai erhalten. Am 23. Mai machte er einem Vorgesetzten davon Mitteilung, daß er am nächsten Tage wegen eines Zeugentermins nicht ins Geschäft kommen könne, und fügte hinzu, es wäre möglich, daß er erst am zweiten Tage vernommen würde. R. blieb aber nicht zwei, sondern vier Tage fort und erhielt darauf am fünften Tage seine sofortige Entlassung. Er klagt nun auf Zahlung von 395 M. Restlohn, indem er ausführt, daß er ohne sein Verschulden vom Geschäft so lange ferngehalten wurde. Denn trotzdem er zum 24. und 25. Mai vorgeladen war, wurde er erst am 28. vernommen, ohne inzwischen entlassen worden zu sein. Dem Einwand der Firma, er hätte doch wenigstens eine Karte schreiben können, bezeugte er damit, daß er gar nicht in der Lage war, etwas Positives mitzuteilen, denn er selbst konnte trotz größter Bemühung keine bestimmte Auskunft erhalten, wann er vernommen werden würde. Auch abends konnte er nicht mehr ins Geschäft kommen, da sich die Verhandlungen bis in die späten Nachmittagsstunden hinzogen. Er konnte noch nicht einmal den Gerichtstorridor verlassen, denn es hieß jede Minute, jetzt werde er bald aufgerufen. Eine seitens des Kaufmannsgerichts eingeforderte Auskunft des Landgerichts bestätigte, daß R. erst am 28. Mai vernommen wurde, und auch ein Zeuge S. bekräftigt die Richtigkeit der Angaben des Klägers. Auch er habe vier Tage auf seine Vernehmung warten müssen und war von früh bis zum Spätnachmittag an das Gerichtsgebäude gefesselt. Einmal wurde sogar ohne Mittagspause verhandelt.

Das Kaufmannsgericht hielt die Streitsache zu einem Vergleich für besonders geeignet. Allerdings hätte der Kläger doch wohl am zweiten oder dritten Verhandlungstage die Möglichkeit gehabt, an den Prinzipal eine schriftliche Nachricht gelangen zu lassen, ob aber diese Unterlassung unter Berücksichtigung der ganzen Umstände zu einer sofortigen Entlassung ausreiche, sei mehr als fraglich. Nach diesem Vorhalt kam denn auch zwischen den Parteien ein Vergleich in Höhe von 130 M. zustande.

### Arbeiter in der Gewerbeaufsicht.

Das Großherzogtum Hessen, so schreibt eine Korrespondenz, hat in fünf Inspektionsbezirken Arbeiter zu Gehälfen der Aufsichtsbekörden ernannt, nämlich in Darmstadt einen Kupferschmied, in Offenbach einen Portefeulier, in Worms einen Kupferschmied, in Biebrich einen Obermonteur und in Mainz einen Wehrmeister.

Gerade für die Detailarbeit bei der Gewerbeaufsicht ist die Mitarbeit von Männern, die selbst aus dem Arbeiterstande hervorgegangen sind, von nicht zu bestreitendem Nutzen. Einzelheiten, die der nicht bis ins Einzelne sachkundige Beamte mitunter gar nicht bemerken kann, finden so die gebührende Beachtung. Auch für die alte Klage, daß den Arbeitern das nötige Vertrauen zu den Inspektoren häufig fehle, scheint die Beteiligung von Arbeitern der beste Weg zur Abhilfe. Es ist nur dringend zu wünschen, daß die übrigen Bundesstaaten, die sich zum Teil — man denke an den Widerstand gegen Arbeiterkontrolleure im Bergbau — noch recht ablehnend verhalten, ihre Meinung revidieren und dem Beispiele von Hessen folgen. — Allerdings, mit dem Ernennen von Hilfsinspektoren können die Arbeiter nicht zufrieden sein, die betreffenden Personen müssen ihr volles Vertrauen haben und von ihnen selbst gewählt werden.

## Vermischtes.

### Eine schwere Grubenkatastrophe in China.

Bei der hiesigen Direktion der Schantung Bergbau-Gesellschaft ist gestern früh von Tsingtau die Drahtnachricht eingegangen, daß in der Gangtegrube anscheinend infolge Selbstentzündung von Sprengstoffen in einem unterirdischen Aufbewahrungsraum eine schwere Explosion stattgefunden hat, bei welcher zwei deutsche Arbeiter und 110 chinesische Bergleute ihren Tod fanden und fünf schwer verletzt wurden. Die Schächte und die Wetterwege sind unversehrt geblieben, so daß der Betrieb dem Telegramm nach binnen einer Woche wird doch wieder aufgenommen werden können, falls dann die chinesischen Arbeiter wieder in genügender Zahl anfahren.

**Bergmannstod.** Wie die „Sächsische Zeitung“ aus Jährze meldet, sind auf dem Augustschacht der bei Döhlitz gelegenen Hedwigwundgrube gestern durch vorzeitiges Lösgehen eines Sprengschusses sieben Vergleite schwer verletzt worden; zwei von ihnen sind bereits gestorben.

**Ein Pfardorf in Flammen.** Dem Schwäbischen Merkur zufolge ist im Pfardorf Darmheim bei Württemberg Großfeuer ausgebrochen. Bis gestern nachmittag sind 30 Häuser abgebrannt, darunter das Pfarrhaus. Die Kirche steht in Flammen. Die Löscharbeiten werden durch Wassermangel erschwert.

**Unreifes Obst.** In Gainsdorf bei Leipzig starben nach dem Genuss von unreifem Obst fünf Kinder im Alter von 4—8 Jahren.

**Eine Kesselexplosion.** Wie Lemberger Blättern aus Vorklab telegraphiert wird, ist vorgestern abend infolge einer Kesselexplosion in den Etablissements der Urpeger Petroleumgesellschaften in Tustanowice ein Brand ausgebrochen. Die Werkstätten und Kesselhäuser dieser Gesellschaften wurden eingestürzt. Der am weitesten links gelegene Barbaraschacht blieb, da Windstille herrschte, unversehrt.

**Die Cholera in Rußland.** Wie aus Petersburg gemeldet wird, sind in Samara 10, in Astrachan 11 neue Cholerafälle vorgekommen. In den Dörfern längs der Wolga greift die Epidemie um sich. Mit Rücksicht auf die vergrößerte Gefahr sind in Penza, Twer und den Hafenorten der Wolga besondere Vorsichtsmaßregeln getroffen worden.

**Schwarze Pest.** In San Francisco sind drei Fälle der schwarzen Pest vorgekommen und tödlich verlaufen. Den Einwohnern der Stadt am Goldenen Tor ist diese Schreckensbotschaft nicht neu. Als das Chinesenviertel noch bestand, das durch das Erdbeben zerstört worden ist, hörte man von Zeit zu Zeit von dem Auftreten der Pest unter den Chinesen, denn diese waren es fast immer nur, die von der Pest befallen wurden. Dann wurde sofort das Chinesenviertel abgeperrt und einer gründlichen Reinigung unterzogen. Zugleich ordnete man einen Vernichtungskrieg gegen die Ratten in der ganzen Stadt an. Daß das letztere ein sehr wirksames Mittel zur Bekämpfung der Pest ist, hat man oftmals schon in Indien erfahren, wo durch die Ratten die Ansteckungskeime weitlich getragen wurden und die Ausbreitung der Krankheit erst mit der Vertilgung aller Ratten in einem Distrikt aufhörte. — Die jetzt gemeldeten drei Fälle in San Francisco entstanden wiederum in der Gegend des alten Chinesenviertels; umfassende Vorsichtsmaßregeln sind sofort getroffen worden.

**Ein gefährlicher Meteor.** Aus Long Island wird berichtet, daß in der Nähe des Ufers ein ungeheurer Meteor niedergegangen sei. Die durch den Fall verursachte Welle riß mehrere am Lande stehende Bäume mit sich fort. Eine große Anzahl von Personen konnte nur mit großer Mühe vor dem Ertrinken gerettet werden.

**Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Heine“.** Heute abend Sitzung bei H. Salge, Rosenbergl. 8. Les- und Diskussionsklub „Karl Marx“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Gremlich, Urrehterstr. 9: Sitzung. Vortrag: Gäste willkommen.

**Berliner Marktpreise.** Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 70—72, per 100 Pfd. Ia 64—69, IIIa 59—60, Bullenfleisch Ia 65—70, IIa 53—62, Kühe, fett 52—60, do. mager 40—50, Preisler 56—64, Bullen, dünn 52—63, do. hoch 0,00, Kalbfleisch, Doppellender 100—120, Kalbfleisch Ia 75—85, IIa 66—74, Kübel ger. ein 47—50, do. hoch 0,00, dünn 0,00, Hammelfleisch 68—84, Hammel Ia 77—81, IIa 71—76, Schafe 65—70, Schweinefleisch 60—68, Rindfleisch per Hund 0,60—0,75, IIa 0,30—0,50, Kalbfleisch Ia 0,40—0,53, do. IIa 0,00, Dammfleisch 0,45, Wildschweine 0,45, Kaninchen per Stück 0,40—0,60, do. austrahische 0,00, Waidenten per Stück 0,00, Kridenten per Stück 0,00, Hühner, alte per Stück 1,50—2,00, IIa 0,00, do. junge 0,50—1,00, Tauben 0,40—0,50, italienische 0,00, Enten per Stück 1,50—2,00, do. Hamburger per Stück 2,25—2,90, Gänse per Hund 0,55—0,65, do. per Stück 2,00—4,00, do. Hamburger per Pfd. 0,00, per Stück 0,00, do. Oberbruder per Pfd. 0,55—0,60, Ganslein per Stück 0,00, Pouleten per Pfd. 0,00, Gänse per 100 Pfd. 100—115, do. matt 92—95, do. mittel und groß 82, do. mittel 112, do. groß 76, do. klein 0,00, Bänder, groß 0,00, do. matt 0,00, Schie, groß 117—118, do. mittel 0,00, do. 123—103, Kafe, groß 105—106, do. klein und mittel 95—97, mittel 106—110, do. unsortiert 0,00, do. groß-mittel 104—107, do. 0,00, Nüssen, matt 0,00, Rindfleisch, 60er—70er 85—92, do. 35er—40er 0,00, Biste, matt 0,00, Bunte Risse 40—77, Barje 69—77, do. matt 61—63, do. klein 0,00, Karanfische 84—94, do. klein 0,00, Weis 45—50, Bleische 0,00, Karanfische 84—94, do. klein 0,00, Amerikanischer Lachs Ia neuer, per 100 Pfd. 110—130, do. IIa neuer 90—100, do. IIIa 60, Seelachs 10—15, Hühner, Kieler, Stiege Ia 2—6, mittel der Risse 2, Hamb. Stiege 4—6, halbe Risse 2—3, pomme Ia Schod 9, IIa 1—3, Bücklinge, Kieler per Maß 2—3, Straßl. 3,00—5,00, Dorn 0,50—0,60, Kafe, groß per Pfd. 1,10 bis 1,40, mittelgroß 0,80—1,10, klein 0,60—0,80, Heeringe per Schod 5—9, Schellfische Risse 3—4,00, 1/2 Risse 1,50—2, Sardellen, 1902er per Anker 98, 1904er 98, 1906er 98, 1908er 90—95, Schottische Vollerlinge 1905 0,00, large 40—44, full 38—40, mod. 36—42, deutsche 37—44, Heeringe, neue Ratten, per 1/2, 38—40, 50—120, Sardinen, russ., Maß 1,50—1,60, Straßheringe Maß 1,20—1,40, do. Maßje (4 Liter) 1,40—1,70, Kermantzen, Schodsch 11, do. kleine 5—6, do. Riesen 14, Krebse per Schod, große 0,00, do. mittelgroße 12,50, do. kleine 3,50, do. unsortiert 3,00—4,00, Gaisler groß 0,00, do. unsortiert 0,00, Eier, Land, unsortiert per Schod 3,60—3,80, do. große 4,00, Butter per 100 Pfd. Ia 117—120, IIa 108—117, IIIa 100—108, abfallende 90—95, Saure Gurken, neue, Schod 4,00, Pfefferkörner 4,00, Karanfische per 100 Pfd. weis runde 2,75—3,25, blaue 3,25—3,75, Rosen 1,75 bis 2,50, Nieren 3,00—3,50, Porree, Schod 0,50—1,00, Meerrettich, Schod 5—15, Spinat per 100 Pfd. 20—25, Sellerie, per Schod 2,00—3,00, Zwiebeln per 100 Pfd. 5,00—6,00, do. Perl 60,00—75,00, Charlotten 75,00—90,00, Petersilie, grün, Schodsch 0,75—1,00, Kohlrabi Schod 0,75—1,25, Rettich, hart, neuer Stück 0,07—0,10, do. bleicher, Schod 3—4, Kohlraben, per 100 Pfd. 3,00 bis 6,00, Karotten, bleiche, Schodsch 2,00—3,00, Wirsingkohl per Schod 4,00 bis 14,00, Reisfisch, Schod 6—12, Weisfisch 4—10, Blumenkohl, bleicher 100 Stück 8—14, do. Hamburger 100 Stück 0,00, do. Erfurter 100 Stück 8—15, Kohlraben, Schod 4,00—6,00, Pfefferkörner, Schodsch 4,00—5,00, Schoten per 100 Pfd. 8—16, Pfefferlinge per 100 Pfd. 5—8, Steinpilze per 100 Pfd. 18—20, Radischen per Schodsch 0,75 bis 1,00, Salat per Schod 2,00—2,50, Gurken, Einnagel, Schod 14,00, do. böhmisches Schod 0,00, do. Regnier Schod 3,00—4,50, Bohnen, grüne, 100 Pfd. 4—10, Wachsbohnen, per 100 Pfd. 10—25, Stachelbeeren, per 100 Pfd. 0,00, Blaubeeren, per 100 Pfd. 10—18, Johannisbeeren, per 100 Pfd. 7—13, Preiselbeeren per 100 Pfd. 14—20, Kirchen, per 100 Pfd. 11—20, Birnen, ital., 100 Pfd. 14—40, Tiroler 25—40, Biese 5—16, Salander 20—25, Pfirsche, bleiche per 100 Pfd. 10—30, ital. in Stücken zu 12 Stück 0,90—1,50, do. in Körben Ia per 100 Pfd. 20—35, do. IIa in Körben per 100 Pfd. 17—28, Apfeln, ital., per 100 Pfd. 0,00, französl. 29—35, Kappel, italienische, per 100 Pfd. 8—15, ung. 12—18, Biese 6—10, Gravensteiner Ia 20—35, do. IIa 15—20, Pfäumen, ital., per 100 Pfd. 10—22, Reineclauden 20—30, Biese 10—15, ung. 7—15, Babaner, Früh-, 25—35.

### Witterungsbericht vom 20. August 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in Grad C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in Grad C.
Erlangen	757	SSW	5	wollig	14	Haparanda	747	ONO	2	Regen	11
Darmstadt	759	SSW	5	wollig	12	Petersburg	751	SSW	3	wollig	15
Berlin	760	SSW	4	halb bb.	15	Scilly	767	SSW	4	Regen	14
Frankfurt	763	SSW	4	wolffill	15	Aberdeen	758	SSW	3	wollig	10
München	764	SSW	2	bedekt	14	Paris	766	SSW	1	wolffill	13
Wien	762	SSW	1	Regen	18						

### Wetter-Prognose für Mittwoch, den 21. August 1907.

Trocken und meist heiter bei ziemlich lebhaften nordwestlichen Winden und geringer Temperaturänderung.

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am	seit	Wasserstand	am	seit
	19. 8.	18. 8.		19. 8.	18. 8.
Memel, Mühl	218	+ 1	Havel, Spandau	123	+ 10
Regel, Anhalter	107	- 1	Havel, Mathema	147	+ 3
Weisfel, Dorn	92	- 2	Sprea, Spremberg	92	0
Oder, Halber	163	- 38	Heesow	206	0
Kroffen	119	+ 9	Weiser, Wenden	- 58	+ 34
Frankfurt	121	- 2	Wenden	2	+ 11
Wartbe, Schrimm	47	+ 1	Hein, Halbschul	-	-
Landesberg	42	- 4	Raub	209	+ 7
Rehe, Nordamun	23	0	Köln	187	0
Elsbe, Reimerich	- 17	+ 29	Rehar, Heilbronn	40	+ 8
Barby	88	- 1	Wain, Wertheim	-	-
Wagburg	109	+ 5	Wostel, Trier	-	-
Saale, Großh.	80	0			

+) + bedeutet Daus, - Fall, - ? Unterpegel.

Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.